

**Protokoll des
außerordentlichen Bundesparteitages der SPD**

26.1.2014

Arena Berlin

Berlin

Europa neu denken.

Inhaltsverzeichnis

Tagesordnung.....	3
Geschäftsordnung.....	4
Eröffnung	5
Konstituierung.....	17
Ergebnis der Europadelegiertenkonferenz	19
Rede Martin Schulz.....	20
Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission.....	34
Bericht der Antragskommission.....	35
Satzungsändernde Anträge.....	36
Wahl eines/einer stellvertretenden Parteivorsitzenden	37
Vorstellung Ralf Stegner	38
Ergebnis der Wahl des/der Stellvertretenden Parteivorsitzenden.....	42
Wahl eines/einer Generalsekretärs/in.....	43
Vorstellung Yasmin Fahimi.....	43
Vorstellung Dietmar Nietan	48
Ergebnis der Wahl des/der Generalsekretärs/in.....	52
Wahl eines/einer Schatzmeisters/in	53
Verabschiedung ausscheidender Mitglieder des Parteivorstandes	53
Ergebnis der Wahl des/der Schatzmeisters/in.....	57
Beratung und Verabschiedung Leitantrag Europawahl	58
Abstimmung	73
Schlusswort.....	74
Delegierte.....	75
Redner.....	87
Beschlüsse	88
Übersicht über die angenommenen und überwiesenen Anträge.....	88
Europa.....	90
Themenübergreifende Anträge	105
Weitere Anträge.....	113

Tagesordnung

Eröffnung Sigmar Gabriel

Konstituierung des Parteitags

Wahl des Parteitagspräsidiums

Beschluss Tagesordnung

Beschluss Geschäftsordnung

Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Rede Martin Schulz

Bericht der MPZK

Bericht der Antragskommission

Satzungsändernde Anträge

Wahl eines/einer stellvertretenden Parteivorsitzenden

Wahl eines/einer Generalsekretärs/in

Wahl eines/einer Schatzmeisters/in

Beratung und Verabschiedung Leitantrag Europawahl

Schlusswort

Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut § 15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrates haben auf dem Parteitag Rederecht sowie die Vorsitzenden bzw. benannten Vertreter/Vertreterinnen der nahe stehenden Organisationen zu ihren Anträgen nach § 22 Abs. 3 Organisationsstatut.
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist. Die Beschlussunfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt. Solange die Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist, gilt der Parteitag als beschlussfähig.
3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt. Wahlen zum Parteivorstand, der Bundesschiedskommission, der Kontrollkommission und der Delegierten zum Kongress der SPE werden mit einem elektronischen Wahlsystem durchgeführt.
4. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten.
5. Die Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen, unter Beachtung der Geschlechterquote, das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen und werden in eine Redner/innenliste eingetragen, die vom Plenum aus gesehen werden kann.
6. Berichterstatter/Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
7. Die Berichterstatter/Berichterstatterinnen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher/die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er/sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.
8. Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 50 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden. Der Parteivorstand hat ein eigenes Initiativrecht.
9. Änderungsanträge, die nach Ablauf der Antragsfrist des §22 Abs. 1 Organisationsstatut eingegangen sind, sind nur zulässig, wenn sie von stimmberechtigten Parteitagsdelegierten mündlich begründet werden und sich auf den Text behandelter Anträge beziehen. Wesentliche und umfangreiche Änderungen vorliegender Anträge müssen schriftlich rechtzeitig vor der Abstimmung eingebracht werden. Die Entscheidung darüber, welcher Änderungsantrag als wesentlich und umfangreich zu qualifizieren ist, trifft das Parteitagspräsidium.
10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt drei Minuten.
11. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.
12. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.
13. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein und von einem Saalmikrophon gestellt werden, wenn der Redner/die Rednerin dies zugelassen hat. Die amtierende Tagungsleitung kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die der Redner/die Rednerin kurz antworten darf.

Protokoll des außerordentlichen Bundesparteitags der SPD

am 26. 1. 2014 in Berlin

Tagungsort: Arena Berlin

Motto: Europa neu denken

Beginn: 14.00 Uhr

Eröffnung

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Gäste! Herzlich willkommen zum zweiten Teil unserer Konferenz, zum außerordentlichen Bundesparteitag der SPD, bei dem wir heute ein paar wichtige Wahlen durchzuführen haben.

Lasst mich am Anfang auch auf dem Bundesparteitag noch einige Gäste begrüßen. Einige sind schon während der Europadelegiertenkonferenz begrüßt worden. Trotzdem noch mal herzlich willkommen, Lubomir Zaorálek, der Vizevorsitzende der tschechischen Schwesterpartei und hoffentlich der nächste Außenminister der Tschechischen Republik.

(Beifall)

Unter uns ist auch Jan Keller, Spitzenkandidat der Kandidatenliste der CSD. Herzlich willkommen, lieber Jan!

(Beifall)

Ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter, die Exzellenzen anderer Länder in den Botschaften, an der Spitze den Botschafter des Landes Marokko. Herzlich willkommen an die Vertreter des Diplomatischen Korps!

(Beifall)

Lasst mich aber auch ein paar Freundinnen und Freunde und Genossinnen und Genossen begrüßen, über deren Anwesenheit auf dem außerordentlichen Parteitag wir uns sehr freuen. An der Spitze: Lieber Kurt Beck, schön, dass du hier bist!

(Beifall)

Dabei sind auch Ingrid Matthäus-Maier, Gesine Schwan, Karsten Voigt und eine ganze Reihe von Genossinnen und Genossen. Auch Ulla Schmidt ist heute hier. Ulla, welche Funktion soll ich nehmen? Ich finde, Ulla ist als Ulla hier. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall)

Wilhelm Schmidt, der Präsident der Arbeiterwohlfahrt, ist auch bei uns. Wilhelm, herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir freuen uns darüber, dass vom DGB Dietmar Hexel da ist, und Dietmar Schäfers, der stellvertretende Bundesvorsitzende, der IG Bau. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Auch Wolfgang Lemb vom Bundesvorstand der IG Metall, herzlich willkommen hier bei uns auf dem außerordentlichen Bundesparteitag.

(Beifall)

Darüber hinaus freuen wir uns auch über die Gäste aus den Kirchen und Religionsgemeinschaften. Aber am meisten freuen wir uns, dass die Delegierten der Sozialdemokratie heute hier sind. Herzlich willkommen hier in Berlin beim außerordentlichen Bundesparteitag. Schön, dass ihr alle gekommen seid!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir stehen heute auf dem Bundesparteitag vor wichtigen Personalentscheidungen, vor der Wahl eines neuen stellvertretenden Parteivorsitzenden, vor der Wahl einer neuen Generalsekretärin und vor der Wahl eines neuen Schatzmeisters. Aber so wichtig diese Wahlen für unsere Partei auch sind - eine Wahl, die wir gerade vorgenommen haben, hat eine noch viel größere Bedeutung für uns, für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und ohne Übertreibung für alle Menschen hier in Europa. Ihr ahnt, von wem ich rede: von unserem Spitzenkandidaten für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai. Herzlich Willkommen, Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments!

(starker Beifall)

Martin ist vorhin mit einem Ergebnis von mehr als 97 % zum Spitzenkandidaten der Sozialdemokratie in Deutschland gewählt worden. Aber die eigentliche Bedeutung dieser Wahl liegt in den Folgen der Entscheidung, die wir heute getroffen haben. Liebe Genossinnen und Genossen, erstmals in der Geschichte der Europäischen Union und der Geschichte des Europäischen Parlaments treten die europäischen Parteifamilien der 28 unterschiedlichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nicht mit ebenso vielen Spitzenkandidaten in ihren Ländern an, sondern die Parteifamilien treten zum ersten Mal in der Geschichte des Europäischen Parlaments mit Spitzenkandidaten ihrer Parteifamilien - bei den Konservativen,

bei den Liberalen, bei den Grünen und bei uns Sozialdemokraten in Europa - mit einer Spitzenkandidatur für alle Mitgliedsstaaten der Europäischen an. Und erstmals in der Geschichte der Europäischen Union wird dann nach der Wahl der Kommissionspräsident der Europäischen Union nicht mehr im Hinterzimmer von den Staats- und Regierungschefs ausgekungelt, sondern er muss im Europäischen Parlament gewählt werden. Damit entscheiden endlich nicht mehr die Kungelrunden außerhalb der Öffentlichkeit darüber, wer Europa regiert, sondern die frei und gleich und in geheimer Wahl gewählten Abgeordneten der Bürgerinnen und Bürger unseres Kontinents. Und deshalb haben wir mit Martin Schulz eine historische Chance, nämlich nach mehr als 50 Jahren wieder einen Deutschen zum EU-Kommissionspräsidenten zu bekommen. Endlich schaffen wir es, dass Sozialdemokraten die Chance haben, mit „Mehr Demokratie wagen“ einen Sozialdemokraten aus Deutschland an die Spitze der Europäischen Kommission zu bekommen. Das ist unsere Chance. Um die werden wir kämpfen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Denn der letzte deutsche EU-Kommissionspräsident war Walter Hallstein, ein CDU-Politiker, den die meisten, weil es so lange her ist, schon gar nicht mehr kennen, und die, die es können, denken beim Namen Hallstein eher an unpopuläre Entscheidungen seiner Zeit.

Nach mehr als 50 Jahren also kann nun zum zweiten Mal ein Deutscher an die Spitze der EU-Kommission kommen: Martin Schulz. Dafür, liebe Genossinnen und Genossen, lohnt es sich allemal in Deutschland, am 25. Mai wählen zu gehen. Unser oberstes Ziel muss sein, die Wahlbeteiligung zum Europäischen Parlament endlich wieder nach oben und nicht jedes Mal nach unten gehen zu lassen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Endlich wird mehr Demokratie in Europa gewagt, und wer, wenn nicht die Partei Willy Brandts, muss die Chance nutzen? Es wird Zeit, liebe Genossinnen und Genossen, und es ist überfällig, dass endlich das Parlament eine europäische Regierung bestimmt und dass nicht die Hinterzimmerrunden von Staats- und Regierungschefs dann in der Regel schwache Kandidaten auswählen, damit sie selber mehr zu sagen haben.

Lieber Martin, wir sind - ich glaube, das kann ich für alle 474 000 SPD-Mitglieder in Deutschland sagen - ungeheuer stolz darauf, dass du, einer von uns, der Spitzenkandidat aller sozialdemokratischen Parteien Europas werden wirst. Vielen Dank für dein ungeheures Engagement und für die große Zustimmung, die du dir dafür überall in Europa bis hinein in die Konservativen verschafft hast. Ich glaube, selbst bei denen wären einige froh, wenn du hinterher der Kommissionspräsident werden würdest.

(Beifall)

Martin hat sich dieses Vertrauen der Europäerinnen und Europäer und der Parteien, weit über die sozialdemokratische Parteifamilie hinaus erarbeitet, weil so sehr wie er niemand anders die

Idee eines modernen, demokratischen und sozialen Europas vertritt. Kein anderer tut dies und verkörpert es so wie Martin Schulz.

Martin, du bist dein ganzes politisches Leben lang ein überzeugter, aber vor allen Dingen ein überzeugender Europäer gewesen. Nicht nur ein Europa aus Vernunftgründen steht bei dir im Mittelpunkt, sondern du bist es vor allen Dingen mit jeder Faser deines Herzens und deiner politischen Seele.

Aufgewachsen in der Nähe zu den Niederlanden, Belgien und Frankreich hast du die Schlachtfelder Europas sozusagen in Sichtweite deiner Heimatstadt und deiner politischen Biographie.

In diesem Jahr ist es 100 Jahre her, dass der Erste Weltkrieg begann und sein Ende schon die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs vorbereitete. Es war die deutsche Sozialdemokratie, liebe Genossinnen und Genossen, die als Konsequenz des Mordens und des Sterbens junger Männer und vieler Familien auf den Schlachtfeldern Europas im Ersten Weltkrieg im Jahr 1925 die Vereinigten Staaten von Europa gefordert hat. Constanze Krehl und Udo Bullmann haben vorhin schon darauf hingewiesen. Hätten sich unsere Vorgängerinnen und Vorgänger in der Sozialdemokratie durchgesetzt - der zweite größere Völkermord in Europa hätte vielleicht verhindert werden können.

Heute meinen viele, dass diese Gefahr des Krieges in Europa gebannt sei. In der Europäischen Union ist das ganz gewiss so. Aber was dort möglich ist, wo sie nicht existiert, wo die friedensstiftende Kraft der Menschenrechte, der Demokratie und der sozialen Entwicklung keine Rolle spielt, das kann man in diesen Tagen in der Ukraine sehen. Das ist ein Beispiel dafür, wie wichtig und wie modern die Europäische Union noch heute ist und wie sehr es uns darum gehen muss, das einmal Erreichte in dem größten Zivilisationsprojekt des 20. Jahrhunderts auf unserem Kontinent, der Europäischen Union, nie wieder aufs Spiel zu setzen. Nie wieder!

(Beifall)

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat in Europa viele Anti-Europäer auf den Plan gerufen. Zu viele. Rechtsradikale und Rechtspopulisten genauso wie Linkspopulisten und Linksradike. Sie alle setzen mit ihrer Propaganda dieses große Zivilisationsprojekt des 20. Jahrhunderts aufs Spiel.

Wenn es eine Kraft gibt, die seit über 150 Jahren für Frieden, Demokratie und Freiheit aller Menschen auf unserem Kontinent eintritt, dann ist es die deutsche Sozialdemokratie. Deshalb werden wir den Gegnern Europas entschieden entgegentreten, liebe Genossinnen und Genossen.

(starker Beifall)

Ob es nun neunmalklugen Professoren, ehemalige Verbandslobbyisten oder Linksradike sind: Wir verteidigen Europa gegen sie.

Weil wir auch in Deutschland eine politische Auseinandersetzung haben - die eine auf der rechtspopulistischen und zum Teil rechtsradikalen Seite, die andere auf der linkspopulistischen -, will ich, weil es aktuell ist, zwei Zitate vorlesen, die auch noch einmal klarmachen, wo sozusagen Aufklärung, Emanzipation, sozialer Fortschritt und Demokratie beheimatet sind und wo nicht.

Da sagt in diesen Tagen jemand im „Tagesspiegel“ - ich zitiere -: „Die Europäische Union ist ein Hebel zur Zerstörung der Demokratie.“ - Das sagt nicht etwa jemand vom rechten Rand, sondern das ist ein Zitat von Sahra Wagenknecht. Wie weit muss man von der Erfahrung der Völker Europas eigentlich entfernt sein, um auf einen solch dummen Satz zu kommen, liebe Genossinnen und Genossen?

(Beifall)

Und weil das scheinbar nicht genug ist, fügt sie noch hinzu, dass die AfD, also die rechte Seite des politischen Spektrums, sich geschickt verhalten und eigentlich ihr Programm von der Linkspartei nur abgeschrieben habe.

Das muss man sich einmal klarmachen: Da verbünden sich die linken und die rechten Feinde Europas. - Wir als Sozialdemokraten werden beiden entgegentreten, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Gut bezahlte, im öffentlichen Dienst gut ausgestattete Professoren, Wirtschaftslobbyisten, die eine hohe Rente aus ihren Lobbyverbänden bekommen, und Politrentner - die können leicht reden über die Zerstörung Europas, weil sie in Lebensverhältnissen leben, in denen sie die Zerstörung Europas vermutlich bei Weitem nicht so betrifft wie andere. Aber ich sage euch: Der Facharbeiter bei Volkswagen, der Ingenieur bei der BASF, die kaufmännische Angestellte bei Siemens oder der Lkw-Fahrer im Logistikunternehmen: Die leben davon, dass die Europäische Union funktioniert. Denn nur wenn sie funktioniert, sind ihre Arbeitsplätze in Deutschland sicher. Das sind unsere Wählerinnen und Wähler, denen muss man die Angst vor Europa nehmen.

Wir sind nicht der Zahlmeister der Europäischen Union. Wir sind die Gewinner der europäischen Einigung. Das ist unser Motto für den kommenden Wahlkampf.

(Beifall)

Millionen von Arbeitsplätzen in diesem Land hängen davon ab, dass es auch anderen Menschen in Europa gut geht. Wenn die Menschen in Südeuropa, in Spanien, in Frankreich arbeitslos werden, werden sie keine deutschen Autos, keinen deutschen Maschinenbau, keine deutsche Elektrotechnik kaufen. Sie werden übrigens auch nicht in Deutschland Urlaub machen.

Das heißt: Wir sind so eng verknüpft mit diesem Europa, dass die Propaganda von Links und Rechts, würde sie sich durchsetzen, in unserem Land den größten Schaden anrichten würde. Andere allerdings würden mindestens genauso leiden.

Deshalb sage ich: Wenn wir Deutschen in die Zukunft Europas investieren, verdammt noch mal, dann investieren wir doch immer auch in unsere eigene Zukunft, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deshalb lasst uns diesen dummen Parolen vom „Zahlmeister Deutschland“ entgegentreten. Das Gegenteil ist richtig.

Ja, wir wollen in Europa investieren, weil es unsere eigene Zukunft ist. Wir tun dies übrigens nicht nur aus ökonomischen Gründen. Es ist auch unsere historische und politische Verpflichtung. Die Völker Europas haben unser Volk wieder in ihre Mitte aufgenommen, obwohl aus unserem Volk heraus der Völkermord im Zweiten Weltkrieg in ganz Europa organisiert wurde. Sie haben uns beim Wiederaufbau unseres Landes geholfen, unterstützt und ihn auch finanziert.

Seitdem zählen wir zu den Gewinnern der europäischen Einigung. Und jetzt, finde ich, ist es durchaus erlaubt zu sagen: Wenn wir in Europa investieren, dann tun wir es wegen unserer eigenen Zukunft. Wir tun es aber auch, weil es Zeit ist, denen was zurückzugeben, die uns viel gegeben haben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Starker Beifall)

Ich wünsche mir eine Sozialdemokratie, die das Thema Europa nicht ängstlich angeht, sondern offensiv. Ich wünsche mir eine Sozialdemokratie, die darüber redet, wie die Zukunft unseres Landes denn aussehen soll, wenn es Europa nicht mehr gäbe.

Die Welt verändert sich. Alleine in China und Indien leben zusammen 2,5 Milliarden Menschen. In der Europäischen Union sind es ganze 500 Millionen, insgesamt in Europa vielleicht 800 Millionen.

Das verändert sich rasant. Und ich meine, jeder weiß doch, dass der chinesische Staatspräsident oder der indische Ministerpräsident in ein paar Jahren nicht 28, 29 oder 30 Staats- und Regierungschefs in Europa nacheinander anrufen wird, um mal zu erfahren, was die Europäer so denken über den Welthandel, über den Klimawandel oder über Krieg und Frieden und Menschenrechte.

Diese Veränderung der Welt führt doch dazu, dass wir nationale Souveränität nur dann gewinnen, wenn wir in Europa zusammenarbeiten. Alleine verlieren wir sie. Europa hat dann entweder eine Stimme oder keine Stimme in der Welt. Wir wollen, dass unsere Kinder und Enkel in der Welt eine Stimme haben. Und das muss eine europäische sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Für uns Sozialdemokraten in Europa ist dieses Projekt viel mehr als nur ein gemeinsamer Markt. Europa ist vor allem eine Idee vom Zusammenleben der Völker und der Menschen. Die europäische Idee stellt das Gemeinwohl über das Einzelinteresse. Die europäische Idee stellt die kulturelle Vielfalt über den Zwang zur Anpassung, die Lebensqualität über die Anhäufung von Reichtum, die nachhaltige Entwicklung vor die rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Natur.

Die europäische Idee stellt auch die Zusammenarbeit über einseitige Machtausübung. Wenn wir dieses Europa wieder lebendig machen wollen und wenn dieses Europa Erfolg haben soll, dann muss es ein soziales und demokratisches Europa sein - am besten ein sozialdemokratisches, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Niemand kann das mit so viel Leidenschaft erklären wie Martin Schulz - und das auch noch - ich habe irgendwann aufgehört zu zählen - in fünf oder sechs Sprachen.

(Martin Schulz: Das ist zu viel!)

- Er behauptet, das ist zu viel. Ich bin aber immer dabei, wenn er das macht: Menschen in ihren Muttersprachen begeistern. Deshalb - noch einmal - sind wir stolz, Martin, dass du der Spitzenkandidat aller europäischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bist. Ich verspreche dir: Du sollst am Wahlabend aus unserem Land heraus einen Schub bekommen haben, um die Kommission zu führen. Wir werden einen Europawahlkampf führen, wie wir ihn noch nie geführt haben, lieber Martin!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, dieser außerordentliche Bundesparteitag markiert aber auch den Abschluss eines Prozesses, den wir gemeinsam in Leipzig im November des letzten Jahres begonnen haben - eines Prozesses, mit dem wir als SPD gemeinsam Partei- und Demokratiegeschichte geschrieben haben. Denn noch nie zuvor hat sich eine große Volkspartei in Deutschland getraut, die eigenen Mitglieder zu fragen, ob sie einer Regierungsbeteiligung auf der Grundlage einer konkreten Koalitionsvereinbarung zustimmen. Wir Sozialdemokraten haben das getan. Und ich sage ganz selbstbewusst: Dieser Prozess war einzigartig und vorbildlich für die politische und demokratische Willensbildung in unserem Land, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir können stolz auf unsere SPD und ihre Mitglieder sein!

Ich habe die Partei noch nie so vielfältig mit Tausenden von Teilnehmern in den Veranstaltungen über Inhalte und über das Leben in Deutschland diskutieren sehen. Der

Koalitionsvertrag war ja Anlass einer breiten Diskussion, wie wir miteinander leben wollen. Ich habe dabei gespürt, dass wir noch nie so dicht an unseren Mitgliedern waren wie in den Wochen, als wir unzählige Veranstaltungen vor Ort und viele große Regionalkonferenzen mit Tausenden von Mitgliedern veranstaltet haben. Ich gebe zu, es haben auch ein paar mitgeholfen - manche bewusst, wie unsere Mitglieder in den Gewerkschaften, und manche vermutlich eher unbewusst wie einzelne Redakteurinnen im ZDF. Wir wollen heute allen danken, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Aber es gibt einen schönen Nebeneffekt: Wir haben im letzten Jahr fast 20.000 neue Mitglieder bekommen, 50 % davon im Juso-Alter. Ich finde, das ist auch ein beeindruckendes Ergebnis dieser Veranstaltungen im letzten Jahr.

(Beifall)

7.000 Mitglieder sind allein in der Zeit der Debatte um das Mitgliedervotum zu uns gekommen. Viele sind beigetreten, weil wir eine Partei sind, bei der Menschen direkt mitentscheiden können. Ich habe die Bitte an euch: Lasst uns das nicht in der Routine untergehen! Knapp 7.000 Mitglieder haben wir in 2013 mehr hinzu gewonnen als in 2012. Ich weiß nicht, ob die beiden Zahlen zusammenhängen - vermutlich nicht völlig. Sicher bin ich mir aber. Die 7.000 und die 13.000 dazu müssen wir jetzt auch ansprechen! Die 20.000 neuen Mitglieder des letzten Jahres warten jetzt darauf, dass sie von den Ortsvereinen eingeladen werden, dass sie uns kennenlernen, dass sie bei der Meinungsbildung vor Ort mitwirken können. Übrigens: Ein paar werden auch darauf achten, ob sie eine Chance haben, mal bei uns kandidieren zu können oder ob man erst 20 Jahre dabei sein und 400.000 Flugblätter verteilt haben muss. Ladet sie ein! Das sind unsere neuen Mitglieder! Die warten auf eine Einladung zur Diskussion und zur Beteiligung. Macht das alle miteinander!

(Beifall)

Wir haben andere und, ich glaube, auch uns selbst überrascht. Das war gut für die demokratische Kultur der Partei, aber auch des ganzen Landes. Es gibt ja schon ein paar Parteien, die neidisch auf die SPD schauen und sich fragen, warum sie eigentlich nicht entscheiden dürfen, wenn zum Beispiel solche skurrilen Bündnisse wie in Hessen geschlossen werden. Wir haben Hunderttausende Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bewegt, ihre Stimme abzugeben. Die SPD ist *die* Demokratiepartei unseres Landes! Das ist etwas, worauf wir sehr stolz und selbstbewusst reagieren können.

Übrigens: Wenn man einen solchen demokratischen Prozess in der eigenen Partei durchführt und Willy Brandts Motto „Mehr Demokratie wagen“ auch bei uns gelten soll, dann hat das auch allgemein politische Konsequenzen. Ich sage mal eine: Ich kann mir eine Verlängerung der Legislaturperiode des Deutschen Bundestages nicht vorstellen, ohne dass im Grundgesetz endlich Volksabstimmungen ermöglicht werden.

(Beifall)

Würde man das anders machen, dann gäbe es nämlich weniger und nicht mehr Demokratie. Für uns ist es eine Verpflichtung, wieder mehr Demokratie auf allen Ebenen zu ermöglichen.

Wir sind nicht wegen der Posten in der Bundesregierung, sondern um das Leben in Deutschland besser und für viele Menschen leichter zu machen. Macht um der Macht willen ist nicht das, wofür die SPD steht.

Wir haben gute und faire Verhandlungen geführt - auch mit der Union und mit Angela Merkel. So viel Fairness muss auch auf einem SPD-Parteitag sein.

Wir werden den Koalitionsvertrag einhalten. Wir sind verlässliche Partner. Das war übrigens die Sozialdemokratie immer. Aber wir erwarten auch, dass alle anderen genauso verlässliche Partner bleiben, wie es im Koalitionsvertrag verabredet worden ist.

(Vereinzelt Beifall)

- Da kann man ruhig mal klatschen! Sonst hört das der eine oder andere vielleicht nicht.

Ich glaube, dass es vor allen Dingen darauf ankommt, dass wir dafür sorgen, dass diese Regierung Erfolg hat. Wir sind nicht eine Gegenregierung in dieser Regierung, sondern wir sind dafür da, die sozialdemokratischen Projekte, aber auch alles andere, was in der Koalitionsvereinbarung steht, selbstbewusst zum Erfolg zu bringen. Ich jedenfalls bin der festen Überzeugung, dass die SPD nur dann in dieser Regierung bestehen kann, wenn wir die Dinge, die wir im Mitgliedervotum unseren Mitgliedern versprochen haben, die in der Öffentlichkeit Zustimmung finden, auch wirklich auf Punkt und Komma in der Regierung durchsetzen, liebe Genossinnen und Genossen. Das muss Grundlage unserer Arbeit sein.

(Beifall)

Da gibt es eine Menge zu tun: den gesetzlichen Mindestlohn endlich zu schaffen, die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren. - Lasst mich übrigens dazu eines sagen: Wir sind jetzt, glaube ich, sechs Wochen im Amt. Ein bisschen Weihnachtsferien durften die Ministerinnen und Minister auch machen. Ich will niemanden zurücksetzen. Aber das, was Andrea Nahles in diesen wenigen Wochen mit dem Rentenpaket auf den Weg bringt - alle Achtung, liebe Andrea, alle Achtung!

(Lebhafter Beifall)

Das ist ein Riesenjob, den ihr da macht. Lasst uns das offensiv gegen die verteidigen, die jetzt so tun, als würden wir etwas machen, was wir nicht vor der Wahl gesagt haben, und gegen die, die daraus einen Generationenkonflikt machen! Ich sage in der Öffentlichkeit ganz selbstbewusst: Wenn wir Menschen, die 45 Jahre gearbeitet haben, deren Arbeitsbedingungen schlechter waren als diejenigen heutiger Generationen und der zukünftigen, die Chance geben, nach 45 Jahren ohne Rentenkürzung in Rente gehen zu können, dann ist das ein Akt der

Gerechtigkeit und nicht der Ungerechtigkeit in unserem Land, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich habe zwei Töchter: eine ganz kleine und eine ein bisschen größere. Die werden in ihrem Leben vermutlich nie in so schwierigen Lebensverhältnissen arbeiten müssen wie ihre Großmutter. Die werden vermutlich auch ein höheres Einkommen als meine Mutter haben. Die werden andere Bedingungen haben. Unsere Eltern und Großeltern haben gearbeitet und dieses Land aufgebaut, da gab es für viele noch eine Sechstageswoche.

Da war von Humanisierung der Arbeitswelt nicht die Rede. Deren Einkommen sind nicht besonders hoch; die Renten auch nicht. Es ist eine Frage des Anstandes, dass wir denen eine faire Rente geben, liebe Genossinnen und Genossen. Es ist eine Frage des Anstandes.

(Beifall)

Genauso wie der Mindestlohn, die Begrenzung von Leih- und Zeitarbeit, die Bekämpfung dieses ausufernden Werksvertragsunwesens, Investitionen in Kitas und Ganztagschulen, mehr Gleichstellung für Frauen und Männer, die Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern, Investitionen in Städte und Gemeinden und die Durchsetzung des Verbraucherschutzes. Übrigens: Deswegen ist es gut, dass der Parteitag noch mal bekräftigt, dass wir in Deutschland und Europa keine Gentechnik in Futtermitteln und Lebensmitteln haben wollen. Das wollen wir nicht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das und viele andere Aufgaben mehr werden den Alltag unserer Regierungsmitglieder bestimmen - übrigens auch eine bezahlbare Energiewende, liebe Genossinnen und Genossen. Ich weiß, da gibt es viel Unruhe. Aber ich sage euch: Wir werden mit allen reden, auch mit den Ländern und Kommunen, und werden, glaube ich, kluge Lösungen erreichen.

Aber für eins darf die SPD nicht antreten: Sie darf nicht den Eindruck vermitteln, dass die Summe der Einzelinteressen der ganz normalen kleinen Stromkunden am Ende das Gemeinwohl befördert. Die Energiewende wird nur zum Erfolg, wenn die Wirtschaft, aber vor allem auch die einzelnen Menschen - auch die, die nicht so viel Geld haben - sie bezahlen können, liebe Genossinnen und Genossen. Dafür muss die SPD sorgen.

(Beifall)

Andrea Nahles, Frank-Walter Steinmeier, Manuela Schwesig, Heiko Maas, Aydan Özoğuz und Barbara Hendricks werden alle diese Aufgaben anpacken. Ich sage euch: Sie werden die Motoren dieser Bundesregierung sein. Und wir haben nichts dagegen, wenn andere Mitglieder der Bundesregierung sich auch als Motoren begreifen. Am Ende wird es dem Land guttun.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich auch ein Wort zu demjenigen sagen, der gerade dafür sorgt, dass Deutschland wieder eine Außenpolitik bekommt - zu Frank-Walter Steinmeier.

(Beifall)

Lieber Frank-Walter, man hat ja den Eindruck, du seist nie weg gewesen. Das liegt aber nur daran, dass sich heute schon keiner mehr daran erinnern kann, wer eigentlich dein Vorgänger gewesen ist.

(Beifall)

Wir sollten stolz darauf sein, dass die Sozialdemokratie und mit ihr Deutschland wieder eine aktive Rolle in der Außenpolitik bekommt. Und wie nötig das ist, das sehen wir auch in der Ukraine, im Nahen Osten und an vielen anderen Brennpunkten. Vielen Dank dafür, dass du der Außenpolitik Deutschlands endlich wieder ein vertrauensvolles Gesicht und vertrauensvolle Leistungen gegeben hast.

(Beifall)

Gute Arbeit in der Regierung ist aber nur die Hälfte unserer Aufgaben, liebe Genossinnen und Genossen. Die SPD darf nicht nur zum Anhängsel der Regierungsarbeit werden. Wir müssen eine eigenständige politische Rolle und ein eigenständiges politisches Profil haben. Die Erfüllung der Regierungsverantwortung und die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung ist das eine. Daneben muss die Weiterentwicklung und Profilierung der Partei stehen - übrigens durchaus auch in ihrer Kontrollfunktion gegenüber der Regierung. Wir dürfen nicht in Zeiten zurückfallen, in denen sozusagen die Regierung der Partei vorgeschrieben hat, was sie zu tun und zu lassen hat, sodass die Partei irgendwie den Eindruck hat: Die in der Regierung sind Fremde, die da zufällig sitzen.

Wir müssen das gemeinschaftlich hinkriegen, und ich glaube, das schaffen wir auch. Wir schaffen das vor allem dann, wenn wir wieder auf die zugehen, die wir vielleicht in den letzten Jahren noch nicht ausreichend erreicht haben und vor allen Dingen die an Bord halten, die in alter Freundschaft wieder zurückgekehrt sind. Das Verhältnis zu den Gewerkschaften war lange nicht mehr so gut. So soll es bleiben, liebe Genossinnen und Genossen, so soll es bleiben!

(Beifall)

Die Weiterentwicklung der sozialdemokratischen Programmatik und der Organisationsreform, die Festigung unserer Kampagnenfähigkeit, die Organisationsreform insgesamt bleiben auf der Tagesordnung.

Dazu gehören auch Wahlen, die wir heute vornehmen. Es treten zwei Menschen an, die diese Anforderungen, eine moderne Volkspartei SPD zu formen und zu managen, mit neuen Ideen, aber auch mit Verlässlichkeit vorantreiben wollen: Yasmin Fahimi als Kandidatin für das Amt der neuen Generalsekretärin und Dietmar Nietan als Kandidat für das Amt des Schatzmeisters. Wo ist er? - Dietmar, du musst in die erste Reihe, mit dem Verstecken ist es vorbei!

(Heiterkeit)

Die Landesverbände wollen sehen, wen sie wegen Geld anhauen können.

(Heiterkeit)

Diese beiden kandidieren. Aber es gibt noch eine dritte Person, bei der ich mich heute ausdrücklich bedanken will, und zwar Ralf Stegner. Es ist kein Geheimnis, dass sich Ralf nicht nur hat vorstellen können, Generalsekretär zu werden, sondern er könnte es auch. Aber wir haben, glaube ich, miteinander eine kluge Wahlanalyse gemacht und darauf hingewiesen, dass es nicht geht, dass die täglich sichtbaren Gesichter der SPD nur Männergesichter sind.

(Beifall)

Lasst mich trotzdem sagen: Ralf trägt das solidarisch mit, auch wenn er sich, glaube ich, etwas anderes hat vorstellen können. Ralf Stegner gehört zu den profiliertesten SPD-Politikern, die wir zu bieten haben. Deswegen bin ich froh, dass du als neuer Stellvertreter auch auf dem Parteitag kandidierst. Ich finde, so bauen wir zusammen eine gemeinsame Partei. So muss es bleiben, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Ralf muss ich nicht lange vorstellen. Yasmin Fahimi kennen vielleicht nicht alle so gut. Sie ist bei der IG BCE und ist da vor allen Dingen mit der gesamten Arbeitswelt, aber vor allem auch mit strategischer und organisatorischer Planung beschäftigt. Sie weiß besser als viele andere, wie eine moderne Arbeitnehmervertretung zu sein hat.

Jetzt gibt es welche, die sagen: Aber die kommt doch von außen. - Und ich meine, eins ist auch klar: Nachdem Andrea nicht mehr kandidiert hat, wussten wir: So eine finden wir nicht noch mal. - Natürlich ist sie nicht in der Art und Weise vernetzt wie Andrea, das bin ja nicht mal ich. - Das stimmt, oder?

Das Geheimnis ist: Andrea hat es sogar mal geschafft, dafür zu sorgen, dass ich nicht ins Präsidium gewählt wurde.

(Heiterkeit)

Meine heimliche Rache ist: Jetzt muss sie Ministerin machen.

(Heiterkeit)

Aber ernsthaft: Ich finde, es ist doch ganz gut, wenn wir bei uns auch Menschen für wichtige Funktionen gewinnen, die einen Blick von außen mitbringen - keinen fremden Blick, sondern einen Blick mit neuen Erfahrungen. Deswegen bin ich von der Kandidatur von Yasmin ganz überzeugt und mit mir alle anderen Mitglieder der Parteiführung.

Dietmar Nietan dagegen kennt natürlich die SPD wie seine Westentasche. Er hat Erfahrungen auf allen Ebenen, in der Kommunalpolitik, im Bundestag. Er war in Europa, bei Martin Schulz. Das sind die besten Voraussetzungen für einen politischen Schatzmeister, wie wir sie übrigens immer hatten. Dazu bringt er wirklich eine breite Erfahrung mit.

Yasmin und Dietmar, ihr beide werdet die SPD-Führung nicht nur jünger, sondern auch moderner, offener und - da bin ich sicher - auch klüger machen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr seht: Es gibt nach wie vor viel zu tun, mehr, als wenn man in der Opposition ist. Aber unser Ziel ist auch im 151. Jahr, die SPD und ihre Politik weiterzuentwickeln, Menschen zu gewinnen und in ein paar Jahren die Voraussetzungen dafür geschaffen zu haben, dass die deutsche Sozialdemokratie wieder die Bundesregierung anführt, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist unser gemeinsames Ziel.

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Bevor ich euch den Vorschlag für das Parteitagspräsidium mache, will ich noch eine Begrüßung nachholen. Wir freuen uns ganz besonders – ich hatte sie vorhin nicht gesehen; deshalb mache ich es jetzt –, dass die neue Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, ernannt von Andrea Nahles, unter uns ist, unsere Freundin Verena Bentele. Herzlich willkommen auf dem SPD-Bundesparteitag!

(Beifall)

Konstituierung

Jetzt schlage ich euch das Parteitagspräsidium vor: Florian Pronold, Doris Ahnen, Martin Dulig, Gabriele Lösekrug-Möller und Niels Annen. Gibt es andere Vorschläge? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann habt ihr die Genannten einstimmig gewählt. Das Präsidium kann seine Arbeit aufnehmen. Herzlich willkommen noch einmal auf diesem doch ganz besonderen Parteitag!

(Beifall)

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Ein herzliches Dankeschön für das Vertrauen! Auch von uns: Hallo zum zweiten Teil des Parteitages! Diesen gilt es mit den roten Abstimmungskarten – die wieder ein schönes „D“ tragen – zu absolvieren.

Zunächst müssen wir den Parteitag zu konstituieren. Die technischen Voraussetzungen müssen gegeben sein. Das beginnt mit dem Austeilen der Abstimmungsgeräte – die kennt ihr schon –, die wir heute brauchen.

Als Erstes jedoch müssen wir über die Tagesordnung abstimmen. Auf den Plätzen findet ihr die Tischvorlage 2. Wir schlagen euch in Abstimmung mit der Antragskommission vor, den Antragsschluss für alle Sachanträge auf 15 Uhr und für alle Personalvorschläge auf 15.30 Uhr zu legen. Die Initiativanträge bitte dort vorne am Wortmeldetisch abgeben! Gibt es zur Tagesordnung noch Hinweise? – Dann frage ich: Wer für die Tagesordnung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So angenommen.

Damit sind wir bei der Geschäftsordnung. Auch diesen Vorschlag findet ihr auf euren Plätzen; das ist die Tischvorlage 3. Ich möchte euch darauf aufmerksam machen, dass Initiativanträge von 50 Stimmberechtigten aus fünf Unterbezirken unterschrieben sein müssen. Gibt es von eurer Seite noch Hinweise zur Geschäftsordnung? – Das ist nicht der Fall. Wer für die Geschäftsordnung ist, den bitte ich, das anzuzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So angenommen.

Nun kommen wir zur Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Auch dieser Vorschlag liegt auf den Tischen; das ist die Tischvorlage 4. Wenn es dazu keine Einwände gibt, dann bitte ich auch hier wieder um Zustimmung mit dem Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So einstimmig angenommen.

Die Mandatsprüfungs- und Zählkommission soll gleich ihre Arbeit aufnehmen. Daher bitte ich die Gewählten, von euch aus gesehen rechts der Bühne zu dem jungen Mann zu gehen, der euch dort in Empfang nehmen wird.

Bevor wir weitermachen mit dem Bundesparteitag, müssen wir noch ein Ergebnis der Europadelegiertenkonferenz verkünden. Daher unterbreche ich den Bundesparteitag – auch wenn wir uns gerade erst konstituiert haben – kurz.

(Unterbrechung von 14.49 bis 14.51 Uhr)

Ergebnis der Europadelegiertenkonferenz

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, hiermit setzen wir die Europadelegiertenkonferenz fort. Ich rufe den Tagesordnungspunkt „Bekanntgabe der Ergebnisse des Wahlgangs der Ersatzbewerberinnen und Ersatzbewerber“ auf und erteile das Wort dem Sprecher der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Walter, du hast das Wort.

Walter Meinhold, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte euch vortragen, wie es bei der Wahl der Ersatzkandidatinnen und Ersatzkandidaten ausgegangen ist. Im ersten Wahlgang haben alle Ersatzkandidatinnen und –kandidaten die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht. Das heißt, alle Ersatzkandidatinnen und –kandidaten sind gewählt.

(Beifall)

Sollte es ein Interesse an den Einzelergebnissen geben, dann kann man diese bei dem Tisch, wo die Wortmeldungen abgegeben werden, einsehen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Lieber Walter, dir ganz herzlichen Dank für die Übermittlung des Ergebnisses. Damit verbinde ich den Dank an die Mitglieder der Mandatsprüfungs- und Zählkommission für die zügige Bearbeitung, wie auch an alle weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Abwicklung der Europadelegiertenkonferenz.

Liebe Doris, so schnell geht das, wenn man es richtig macht! Ich erkläre die Europadelegiertenkonferenz für beendet.

(Schluss: 15.51 Uhr)

Rede Martin Schulz

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Habt ihr inzwischen alle eure Abstimmungsgeräte bekommen? – Diejenigen, bei denen das noch nicht der Fall ist, mögen das bitte anzeigen.

Nun zu einem weiteren Höhepunkt unseres Bundesparteitages, nämlich der Rede unseres Spitzenkandidaten. Ich freue mich – von Spitzenkandidat zu Spitzenkandidat, von Martin zu Martin –, jetzt jemanden aufrufen zu dürfen, der gerade mit dem großen Vertrauen von 97 Prozent der Delegierten ausgestattet wurde: unser Spitzenkandidat für die Europawahl, Martin Schulz. Das ist wirklich ein starkes Ergebnis. Wir alle stehen hinter dir; das ist wirklich deutlich geworden. Wir wollen uns bei dieser Europawahl mit dir gemeinsam ins Zeug legen, damit wir eine starke Sozialdemokratie in einem starken Europa bekommen. Du wirst darüber hinaus am 1. März auf dem Kongress der europäischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Rom zum ersten gesamteuropäischen Spitzenkandidaten in Europa gewählt werden sowie zum sozialdemokratischen Kandidaten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten. Du trittst dieses Amt an, um etwas in Europa zu verändern. Du trittst an für ein anderes, für ein besseres, für ein gerechteres Europa, das sich wieder ein neues Vertrauen bei den Menschen in Europa erarbeitet.

Lieber Martin, du hast das Wort.

(Beifall)

Martin Schulz, Spitzenkandidat für die Europawahl: Liebe Genossinnen, liebe Genossen, herzlichen Dank für Euer überwältigendes Vertrauen.

Ich verspreche Euch: Ich werde alles tun – alles!-, um diesem Vertrauen gerecht zu werden. Ihr könnt Euch darauf verlassen: Mit aller Kraft werde ich für unsere gemeinsame Sache kämpfen. Ich kämpfe dafür, dass wir als SPD am 25. Mai um 18.00 Uhr jubeln, weil der Balken nach oben geht! Weil wir zulegen werden!

(Beifall)

Ich kämpfe dafür, dass das europäische Projekt wieder mit der Hoffnung auf eine gute Zukunft verbunden wird! Für uns, für unsere Kinder und für unsere Enkel. Ich kämpfe dafür, dass das Leben der Menschen in Europa besser wird! Ich kämpfe dafür, weil ich weiß: Gemeinsam schaffen wir das!

Am 23. Mai letzten Jahres, beim Fest anlässlich des hundertfünfzigjährigen Bestehens der SPD hat Sigmar Gabriel erstmals den Vorschlag meiner europäischen Spitzenkandidatur formuliert. Wer hätte damals, am 23. Mai des vergangenen Jahres, geglaubt, dass wir als starke Partei in der Regierung sind, dass wir als Regierungspartei Deutschland gestalten und Europa

mitgestalten? Wer hätte damals geglaubt, dass wir mit Sigmar Gabriel einen starken Vize-Kanzler und Minister für Wirtschaft und Energie haben - Sigmar, was du in den vergangenen Monaten für die Partei und für Deutschland geleistet hast, dafür will ich dir von Herzen danken! Das ist ein großer Schritt für Deutschland nach vorne.

(Beifall)

Wer hätte damals geglaubt, dass wir mit Andrea Nahles die Ministerin für Soziales und Arbeit stellen, dass wir mit Frank-Walter Steinmeier einen Außenminister haben, der dem Amt wieder Gewicht gibt.

Wer hätte damals gedacht, dass wir mit Barbara Hendricks, mit Manuela Schwesig, mit Heiko Maas und mit Aydan Özoğuz, sozialdemokratische Politik für Deutschland machen! Zusammen mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten unserer Länder, angeführt von ihrer Koordinatorin, meiner Landesmutter, Hannelore Kraft und mit Thomas Oppermann an der Spitze der Fraktion und mit Euch, liebe Genossinnen und Genossen, werden wir diesen Europawahlkampf gemeinsam führen und gemeinsam gewinnen!

Gleich werden wir mit den Wahlen von Yasmin Fahimi als neuer Generalsekretärin, mit Ralf Stegner als neuem stellvertretenden Parteichef und Dietmar Nietan als neuem Schatzmeister die Weichen für die SPD in die richtige Richtung stellen. Ich drücke Euch, Yasmin, Dietmar und Ralf, die Daumen für die Wahl! Meine Stimme bekommt ihr!

Liebe Freunde,

die Europawahl 2014 ist nicht irgendeine Wahl. Bei der Europawahl 2014 steht viel, sehr viel auf dem Spiel. So eine Wahl hat es noch nie gegeben, nicht auf diesem Kontinent und auch nirgendwo sonst auf dieser Welt. Zum ersten Mal entscheiden die Wählerinnen und Wähler darüber, wer an der Spitze der europäischen Exekutive steht - wer Kommissionspräsidentin oder Kommissionspräsident wird. Zum ersten Mal entscheiden die Wählerinnen und Wähler darüber, was für eine Politik sie für Europa wollen - welches Europa sie wollen.

Zum ersten Mal haben die Menschen in Europa die Möglichkeit durch ihre Wahlentscheidung die Richtung der EU maßgeblich zu beeinflussen. Die Europawahl 2014 wird ein Meilenstein für die europäische Demokratie! Bei der Europawahl 2014 geht es darum, ob wir einfach so weiter machen wie bisher. Oder ob wir Europa verändern und ein anderes Europa schaffen. Bei der Europawahl 2014 geht es darum, wer das Mandat bekommt, die nächsten fünf Jahre Politik in Europa zu gestalten und die Weichen für die Zukunft zu stellen. Ich will dieses Mandat. Ich will dieses Mandat mit Eurer Hilfe von den Wählerinnen und Wählern erbitten. Weil ich Europa verändern will. Weil ich Europa besser machen will.

(Beifall)

Für mich geht es bei der Europawahl 2014 darum, ob es gelingt, unser in der Menschheitsgeschichte einzigartiges Friedensprojekt zu verteidigen; ob es gelingt, unser solidarischer Gesellschaftsmodell auch im globalisierten 21. Jahrhundert zu bewahren; ob es gelingt, mit unseren sozialdemokratischen Werten – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – als Richtschnur neue Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit zu finden; ob es gelingt, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen; ob es gelingt, die EU vom Kopf auf die Füße zu stellen. Um Europa zu retten. Denn Europa ist bedroht. Weil sich die Menschen von Europa abwenden. Sie wenden sich ab, weil sie das Gefühl haben, dass ihre Sorgen nicht ernst genommen werden, dass es ihnen nicht besser sondern schlechter geht.

Deshalb: Ich will das Leben der Menschen in Europa verbessern, sie wieder mit der Idee Europa versöhnen und sie für Europa zurückzugewinnen. Darum geht es bei der Europawahl 2014!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die meisten von Euch kennen mich. Ihr wisst, wenn es um Europa geht, wenn es um die europäische Einigung geht, dann gilt für mich: Ich bin ein Überzeugungstäter. Ich habe mein ganzes politisches Leben für Europa gekämpft. Und deshalb schmerzt es mich, das zu sagen. Aber ich weiß, dass es notwendig ist, es zu sagen: Wir müssen die Europäische Union verändern und wir müssen sie besser machen. Weil die EU in einem bedauerlichen Zustand ist. Und das ist nicht egal. Das darf uns nicht egal sein. Denn eine EU in einem bedauerlichen Zustand schadet Deutschland, schadet den anderen EU-Mitgliedsländern, schadet den Menschen in Europa, die darauf vertrauen, dass Politik ihr Leben besser macht. Denn genau dafür ist die Politik doch da. Das haben viele in der EU vergessen. Politik, Institutionen, dürfen nie Selbstzweck sein. Sondern nur Mittel zum Zweck. Und der Zweck von Politik muss sein: Pragmatische Lösungen zu finden. Einen Rahmen schaffen, in dem Menschen ein gutes Leben, ein würdiges Leben führen können.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, einige von Euch kennen mich noch als jungen Bürgermeister von Würselen, einer schönen Stadt im Rheinland, im Westen von Nordrhein-Westfalen. Das ist meine Heimat. Dort bin ich tief verwurzelt. Im Dreiländereck zwischen Deutschland, Belgien und Holland. Als Bürgermeister habe ich jeden Tag mit Menschen über ihre kleinen und großen Nöte gesprochen; habe zusammen mit den Betriebsräten, der Unternehmerin, dem Vereinsleiter, dem Pfarrer und der Lehrerin Lösungen erarbeitet für die Probleme, die beim Zusammenleben nun einmal entstehen.

In den Gemeinden, in den Städten gibt es wenig ideologische Schlachten. Wenig prinzipiellen Streit. In einer Gemeinde heißt regieren: Pragmatisches Handeln. Die Probleme von Menschen

unmittelbar lösen. Dafür sorgen, dass die Dinge funktionieren. Dass jemand den Müll einsammelt, die kaputte Ampel repariert, der Schulbus fährt.

Ich habe große Hochachtung vor all jenen, die sich in ihrer Kommune, ihrem Landkreis oder in ihrer Stadt engagieren. Viele helfen vor Ort: in der Politik, in den Parteien, im Sportverein, in der Schule, im Betrieb, im Jugendzentrum, im Altenheim, im Kulturbereich oder in der Bürgerinitiative. Sie sind es, die den Laden am Laufen halten. Sie sind es, die Deutschland voranbringen. Sie sind es, die Europa voranbringen.

Und deshalb: mich ärgert die Schnodderigkeit, die ich zu oft erlebe, die Herablassung mit der Kommunal- oder Landespolitik belächelt wird, als ginge es um Kleinkram. Das Gegenteil ist richtig. Im Rathaus wird über das entschieden, was die Menschen am meisten in ihrem Leben betrifft.

Ich wünsche mir deshalb, dass wir, die Bundes- und Europapolitiker, sehr genau zuhören, wenn Landräte und Bürgermeister sprechen.

Ich will, dass wir uns vor Ort ein Bild darüber machen, welche Auswirkungen die Entscheidungen haben, die wir treffen. Denn auf der kommunalen Ebene erkennt man unmittelbar, welche Auswirkungen politische Entscheidungen auf das Alltagsleben der Menschen haben. Auf der kommunalen Ebene erfährt man direkt, welche Sorgen die Menschen haben. Was sie belastet. Was sie von der Politik erwarten.

Meine kommunalpolitische Erfahrung hat mich tief geprägt und in mir einen festen Grundsatz reifen lassen: An welcher Stelle auch immer ich politisch arbeite, ich will wissen, was die Auswirkungen meines Handelns auf die Menschen vor Ort sind.

Deshalb verspreche ich euch: Wenn ich Kommissionspräsident bin, dann werde ich als erstes fragen: Müssen wir als Kommission das wirklich machen oder kann es nicht viel besser lokal, regional oder national gelöst werden? Ich werde fest dafür eintreten, dass die Probleme dort gelöst werden, wo das am besten geht. Dort, wo man am besten beurteilen kann, was die beste Lösung ist.

(Beifall)

Ich will ein Europa, in dem Brüssel aus den guten Erfahrungen lernt, die in Kommunen, Ländern und auf nationaler Ebene gemacht werden. Ich will ein Europa, das sich als Ansprechpartner für alle engagierten Initiativen begreift und offen ist für die unterschiedlichen Lösungsansätze in unterschiedlichen Regionen.

Ich will ein Europa, das von unten nach oben gebaut ist. Ja, an manchen Stellen werden wir mehr Europa brauchen. Aber an vielen Stellen muss der Brüsseler Drang gebremst werden, alles zu regulieren oder zu deregulieren.

(Beifall)

Warum muss die Kommission den Wasserverbrauch von Toilettenspülungen regeln oder den Energieverbrauch von Duschköpfen und Wasserhähnen?

(Beifall)

Warum sollen wir kommunale Sparkassen und Raiffeisenbanken abschaffen, obschon genau dieses besondere Modell ein wesentlicher Grund dafür ist, dass Deutschland vergleichsweise gut durch die Krise gekommen ist?

(Beifall)

Eines der größten Probleme der Unternehmen in den Krisenstaaten ist der Zugang zu Krediten. In Deutschland hat sich der Mittelstand immer auf die regionale Kreditversorgung verlassen können, die durch Sparkassen und Volksbanken garantiert wird. Das ist eine Säule des Erfolgs der deutschen Wirtschaft! In dieser Logik muss man nicht das Sparkassenmodell zerschlagen, sondern es eigentlich exportieren wollen!

(Beifall)

Warum soll ein VW-Gesetz geändert werden? Obgleich VW eine europäische Erfolgsgeschichte schreibt, von der nicht nur die Arbeiter in Wolfsburg und anderen Standorten profitieren, sondern unser Land und Europa insgesamt?

Im Übrigen, der öffentliche Anteil an Volkswagen hat einen Grund: Er ist das Resultat der Rückgabe von durch die Nazis beschlagnahmten Vermögen der Gewerkschaften. Europa muss die Besonderheiten seiner Staaten schützen, so steht es im Lissabon-Vertrag. Die Besonderheit im Fall VW ist die Rückgabe von Vermögen an die deutsche Arbeiterschaft; Vermögen, das die Nazis für ihre verbrecherische Politik beschlagnahmt hatten. Warum muss man das verändern? Ich will, dass das VW-Gesetz bleibt!

(starker Beifall)

Wenn ich Kommissionspräsident bin, will ich bei jeder neuen Richtlinie ganz genau wissen, ob eine Regelung aus Brüssel überhaupt notwendig ist und welche Folgen sie vor Ort hat. Ich will nicht weniger als einen Wechsel in der Mentalität der Kommission!

Anstatt sich im eifersüchtigen Konkurrenzgehabe der unterschiedlichen Verwaltungsebenen aufzureiben, will ich eine neue Arbeitsweise in der EU-Kommission durchsetzen. Eine

Arbeitsweise, die sich am Subsidiaritätsprinzip orientiert. Je näher bei den Menschen eine Entscheidung getroffen wird, desto höher ist die Akzeptanz.

Deshalb: Die EU ist nicht die Summe der Brüsseler Institutionen - die EU bildet sich aus den Völkern Europas, aus den hundertausenden Gemeinden, den Regionen, den 28 Staaten und den europäischen Institutionen! Das muss der neue Geist in Brüssel sein.

(Beifall)

Die EU soll eben nicht alles machen. Die EU soll sich nicht überall einmischen. Die EU soll dort tätig werden, wo sie den Bürgerinnen und Bürgern einen echten Nutzen bringt. Dort tätig werden, wo einzelne Nationalstaaten an ihre Grenzen stoßen.

Und das gehört auch zur Wahrheit dazu: keine Gemeinde, keine Region, kein Land kann die großen Probleme in diesem 21. Jahrhundert alleine bewältigen: beim Klimawandel, beim Handel, bei der Währungspolitik, bei der Migration, bei der digitalen Agenda. Für diese Herausforderungen im 21. Jahrhundert brauchen wir eine starke EU mit einer starken Kommission, kontrolliert durch das Europäische Parlament, gestärkt und nicht beschimpft von den Mitgliedstaaten.

Bei meiner Kritik an manchen Zuständen in der EU geht es nicht darum, das Lied der Anti-Europäer zu singen. Im Gegenteil: In die Hände der Anti-Europäer spielen jene, die jede Kritik an der EU gleich als antieuropäisch abstempeln. Und damit jede Debatte, wie wir Europa besser machen können, im Keim ersticken. Ich kritisiere die EU auch, aber ich bin ein leidenschaftlicher Pro-Europäer.

(Beifall)

Die SPD tritt seit ihrer Gründung für ein gemeinsames Europa ein und hat schon im Heidelberger Programm von 1925 die Vereinigten Staaten von Europa gefordert. Damit ist eine Vision formuliert, die richtig ist. Auch wenn die Nationalstaaten wichtig sind und bleiben werden. Warum auch sollten sie verschwinden? Die Nationalstaaten sind die Heimat der Menschen und viele Menschen fühlen, dass die Nationalstaaten ihnen Identität schenken. Die nationale Identität ist vielen Menschen wichtig. Wir müssen die Sorge vieler Menschen ernst nehmen, die EU wolle sie ihrer Identität berauben.

Unsere Sprachenvielfalt, unsere extrem reiche Kultur, das hellenistische und römische Erbe, die Renaissance und die Reformation, die Aufklärung und die Moderne, sind unser schützenswertes Erbe, das in seiner jeweils nationalen Ausprägung unbedingt erhalten bleiben muss. Aber es gibt auch das andere große Erbe Europas, das Erbe der Arbeiter- und Frauenbewegung, die ein auf Grundwerten aufgebautes Modell der demokratischen

Gesellschaftsordnung geschaffen hat; ein Gesellschaftsmodell, in der die Wirtschaft nicht dem Reichtum der Wenigen dient sondern der Wohlfahrt aller. Das ist das Modell der sozialen und demokratischen, der sozialdemokratischen Wertegemeinschaft. Und dieses Modell - das unbedingt erhalten werden muss - wird in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts weit mehr bedroht als unsere nationale Identität.

Genau deshalb haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus gutem Grund schon immer für die europäische Idee gestritten. Gerade für uns ist es deshalb so unerträglich, wenn vielerorts wieder ein nationalistischer Populismus angestimmt wird. Ein Nationalismus, der behauptet, dass wir durch die Rückkehr zur vermeintlichen Idylle des Nationalstaates den Herausforderungen des 21. Jahrhundert begegnen könnten. Absurd!

Lasst mich nochmal zwei Zahlen nennen: Im Jahre 2050 wird Europa noch ungefähr fünf Prozent der Weltbevölkerung stellen; 2050 wird Deutschland kein G-8 Land mehr sein, übrigens auch kein anderes europäisches Land.

Wer glaubt denn ernsthaft angesichts dieser Zahlen, dass wir besser dastehen würden, wenn nun jeder Einzelne der 28 EU-Mitgliedstaaten versuchen muss, seine Interessen in einer globalisierten Welt durchzusetzen sucht? Glaubt irgendjemand, dass die USA, China und Russland mit irgendeinem einzelnen europäischen Staat auf Augenhöhe verhandeln würden? Auch Deutschland ist im Vergleich zu klein dafür.

Nein, das wird nicht funktionieren. Wenn die EU sich in ihre Einzelteile zerlegt, werden wir zum Spielball anderer Mächte. Das droht uns: In der Währungspolitik, beim Klimaschutz, beim Verbraucherschutz, beim Datenschutz, bei der Energieversorgung, beim Handel und in vielen anderen Bereichen. Was ich hier vortrage ist keine Theoriedebatte. Hier geht es ganz konkret um die Frage, wie wir unser europäisches Gesellschaftsmodell verteidigen können, unser soziales, demokratisches und wertegeleitetes Gesellschaftsmodell, wie wir unseren Lebensstandard und eben auch unsere kulturelle Vielfalt im 21. Jahrhundert gemeinsam bewahren können!

Für mich steht die Antwort fest: Entweder gewinnen wir als EU alle gemeinsam diesen Kampf oder jeder Einzelstaat verliert für sich alleine.

Deswegen sage ich: Die Populisten, die das Hohelied der Renationalisierung singen, verspielen die soziale Zukunft der nächsten Generation.

(Lebhafter Beifall)

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, Sigmar hat recht: Wir dürfen diesen Parolen nicht auf den Leim gehen!

„ Raus aus dem Euro“, „Grenzen wieder hoch“, „Migranten fliegen raus „- das klingt einfach am Stammtisch. Aber diese Parolen sind hochgefährlich. Diese Parolen kommen als Lösungen maskiert daher - sie sind aber Nebelkerzen. Die sollen erst mal erklären, wie man ihre Ideen praktisch umsetzt. Wie soll denn der Austritt Deutschlands aus dem Euro praktisch funktionieren, ohne eine völlige Zerstörung unserer Wirtschaft und dem Verlust von Hunderttausenden Arbeitsplätzen nach sich zu ziehen? Würden diese populistischen Parolen Realität, dann würde das Deutschland enorm schaden.

Denn Deutschland profitiert enorm von den offenen Grenzen im Binnenmarkt. Deutschland profitiert enorm vom Euro. Ich weiß, ihr wisst das alles. Aber es ist auch nötig, dass wir das in der Auseinandersetzung mit den Anderen sagen.

Liebe Genossinnen und Genossen, bei der Europawahl 2014 geht es um mehr Demokratie. Das klingt banal, ist es aber nicht.

Denn lasst uns einen Moment daran erinnern, wie in der Vergangenheit die Kommissionspräsidenten bestimmt worden sind. Ich spreche ganz bewusst von "bestimmt" und nicht von gewählt, wie es sich eigentlich in einer Demokratie gehört. José Manuel Barroso ist ein Kollege, den ich persönlich sehr schätze, auch wenn ich in Vielem seine Meinung nicht teile. Barroso wurde in einem bis heute nicht ganz nachvollziehbaren Prozedere hinter verschlossenen Türen nominiert. Den erstaunten Untertanen wurde ein Kandidat präsentiert, der bis dahin kein Programm für Europa vorgelegt hatte und der nirgendwo in Europa zur Wahl stand. Seit 10 Jahren ist er nun Kommissionspräsident!

Jetzt aber haben wir eine andere Situation und das liegt daran, dass der neue Kommissionspräsident auf einer anderen rechtlichen Grundlage gewählt wird: Nach der Europawahl bildet sich das Europaparlament neu und es wird den Staats- und Regierungschefs einen Vorschlag machen, wer eine Mehrheit im Parlament bekommen wird. Denn der Kommissionspräsident muss im Parlament gewählt werden. Dadurch haben zum ersten Mal unsere Wählerinnen und Wählern das entscheidende Wort. Wer bei der Europawahl in Deutschland SPD wählt, gibt seine Stimme für einen sozialdemokratischen Kommissionspräsidenten ab. Und dieses Prinzip gilt in ganz Europa: Jede Stimme für eine sozialdemokratische Partei in Europa ist eine Stimme für einen sozialdemokratischen Kommissionspräsidenten. Wir alle können damit für eine andere, für eine bessere EU stimmen! Genossinnen und Genossen, die Menschen entscheiden - nicht irgendjemand in einem

Hinterzimmer bei abgedunkeltem Licht! Das ist nichts weniger als eine demokratische Revolution in Europa.

(Lebhafter Beifall)

Eine demokratische Revolution von unten!

Nun lasst mich bitte eine Geschichte erzählen, die ich sehr aufschlussreich finde. Bei jedem Interview, das ich gebe, bekomme ich immer dieselbe Frage gestellt: "Wie ist der Deal, der mit Frau Merkel verhandelt wurde, damit Sie Kommissionspräsident werden? Was lief da in den Koalitionsverhandlungen?" Heute hat mich einer gefragt: „Herr Schulz, glauben Sie denn, dass Frau Merkel Sie unterstützt?“ – Darauf habe ich geantwortet: „Wenn sie die SPD wählt: Ja. Ich weiß aber nicht, ob sie das tut.“

(Heiterkeit und Beifall)

Ich finde die Frage interessant, weil sich offensichtlich viele Journalisten überhaupt nicht vorstellen können, dass der Job des Kommissionspräsidenten durch eine Wahl bestimmt wird und nicht durch einen Deal.

Deshalb hier und jetzt in aller Klarheit: Ich will Kommissionspräsident werden, indem ich die Mehrheit der 390 Millionen Wählerinnen und Wähler von meinem Programm überzeuge. Ich will Kommissionspräsident werden, indem ich europaweit für mein Programm eintrete und dafür werbe. Ich will Kommissionspräsident werden, indem ich eine Mehrheit der Abgeordneten im Europaparlament hinter mich bringe. Ich will als Kommissionspräsident Resultat eines demokratischen Wahlgangs sein und nicht das Resultat eines Würfelvorgangs hinter verschlossenen Türen.

(Lebhafter Beifall)

Und ich hoffe, dass ich mich darauf verlassen kann, dass meine Partei diesen Wahlkampf mit vollem Engagement führt! Denn die SPD ist die Europapartei in Deutschland und das seit 150 Jahren! Ich verlasse mich darauf, dass ihr alle mitkämpft!

Liebe Freunde, bei der Europawahl 2014 geht es um Arbeitsplätze. Es ist schon fast trauriger Alltag geworden, morgens in der Zeitung von den neuen Horrorzahlen aus den Arbeitslosenstatistiken zu erfahren: 27 Millionen Menschen haben in der EU keinen Job! Jeder vierte junge Mensch zwischen 15 und 24 hat keinen Job! Und es ist so leicht zu vergessen, dass hinter diesen Zahlen Menschen stehen. Ich habe das Privileg mit vielen Menschen zu sprechen.

Ich finde es bitter, wenn mir eine Mutter erzählt, dass sie ihren Kindern keine warme Mahlzeit geben kann – und das in Europa! Ich finde es bitter, wenn ich mit Eltern rede, denen Obdachlosigkeit droht, weil sie die Raten für das Haus nicht mehr bezahlen können. Ich finde es bitter Jugendliche kennen zu lernen, die schon 300 Bewerbungen geschrieben haben, meistens keine Antwort kriegen und immer noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben.

Arbeitslosigkeit bedeutet Armut. Aber der Verlust ist nicht nur materiell. Arbeit gibt Würde. Arbeit gibt Sinn. Arbeit ermöglicht Teilhabe an der Gesellschaft. Das heißt im Umkehrschluss: Arbeitslosigkeit entwürdigt. Arbeitslosigkeit entzieht Sinn. Arbeitslosigkeit verhindert Teilhabe.

Ich kann mich noch gut an den ersten Tag meiner Ausbildung erinnern, das war am 1. Februar 1975. Ich war so stolz, sagen zu können: Ich mache eine Ausbildung. Ich werde Buchhändler. Von meinem ersten selbst verdienten Geld habe ich mir voller Stolz einen Traum verwirklicht. Ich habe mir ein Abo der *Frankfurter Rundschau* gekauft. Einige Jahre später habe ich meine eigene Buchhandlung aufgemacht. Nie wieder hatte ich so stark das Gefühl, etwas im Leben erreicht zu haben, wie an diesem Tag.

(Heiterkeit)

Eine so hohe Arbeitslosigkeit, besonders eine so hohe Jugendarbeitslosigkeit, wie wir sie derzeit in Europa erleben, das sind unzählige individuelle Tragödien; in der Summe sind diese individuellen Tragödien Gift für unsere Gesellschaften. Diese dramatische Arbeitslosigkeit zerstört das soziale Gewebe. Sie zerstört das Vertrauen in die Politik.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist eine der Ursachen für den dramatischen Vertrauensverlust der Politik. Unter der Jugendarbeitslosigkeit leiden übrigens nicht nur die Jugendlichen. In manchen Ländern legen der Opa die Rente und die Mutter das Arbeitslosengeld zusammen, und man wohnt zu dritt in einer kleinen Mietwohnung - weil es sonst zum Leben nicht reicht.

Hier im Saal sind viele deren Eltern zur Kriegsgeneration gehörten. Von dieser Kriegsgeneration - von der Generation meiner Eltern; Sigmar hat eben von seiner Mutter gesprochen - wurden nach dem Zweiten Weltkrieg viele Opfer abverlangt, über die wir heute gar nicht mehr nachdenken. Warum hat diese Generation ohne Murren diese Opfer gebracht? - Weil die Regierungen ihnen sagten: Es ist für eure Kinder.

Und schaut euch unser Leben an! Wir dürfen ein Leben führen, von dem unsere Eltern nicht einmal zu träumen gewagt haben. Und was macht meine Politikergeneration, die Kinder dieser Eltern, die heute auf der europäischen Ebene Verantwortung tragen? Meine Politikergeneration verlangt von Eltern in vielen Ländern der Europäischen Union schmerzhaftes Opfer. Und wofür? - Um Banken zu retten! Und für ihre Kinder wird nicht ein Zehntel von dem aufgebracht, was zur Stabilisierung des Banken- und Eurosystems aufgebracht wird.

Kein Wunder, wenn diese Menschen das Gefühl bekommen, dass sich niemand um sie kümmert. Wir schulden den jungen Menschen, die mit ihren Lebenschancen für eine Krise bezahlen müssen, die andere verursacht haben, vor allem eines, und das werde ich machen, wenn ich Kommissionspräsident bin: Die Schaffung von Arbeitsplätzen und Ausbildungsplätzen und den Kampf gegen diese zerstörerische Jugendarbeitslosigkeit!

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, es reicht natürlich nicht, Arbeitsplätze zu schaffen - es müssen auch gute Arbeitsplätze sein. Auch in Deutschland haben immer mehr Menschen zwei, drei, Jobs weil ein Job nicht zum Leben reicht. Ich hätte mir nicht träumen lassen, dass wir in diesem Land einmal amerikanische Verhältnisse haben. Aber das ist die Realität. Rentner müssen auch nach einem langen Arbeitsleben noch schuften. Junge Menschen stecken in einer fatalen Spirale aus Arbeitslosigkeit, Zeitverträgen und unbezahlten Praktika fest.

In fünf Jahren will ich zu der jungen Spanierin, die trotz zweier akademischer Abschlüsse arbeitslos ist, sagen können: Wir haben die Jugendarbeitslosigkeit gesenkt.

Und zu allen, die heute noch zu Sklavenlöhnen malochen, will ich sagen können: Wir haben einen europäischen Mindestlohn eingeführt,

(Beifall)

der nicht überall gleich ist, der an die jeweiligen Bedingungen im Land angepasst ist, aber es Menschen überall in der EU ermöglicht, in Würde zu leben.

Wenn ich Kommissionspräsident bin, dann werde ich dafür kämpfen, dass nicht nur Arbeitsplätze sondern gute Arbeitsplätze entstehen! Mit einem Einkommen mit dem man in Würde leben kann. Mit Löhnen unter Berücksichtigung der spezifischen Besonderheiten des jeweiligen Landes, die es den Menschen ermöglicht dort zu leben und zu arbeiten, wo sie zuhause sind. Das ist mein Programm gegen Armutszuwanderung in Europa - und nicht billige Hetze gegen ausgebeutete Menschen!

(Beifall)

Bei der Europawahl 2014 geht es um wirtschaftliche Innovation.

Den Wirtschaftsstandort Europa schützen und dort, wo Versäumnisse gemacht wurden wieder aufzuholen, das heißt: Ein klares Bekenntnis zum Wissenschafts- und Industriestandort Europa. Industrielle Wertschöpfung ist die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs und unseres Wohlstands. Das hat uns die Finanzkrise mitsamt ihren Auswirkungen noch einmal deutlich vor Augen geführt.

Deshalb müssen wir stärker auf Innovation und Forschung setzen, und europäische Gelder gezielt in Forschung und Entwicklung, in Innovation, in Ausbildung und Jobs bei kleinen und mittleren Unternehmen investieren. Das ist die Grundlage, um unsere Wettbewerbsfähigkeit im interkontinentalen Wettbewerb dauerhaft für die Zukunft zu sichern. Es gilt, das enorme Potenzial der digitalen Agenda für eine dritte industrielle Revolution zu realisieren und unsere Energienutzung hin zur Nachhaltigkeit zu transformieren.

Ich habe es erst vor wenigen Tagen gesagt, und ich bleibe auch dabei: Das ist ein Jahrhundertprojekt, dem sich Sigmar Gabriel mit ganzer Kraft widmet. Den Wirtschaftsstandort Europa schützen, das heißt, unnötige bürokratische Regelungen abzubauen, unser Ausbildungssystem zu reformieren und den Zugang zu Krediten zu erleichtern.

Viele kleine und mittlere Unternehmen auch bei uns klagen darüber, dass die EU ihnen mit bürokratischen Regeln das Leben schwer macht. Dazu will ich sagen: Ja, das stimmt. Aber es sind nicht nur die Beamten in Brüssel, sondern es liegt auch an den nachgeordneten Stellen. Deshalb mein Vorschlag: Ich fange in Brüssel als Kommissionspräsident an mit dem Abbau bürokratischer Regeln. Aber auf der nationalen, der regionalen, der lokalen Ebene müssen dann ebenfalls weniger bürokratische Regeln herrschen. Damit täten wir den Unternehmen gemeinschaftlich einen Gefallen.

Zur Kreditpolitik in Europa: Es geht nicht an, dass die Banken für 0,25 Prozent Zinsen Geld von der EZB bekommen – teilweise sind diese Banken durch Steuergelder gerettet worden! – und dieses Geld dann nicht an die Realwirtschaft weitergeben, sondern schon wieder in die nächste gefährliche Spekulationsblase investieren. Wenn ich Kommissionspräsident werde, werde ich den Chef der EZB bitten: Macht damit Schluss! Billiges Geld ja - aber für die Entwicklung und die Investitionen in die Wirtschaft aber nicht für das Befeuern der nächsten Spekulationsblase.

(Beifall)

Den Wirtschaftsstandort Europa schützen heißt, bei internationalen Handelsabkommen die Absatzchancen für europäische Produkte zu verbessern. Deshalb bin ich sehr wohl für internationale Handelsabkommen. Aber ihr könnt euch darauf verlassen, dass ich dagegen bin, unsere Standards zu senken. Das gilt für genmanipulierte Nahrungsmittel. Das gilt für unsere anderen ökologischen und sozialen Standards. Denn unser Gesellschaftsmodell, mit der Sozialpartnerschaft und mit starken Gewerkschaften ist kein Standortnachteil, sondern ein Standortvorteil!

Ich will in fünf Jahren zum angehenden Lehrling, der sich über seine Berufswahl Gedanken macht, sagen können, dass wir Investitionen in erneuerbare Energien getätigt haben, die uns unabhängig von Öl- und Gaslieferungen machen und Tausende neuer Jobs schaffen, die gut bezahlt und nachhaltig sind. Und zum italienischen Unternehmer, der für seine brillante Geschäftsidee keinen Kredit bekommt: Wir haben die Kreditklemme überwunden, indem wir die Banken sicherer gemacht und neue Instrumente für die Vergabe von Krediten geschaffen haben. Zur Chefin eines mittelständischen Unternehmens, der die Vorschriftenflut, national wie europäisch, Kopfschmerzen macht: Wir haben unsinnige bürokratische Regeln abgeschafft. Zu dem Arbeiter, der sich von der wachsenden Konkurrenz in den Schwellenländern bedroht fühlt: Wir haben die intelligente Re-industrialisierung Europas eingeleitet, dein Job ist sicher. Und zum angehenden Unternehmer, der sich selbständig macht: Wir haben die Digitale Agenda priorisiert und die nächste industrielle Revolution in Europa eingeleitet, und so den Standort Europa im globalen Wettbewerb auch in diesem neuen Markt geschützt.

Wenn ich Kommissionspräsident bin, dann werde ich den Wirtschaftsstandort Europa schützen und zukunftsfähig machen!

Zu lange hat eine neoliberale Politik die wirtschaftlichen Freiheiten über die Grundrechte der Menschen gestellt; zu lange hat eine neoliberale Politik die Durchökonomisierung aller Lebensbereiche befördert; zu lange hat eine neoliberale Politik Banken für systemrelevant gehalten - unsere Jugend aber nicht. Durch die Exzesse einer entfesselten Finanzwirtschaft leiden Menschen und Unternehmen in Europa!

Dieses Europa ist nicht mein Europa. Mein Europa schützt die Menschen und bietet verantwortungsbewussten Unternehmen ein gutes Umfeld an. In meinem Europa schützt der Staat den sozialen Frieden und baut ihn aus - mit starken Unternehmen und starken Gewerkschaften auf der nationalen Ebene und in Kooperation der nationalen mit der europäischen Ebene!

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, in diesem Zusammenhang ein Grundsatz: Wirtschaftliche Erholung in Europa wird es nicht geben, wenn es keine Steuergerechtigkeit gibt. Sigmar Gabriel hat in seiner Rede auf einen der größten Missstände im Wirtschaftssystem der EU hingewiesen: die unsägliche Möglichkeit der Steuerflucht. Udo Bullmann hat es heute Morgen auf der Delegiertenkonferenz ebenfalls beschrieben: Steuerflucht und Steuervermeidung sind zum Sport einiger Großunternehmen geworden. Es kann nicht sein, dass in Europa Unternehmen Milliardengewinne machen, aber keine Steuern zahlen, während die einfachen Steuerzahler und einfachen Unternehmer die Zeche für eine Kreditwirtschaft zahlen, die sich verspekuliert hat.

Wenn ich Kommissionspräsident bin, werde ich den Staats- und Regierungschefs etwas ganz Einfaches vorschlagen: Das Land, in dem der Gewinn gemacht wird, ist das Land, in dem die Steuer gezahlt wird. Dafür braucht man kein europäisches Finanzministerium. Aber es würde dieser Steuerflucht endlich den Garaus machen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Europa ist nicht gerecht. Europa ist zu bürokratisch. Europa ist nicht demokratisch genug. Europa ist zu intransparent. Europa wird bedroht von Populisten. Populisten, welche die Einwanderungspolitik für ihre Interessen benutzen wollen. Am 1. Januar standen britische Kamerateams an den Grenzen, um die massenhafte Zuwanderung des „Lumpenproletariats“ aus Bulgarien und Rumänien zu filmen. Mittags sind sie wieder abgezogen, weil kein Mensch gekommen ist. Freizügigkeit ist in Europa ein Grundrecht! Es ist Unsinn, zu behaupten, dass jeder sofort Sozialhilfe bekommen kann. Natürlich müssen wir den Kommunen bei der Bewältigung sozialer Probleme helfen. Aber wir dürfen keine Hetze gegen andere Menschen zulassen. Und wir dürfen nicht zulassen, dass eine der größten Errungenschaften Europas aufgegeben wird - die Freizügigkeit!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich ziehe in den Wahlkampf mit einem Programm für mehr soziale Gerechtigkeit. Für ein innovatives und wirtschaftsstarkes Europa. Für ein Europa, das seine Standards in den weltweiten Handelsbeziehungen selbstbewusst verteidigt. Wir Europäerinnen und Europäer genießen soziale, ökologische und bürgerliche Grundrechte, die Menschen in anderen Teilen der Erde nicht haben. Ich will nicht, dass Menschen in anderen Teilen der Welt hemmungslos von europäischen und amerikanischen, von indischen und chinesischen Unternehmen ausgebeutet werden können; von Unternehmen, die wettbewerbsfähiger und billiger sind, weil sie kein Grundrecht - kein ökologisches, kein soziales, kein bürgerliches Grundrecht – respektieren. Deren Produkte so billig sind, dass kein in Europa hergestelltes Produkt damit konkurrenzfähig ist. Wir Europäer aber gleichzeitig sagen: „Ihr habt keine Restriktionen zu fürchten“, „Ihr kommt auf unseren Markt“.

Europa ist der reichste Binnenmarkt der Welt, auf den viele Unternehmen ihre Güter exportieren wollen. In unserer internationalen Handelspolitik muss im Interesse der Verteidigung unserer Grundwerte gelten: Wer seine Güter nach Europa liefern will, der muss unsere europäischen Standards akzeptieren. Im Alleingang kann das kein Land durchsetzen. Aber eine starke Europäische Union, kann diese Rechte gemeinsam verteidigen!

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, Marie le Pen in Frankreich, Geert Wilders in den Niederlanden, die Extremisten der „Goldenen Morgenröte“ in Griechenland, die sind alle wieder da. Die sind alle wieder da und erzählen den Menschen: Die Nation zuerst! Keine Zuwanderung! Wir sind im Jahre 2014. Ich will ein Europa, das im Jahre 2014 nicht die Fehler von 1914 wiederholt.

(Beifall)

Sondern sich auf eine Sache besinnt: Wir haben durch die Strukturen, die wir geschaffen haben, die Dämonen des 20. Jahrhunderts - den Hass, die Fremdenfeindlichkeit, den Rassismus - gebannt; wir haben die Dämonen aber nicht abgeschafft. Die Menschen sind, wie sie sind. Zerschlagen wir diese Strukturen, dann sind die Dämonen ganz schnell wieder da. Das beste Immunsystem gegen die Renationalisierung, gegen den Hass, gegen die Fremdenfeindlichkeit ist die Verteidigung unseres einzigartigen werteorientierten Gesellschaftsmodells! Es ist ein soziales, es ist ein demokratisches, es ist ein sozialdemokratisches Wertemodell, und deshalb sollte es auch ein Sozialdemokrat anführen. Vielen Dank.

(Lang anhaltender, rhythmischer Beifall - Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Martin, für deine große europäische Rede.

Wir hängen jetzt viehisch mit der Zeit hinterher, aber für Europa, Martin, tun wir es gerne.

Jetzt bitte ich darum, dass die Mandatsprüfungs- und Zählkommission berichtet, wie viele Delegierte da sind. Für die Mandatsprüfungs- und Zählkommission spricht der Vorsitzende Kristian Kater aus Weser-Ems.

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Kristian Kater, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 600 in Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 33 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstandes zusammen. Anwesend sind 545 Delegierte und 32 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft.

Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 240 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 41,6 %. Die Quote ist also erfüllt und der Parteitag beschlussfähig.

Der älteste Delegierte ist mit 78 Jahren Rudolf Herbers. Er kommt aus der Landesorganisation Hamburg.

(Beifall)

Der jüngste Delegierte ist mit 19 Jahren Damian Chatha. Er kommt vom Landesverband Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Ich wünsche dem Parteitag einen erfolgreichen Verlauf.

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Kristian.

Ich frage noch einmal, ob jetzt alle ihr Abstimmungsgerät erhalten haben oder wo es noch fehlt. Bitte zeigt an, wo es fehlt. - Okay, das ist schon mal ein gutes Zeichen.

Damit wären wir beim nächsten Tagesordnungspunkt.

Ich rufe jetzt die Antragskommission mit ihrem Vorsitzenden Olaf Scholz auf. Olaf, du hast das Wort.

Bericht der Antragskommission

Olaf Scholz, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte versuchen, ein bisschen Zeit aufzuholen und deshalb nicht allzu viele Dinge zu sagen.

Wir sind heute zusammengekommen, um uns insbesondere über Europapolitik zu unterhalten. Dazu gibt es, wie ihr wisst, einen umfassenden Antrag, den der Parteivorstand beschlossen hat und in den zahlreiche Anregungen, die unterdessen eingegangen sind, bereits eingeflossen sind. Das merkt ihr in der verteilten veränderten Fassung der Antragskommission, wo wir versucht haben, das möglichst aufzugreifen.

Ich kann mir vorstellen, dass uns bei der Debatte über Europa und über das, was wir jetzt noch machen wollen, eine ganze Reihe weiterer Vorschläge erreichen wird. Ich hoffe, es sind nicht zu viele über das hinaus, was man so ermessen kann. Jedenfalls werden wir, die Antragskommission, versuchen, Vorschläge zu unterbreiten, die es möglich machen, dass wir schnell und zügig durch den Parteitag kommen und dabei dann gewissermaßen gemeinsam mit diesen Anträgen auch zurechtkommen.

Worum es geht, hat Martin Schulz schon geschildert. Es macht, glaube ich, keinen besonderen Sinn, wenn ich das jetzt noch einmal wiederholen würde. Eine bessere Antragsbegründung, als Martin sie für diesen Antrag abgegeben hat, kann sowieso niemand abgeben.

Liebe Genossinnen und Genossen, zu Europa hatten wir im Vorfeld auch zwei Anträge. Ihr findet in den Vorschlägen, die wir euch vorgelegt haben, dass wir vorschlagen werden, diese beiden aus den Gliederungen gestellte Anträge mit dem durch den Parteivorstand gefassten und von der Antragskommission geänderten Antrag für erledigt zu erklären.

Im Übrigen wird dieser Parteitag dadurch gestaltet, dass er drei Wahlen durchführt und für die eine Wahl dazu noch eine Satzungsänderung vornehmen muss. Es geht um eine Satzungsänderung, die es möglich macht, einen weiteren stellvertretenden Parteivorsitzenden zu wählen. Ihr wisst alle, dass es unsere Absicht ist, dass das Ralf Stegner wird. Damit das klappt, müssen alle bei den jeweiligen Abstimmungen, die wir dazu aufrufen, mitmachen, weil diese Satzungsänderung nur mit einer sehr, sehr großen Mehrheit heute aufgesetzt und auch durchgeführt werden kann und wir dann zur Wahl schreiten können. Ich bin euch also deshalb

dankbar, wenn ihr dabei mithelft, damit das dann auch gut klappt und damit wir hinterher dann auch ein gutes Wahlverfahren durchführen können.

Im Übrigen sind ein paar Anträge eingegangen, die sich mit vielen unterschiedlichen Themenfeldern beschäftigen. Wir haben euch dazu in dem Fahrplan ein paar Vorschläge unterbreitet und uns dabei von zwei Bildern leiten lassen. Das eine Bild haben wir schon beschlossen. Es muss deshalb vielleicht nicht noch einmal beschlossen werden, was in dem einen oder anderen Fall auch deshalb nahe liegend ist, weil die Anträge zwar einen langen Weg zum Parteitag gefunden haben, weil aber vorher schon mal über diese Sachen gesprochen wurde, als sie aktuell in der regionalen Gliederung diskutiert worden sind.

Bei anderen haben wir gesagt, das muss und kann woanders - manchmal beim nächsten Parteitag, manchmal bei der Bundestagsfraktion, manchmal bei dem Parteivorstand - verhandelt werden, damit wir diesen Parteitag miteinander gut schaffen; denn klar ist: Im Mittelpunkt steht der Europa-Antrag. Im Mittelpunkt stehen die Wahl der Generalsekretärin, des neuen Schatzmeisters und eines weiteren stellvertretenden Parteivorsitzenden und die dazugehörige Satzungsänderung.

Wenn wir alle miteinander diszipliniert sind, wenn alle sich Mühe geben, dass wir das zügig hinkriegen, dann werden auch alle ihre Rückfahrmöglichkeiten erreichen und wir trotzdem gute Beschlüsse fassen. In diesem Sinne an die Arbeit!

(Beifall)

Satzungsändernde Anträge

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium Herzlichen Dank, Olaf, für deinen Bericht für die Antragskommission. Es war in der Tat ein Beitrag dazu, dass wir jetzt ganz schnell in ein paar wesentliche Entscheidungen eintreten können.

Olaf hat schon gesagt: Euch liegt der IA 2 vor, der Initiativantrag 2, der sich damit befasst, dass wir unsere Satzung ändern. Ihr habt es gehört, es geht um einen sechsten Stellvertreter.

Wir werden zunächst darüber abstimmen, ob ihr damit einverstanden seid, dass wir uns mit dieser Satzungsänderung heute befassen - weil wir die Frist nicht eingehalten haben. Dazu brauchen wir eine Dreiviertelmehrheit. Dann werden wir uns mit dem Antrag an sich befassen, der dann wiederum eine Zweidrittelmehrheit braucht.

Also möchte ich euch zunächst fragen, ob ihr damit einverstanden seid, dass wir uns mit diesem Antrag heute hier befassen, und bitte euch um das entsprechende Kartenzeichen. - Ist jemand dagegen? - Bei wenigen Gegenstimmen, die aber nicht ansatzweise an die Dreiviertelmehrheit herankommen, haben wir das dann so beschlossen. Herzlichen Dank.

Wir kommen dann zur Abstimmung in der Sache. Wir wollen einen sechsten Stellvertreter einrichten. Eine positive Entscheidung bedarf jetzt einer Zweidrittelmehrheit.

Da es auch dazu keine Wortmeldungen gibt, bitte ich jetzt die um das Kartenzeichen, die dem Antrag zustimmen möchten. - Wer ist dagegen? - Bei wenigen Gegenstimmen und unter Gewährleistung der notwendigen Zweidrittelmehrheit haben wir die Satzung so geändert, dass wir zukünftig einen sechsten Stellvertreter haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben also durch Satzungsänderung einen weiteren Stellvertreterposten beschlossen. Nach § 38 Abs. 1 Satz 2 Organisationsstatut werden Änderungen der Satzung mit ihrer Beschlussfassung wirksam. Also: Das, was wir beschlossen haben, ist unmittelbar wirksam geworden. Insofern rufe ich zur Wahl eines stellvertretenden Parteivorsitzenden auf.

Wahl eines/einer stellvertretenden Parteivorsitzenden

Ich will vorher ein paar Erläuterungen machen, wie wir später abstimmen werden. Zunächst will ich fragen: Hat jeder ein Abstimmungsgerät erhalten, oder gibt es jetzt noch irgendjemanden, der kein Abstimmungsgerät hat? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Also, alle haben ein Abstimmungsgerät.

Dann würde ich euch bitten, dass ihr das Abstimmungsgerät jetzt zur Hand nehmt. Wir sind noch nicht beim Abstimmen, sondern wollen gemeinsam einfach einmal die Voraussetzungen dafür schaffen. Nehmt also bitte das Abstimmungsgerät zur Hand, und nehmt die Chipkarte zur Hand. Die Chipkarte wird in das Gerät so eingesteckt, dass das goldene Zeichen oben ist und in Richtung Display eingesteckt ist.

Jetzt eröffne ich noch nicht den Wahlgang. Aber wenn ich das tun würde, wenn ich das später tue, dann sieht das so aus, dass diese Wahl eines weiteren Stellvertreters als Einzelwahl erfolgt.

Ich darf jetzt schon die Medienvertreter bitten, zu berücksichtigen, dass das eine geheime Wahl ist.

Bei nur einem Kandidaten habt ihr die Möglichkeit, „Zustimmung“, „Ablehnung“ oder „Enthaltung“ zu wählen. Bei einer Einzelwahl mit nur einem Kandidaten drückt man für die Zustimmung die „1“, für die Ablehnung die „2“ und für die Enthaltung die „3“. Das wird euch später aber auch jeweils noch angezeigt. Dann zeigt das Gerät die entsprechende Ziffer im Display, und das müsst ihr dann noch bestätigen. Wenn ihr das bestätigt habt, dann solltet ihr allerdings nicht noch weitere Eingaben auf eurem Gerät tätigen; denn dann wäre die Stimme ungültig.

Wenn wir das später so durchgeführt haben, gilt, dass der, der mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen hat, gewählt ist.

Das ist das, was ich euch vorab vorzutragen habe. Ihr wisst, vorgeschlagen ist Ralf Stegner. Ich möchte jetzt fragen, ob es weitere Vorschläge gibt. - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Wird die Vorstellung von Ralf gewünscht? - Ralf würde gerne ein paar Sätze sagen. Er hat vorher versprochen, dass er sich ganz kurz fasst. Ich denke, die Gelegenheit sollten wir ihm auch geben.

Vorstellung Ralf Stegner

Ralf Stegner, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, der Vorschlag von Sigmar Gabriel und die Nominierung des Parteivorstandes für das Amt eines stellvertretenden Vorsitzenden der SPD ist eine große Aufgabe und Herausforderung. Es ist auch eine große Ehre, für ein solches Amt zu kandidieren. Ich gebe zu, ich bin ein bisschen aufgeregt nach der kurzen Rede von Martin Schulz. Es ist auch nicht so ganz leicht, hier nach einer so fulminanten Rede zu sprechen. Ich will es also kurz machen.

Ich bin 54, männlich, seit 32 Jahren in der SPD, seit 27 Jahren verheiratet, ich habe drei erwachsene Söhne und bin von Rheinland-Pfalz, wo ich geboren bin, nach Schleswig-Holstein gekommen. Dort bin ich Vorsitzender des Landesverbandes, der sich seit Jochen Steffen links, dickschädelig und frei nennt - das gilt auch für mich.

(Beifall)

Ich will drei kurze Ziele nennen und ein paar wenige persönliche Anmerkungen machen.

Erstens glaube ich, wir sind durch ein enormes Vertrauensvotum unserer Mitglieder und mit einer phantastischen Beteiligung ausgestattet worden, um in dieser Bundesregierung etwas Gutes zu bewirken. Da ist deutlich mehr SPD drin als 25 Prozent. Die Mitglieder erwarten von uns, dass wir das auch abliefern, dass wir das schaffen, dass der Mindestlohn kommt, dass wir all die Verbesserungen bei Rente, bei Bildung, bei Kommunen, bei Pflege vornehmen. Ich finde, wir haben das alle miteinander gut verhandelt, und wir haben auch das Versprechen eingelöst, keinen Koalitionsvertrag einzugehen, der gegen das Selbstverständnis der SPD geht.

Das ist die erste Säule dessen, was wir tun müssen. Ich füge hinzu: Die Regierung ist gut gestartet. Allerdings kann man zu dem, was die CSU zur Flüchtlingspolitik gesagt hat, nur klar sagen: Rechtspopulismus kann niemals Politik einer Regierung werden, an der die SPD beteiligt ist.

(Beifall)

Wie überhaupt wir uns hüten müssen, den Eindruck zu erwecken, dass wir zurückweichen, weil wir Angst vor bestimmten Themen hätten. Ich finde, Martin hat vieles dazu gesagt, dass in Europa gelten muss, dass Menschen, die zu uns kommen, so behandelt werden, wie Artikel 1

unseres Grundgesetzes dies verlangt. Die Würde des Menschen ist unantastbar - das muss für jeden überall und immer gelten, und für unsere Politik allemal.

(Beifall)

Zweitens. Als Realisten wissen wir natürlich, dass das, was wir mit der Union jetzt machen, keine Liebesheirat ist, sondern eine Lebensabschnittspartnerschaft, die 2017 enden soll, und zwar damit, dass wir wieder die Regierung führen.

(Beifall)

Das, glaube ich, wird nur gehen, wenn wir uns selbstbewusst als Partei darstellen und natürlich die Dinge bearbeiten, die offen bleiben. Auf Dauer kann es nicht so sein, dass die Einkommens- und Vermögensverteilung und die Steuern so bleiben, wie sie sind. Das werden wir ändern müssen, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Auf Dauer haben die Menschen andere Ansprüche an eine moderne Gesellschaft, an ihre Lebensentwürfe in Familien, in Beziehungen, in der Arbeitswelt. Dem wollen wir gerecht werden, da wollen wir mehr als das, was jetzt schon zu schaffen ist.

Auf Dauer wollen wir auch mehr Liberalität, und zwar echte Liberalität, Integration und Inklusion von all denen, die in unserer Gesellschaft nach wie vor diskriminiert und ausgegrenzt werden. Da steht die SPD für eine andere Politik, die wir noch durchzusetzen haben.

Deshalb denken wir über den Tellerrand von Koalitionen hinaus. Und deshalb sind wir nicht Juniorpartner - schon gar nicht braver Juniorpartner - in der Regierung, sondern sind wir politisches Gegengewicht mit dem Ziel, die nächste Regierung wieder selbst zu führen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das tun wir, indem wir deutlich machen: Für die SPD ist Gerechtigkeit Maßstab und Kompass unserer Politik. Daran werden wir gemessen. Andere Parteien werden an anderen Dingen gemessen, wir werden daran gemessen.

In dem Zusammenhang, wenn die jetzt über Rente reden, muss man einmal sagen: Rente ist keine Sozialleistung nach Kassenlage. Rente ist Ertrag von Lebensleistung, ist Solidarität, Genossinnen und Genossen. Dafür haben wir einzustehen. Und mit guter Arbeit wird das auch finanzierbar.

(Beifall)

Die dritte Säule, um die man sich kümmern muss, ist: Wir brauchen realistische Perspektiven, um künftig Regierungsmehrheiten links von der Union nutzen zu können. Die gibt es im Augenblick nicht. Bei der Bundestagswahl hatten die eine andere Mehrheit. Deswegen muss

ich sagen - ich erinnere an das, was wir in Leipzig beschlossen haben -: Leidenschaft gilt immer nur meiner eigenen Partei. Alle anderen Parteien sollten wir sehr nüchtern betrachten. Aber wir sollten uns in die Situation bringen, dass wir Mehrheiten dann auch nutzen können.

Das heißt in erster Linie, die Verhältnisse zu den Grünen immer gut zu halten, auch wenn die jetzt in Hessen schwarz-grün machen. Ich finde, Thorsten Schäfer-Gümbel hat damals eine tolle Arbeit gemacht. Das will ich an der Stelle einmal ausdrücklich sagen.

Es ist schade, dass wir dort in der Opposition sind.

(Beifall)

Also gute Kontakte zu den Grünen!

Zweitens. Die Linkspartei muss mal herausgefordert werden. Das heißt, dass die sich ändern müssen, in Europa nicht rechts auftreten dürfen und eine vernünftige Außen- und Europapolitik, Steuer- und Finanzpolitik machen müssen. Aber wir sollten nicht sagen „Spielt nicht mit den Schmuddelkindern“. Wir sollten sie nur an den Inhalten messen und dann Mehrheiten, wenn man sie nutzen kann, auch nutzen.

(Beifall)

Drittens. Das gilt auch für die FDP. Die ist momentan komplett weit von uns entfernt. Die muss sich entscheiden, ob sie Egoistenpartei bleiben will oder das Wort „Gerechtigkeit“ wieder buchstabieren kann. Wenn sie Letzteres tun, kann man auch mit denen wieder reden.

Aber wir sollten bestimmen - wir wollen eine größere Partei werden -, mit wem wir zusammen umgehen, um auch Machtperspektiven für uns zu entwickeln. Das wird nur gehen, wenn die SPD selbstbewusst auftritt.

Deswegen ein paar wenige Bemerkungen zu mir zum Schluss.

Ich habe in den vergangenen Jahren versucht, meinen Beitrag dazu zu leisten, dass die Parteilinke sich nicht als innerparteiliche Opposition versteht, sondern dass wir die Inhalte der SPD wesentlich mitgestalten. Meine Loyalität gilt immer und zuerst der linken Volkspartei SPD und ihren Zielen und weniger vermeintlichen Strömungsinteressen. Wir haben ein tolles Regierungsprogramm, Genossinnen und Genossen. Da ist viel SPD drin. Das ist ein echt sozialdemokratisches Programm!

(Beifall)

Ich bin ein Freund von Klartext und schätze eher ein Profil mit Ecken und Kanten. Ich weiß, dass das nicht jedem gefällt.

Aber ich bin auch dafür, dass wir das mit der Solidarität nicht als etwas betrachten, was wir als Grundwert in der Vitrine haben und ab und zu für die Sonntagsreden abstauben, sondern das

ist für den innerparteilichen Gebrauch nötig, und zwar im Alltag, liebe Genossinnen und Genossen.

Das heißt für mich: Die offensive Spielweise gehört immer dem Gegner. Ich bin ein alter Fußballer. Man schießt nur auf das gegnerische Tor. Aber man braucht einen linken und einen rechten Flügel, man braucht Mittelstürmer. Man braucht auch solche, die angreifen und Tore schießen.

Hier kandidiert jemand als Stellvertreter, dessen Politikverständnis darin besteht, Politik mit Leidenschaft und Verstand zu machen und beides zusammenzubringen. Und mit großem Temperament. Damit, dass die anderen mich nicht so gut leiden können, kann ich gut leben. Ich bitte aber sehr darum, dass das in der eigenen Partei nicht auch so ist.

Deswegen werbe ich herzlich um eure Stimme, um euer Vertrauen und versuche, mit den anderen Sigmar dabei zu unterstützen, dass wir eine gute und erfolgreiche Politik machen und das nächste Mal die Regierung wieder selbst führen.

Vielen herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Lieber Ralf, dir ganz herzlichen Dank! Uns liegen keine Wortmeldungen vor. Insofern kommen wir jetzt gleich zur Abstimmung.

Noch nicht im Moment, aber wenn ich gleich den Wahlgang eröffnet haben werde, dann müsste bei euch die LED dauerhaft grün blinken. Wenn sich keine Chipkarte im Abstimmungsgerät befindet, dann blinkt die Kontrolllampe grün. Wenn ihr die Chipkarte falsch eingeführt habt, dann blinkt die Kontrolllampe des Geräts bei geöffneter Abstimmung rot. Dann solltet ihr euch ganz schnell melden.

Gibt es noch Fragen zum Abstimmungsverfahren? - Wir haben das jetzt eigentlich schon ganz oft miteinander geübt, und es gibt überhaupt gar keinen Grund, dass es heute nicht funktionieren sollte. Gibt es noch irgendwelche Fragen dazu? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann eröffne ich jetzt den Wahlgang. - Ich habe das eben schon einmal ausgeführt, aber für den Parteivorsitzenden noch einmal ganz speziell: „Ja“ Taste 1. „Nein“ brauchst du eigentlich gar nicht, und „Enthaltung“ auch nicht. Man kann es auch dort vorne nachlesen. Anschließend die OK-Taste, also Enter-Taste drücken!

Hat irgendjemand Probleme mit seinem Gerät? - Hier vorne scheint es ein Problem zu geben. Hier vorne links wird gerade geholfen.

Hat sonst noch jemand ein Problem mit dem Gerät? - Hier auch noch. Hat sonst noch irgendjemand ein Problem?

Könnt ihr uns ein Signal geben, wenn die beiden Probleme behoben sind? - Seid ihr hier vorne jetzt klar? Kann jemand ein Zeichen geben? Seid ihr klar? - Nein, hier ist noch ein Problem. Okay. -

Ich habe das Signal: Alle Probleme sind erledigt. Alle haben abgestimmt. - Niemand widerspricht. Dann ist jetzt der Wahlgang geschlossen.

Das Ergebnis wird jetzt von der Mandatsprüfungskommission überprüft und uns anschließend vom Sprecher bekannt gegeben. Das müssen wir abwarten. Das wird nicht lange dauern. Bitte bleibt alle im Raum! Das wird nicht lange dauern. -

Liebe Genossinnen und Genossen, das hat alles gut funktioniert. Deswegen können wir euch jetzt schon das Ergebnis bekannt geben. Es wird der Sprecher der Mandatsprüfungs- und Zählkommission machen. Kristian, du hast das Wort!

Ergebnis der Wahl des/der Stellvertretenden Parteivorsitzenden

Kristian Kater, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich gebe das Ergebnis der Wahl des stellvertretenden Parteivorsitzenden Ralf Stegner bekannt:

Abgegebene Stimmen: 549. Davon ungültig: eine. Somit gültige Stimmen: 548. Mit Ja haben gestimmt: 429. Enthaltungen: 23. Mit Nein haben gestimmt: 96. Es ergibt sich somit eine Zustimmung von 78,3 % Jastimmen.

(Lebhafter Beifall)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Lieber Ralf, auch seitens des Tagungspräsidiums ganz herzlichen Glückwunsch! Aber ganz formell müssen wir dich auch noch fragen, ob du die Wahl annimmst, Ralf.

Ralf Stegner: Ja.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Ralf nimmt die Wahl an. Noch einmal herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zu dem Tagesordnungspunkt Nachwahl der Generalsekretärin

Wahl eines/einer Generalsekretärs/in

Andrea Nahles hat mit der Übernahme ihres neuen Amtes als Bundesministerin die Funktion der Generalsekretärin niedergelegt. Es steht also die Nachwahl eines neuen Generalsekretärs an, die auch gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 der Wahlordnung fristgerecht angekündigt worden ist.

Bis zum Ablauf der Frist für initiative Personalvorschläge liegt uns der Vorschlag Yasmin Fahimi und kein weiterer Vorschlag vor. - Dagegen gibt es auch keinen Widerspruch.

Im Grundsatz läuft die Nachwahl einer Generalsekretärin genauso wie die Wahl einer Generalsekretärin. Vom Verfahren her haben wir es eben im Grundsatz geschildert.

Wir kommen jetzt zunächst zur Vorstellung der Kandidatin. Yasmin, du hast das Wort!

(Lebhafter Beifall)

Vorstellung Yasmin Fahimi

Yasmin Fahimi: Lieber Ralf, zunächst einmal herzlichen Glückwunsch zu deiner Wahl! Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit dir.

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich freue mich auch, dass ich mich heute endlich bei euch persönlich vorstellen kann. Meine Wahl ist ja schon seit ein paar Tagen öffentlich. Selbst wenn ich mir bis zur Wahl eine gewisse mediale Zurückhaltung verordnet habe, konnte ich doch so einiges über mich hören und lesen.

Meine Biografie scheint ein bisschen zur Verwirrung beizutragen. Jedenfalls erreicht mich eine Vielzahl von seltsamen Fragen und eigenartigen Spekulationen: Wie eine linke Ideologin eigentlich bei einer ultrapragmatischen Gewerkschaft arbeiten konnte und ob ich einen türkischen Pass habe - weil man Vater ja Iraner war!

(Heiterkeit)

Und wie es mich dann letztlich in die Arme der Niedersachsen-Connection getrieben hat, wo ich doch eine so kluge Frau sein soll!

Nun, liebe Genossinnen und Genossen, eines scheint aber inzwischen sehr normal zu sein: eine Frau und Naturwissenschaftlerin in der Politik. Da geht keine Augenbraue mehr hoch. Das ist auch gut so.

(Beifall)

Ich bin froh, dass ich also endlich als diejenige vor euch stehen kann, die ich wirklich bin. Das, liebe Genossinnen und Genossen, empfinde ich wirklich als großes Privileg. Daran habe auch ich mit Sicherheit nicht gedacht, als ich vor 28 Jahren in der SPD Mitglied geworden bin.

Und ja, ich habe die vergangenen 14 Jahre insbesondere auch der hauptamtlichen Gewerkschaftsarbeit gewidmet. Ich habe dort vieles gelernt, das ich heute mitbringen möchte. Ich habe gelernt, dass die Vertretung von Arbeitnehmerrechten nicht nur Kampfgeist braucht, sondern auch wirtschafts- und industriepolitischen Sachverstand. Ich habe gelernt, dass Organisationsentwicklung immer etwas sehr Konkretes sein muss und dass Bindung und Nähe zu den Menschen nur vor Ort passiert. Und ich habe bei Partei und Gewerkschaft erlebt, dass man mit Idealen und Leidenschaft die Herzen der Menschen erreicht, aber auch Pragmatismus braucht, damit der eigene Verstand den Weg in die Herzen nicht versperrt. Diese Erfahrungen, liebe Genossinnen und Genossen, die möchte ich mitbringen, an die möchte ich anknüpfen.

Ich sehe für mich als Generalsekretärin dabei drei Kernaufgaben: Erstens. Ich will die SPD nach innen stark machen.

Zweitens. Ich will mithelfen, dass das Vertrauen, das unsere Mitglieder und Millionen von Wählerinnen und Wählern bei der vergangenen Bundestagswahl in uns gesetzt haben, gerechtfertigt wird durch eine gute Regierungsarbeit.

Und drittens: Ich will die SPD nach außen als moderne Volkspartei repräsentieren, die den Menschen nahe ist, die Menschen begeistern und mitreißen kann. Ja, natürlich: Ich will dazu insbesondere den bisherigen Weg der Parteireform evaluieren und fortsetzen. Die Beteiligung der Mitglieder und der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern sind unsere Verwurzelung in die Gesellschaft. Daraus gewinnt die Partei Kraft nach innen und nach außen, Vitalität und auch Standfestigkeit. Und es ist am Ende unsere Heimat, unser Selbstverständnis, unsere historische Stärke nach 150 Jahren SPD, liebe Genossinnen und Genossen.

Die Wirkungsmacht einer politischen Organisation - ich sagte es schon - entsteht nicht allein in der Zentrale, sondern vor Ort. Was vor Ort nicht funktioniert, ist für die Organisation nicht tauglich. Was vor Ort nicht stattfindet, findet gar nicht statt. Deswegen bin ich der Überzeugung, dass wir die Regionen stark machen müssen. Das ist eine Aufgabe der ganzen SPD.

(Beifall)

Das Willy-Brandt-Haus ist daher auch nicht nur der Apparat des Parteivorstands. Das Willy-Brandt-Haus muss die lebendige Ader für die ganze Partei und alle Aktiven sein.

(Beifall)

Darum habe ich mir vorgenommen, den Austausch zwischen den Ebenen in der SPD zu intensivieren. Wir sollten den Schatz heben, der in unseren eigenen Erfahrungen steckt, und in uns entdecken, was für die ganze Partei lernenswert ist. Die Ortsvereine, Unterbezirke und

Arbeitsgemeinschaften können sich doch gegenseitig anregen. Und ich glaube auch, dass die Beschäftigten der SPD die Arbeit der anderen Kolleginnen und Kollegen aus den Ebenen besser kennenlernen müssen, um besser zusammenzuarbeiten.

(Beifall)

Und um mehr voneinander zu lernen, müssen wir natürlich auch neue Wege gehen: Onlinebefragungen, Themenlabore, alles, was dabei hilft, das Wissen und die Kompetenzen unserer Mitglieder zu nutzen.

Liebe Genossinnen und Genossen, mit den Bürgerdialogen und dem Mitgliedervotum im vergangenen Jahr haben wir es doch vorgemacht. Wir haben gezeigt, was eine moderne Volkspartei ausmacht:

(Beifall)

Dialog statt Propaganda, Offenheit statt Arroganz, Neugier statt Besserwisseri. Das ist die SPD, auf die ich stolz bin: modern, nah am Menschen, aufgeschlossen. So muss auch unsere zukünftige Regierung sein.

(Beifall)

Ja, wir koalieren mit unserem politischen Gegner. Manche finden das schizophren. Ich sage: Es ist verantwortungsbewusst. Ja, diese Regierungsbeteiligung hat Risiken für uns, aber auch große Chancen für Deutschland. Deswegen ist sie richtig. Sie ist ein Instrument mit Grenzen, ja. Aber lasst uns doch innerhalb dieser Grenzen für den Fortschritt kämpfen und unser Versprechen einlösen, das Leben für Millionen von Menschen ein klein wenig besser zu machen.

Wir haben in der Regierungsarbeit für eine ganze Reihe von zentralen Projekten Verantwortung übernommen. Das ist unsere Chance. Mit der Energiewende haben wir ein Projekt von fundamentaler Bedeutung für die Gesellschaft übernommen, ökologisch sowieso, aber insbesondere auch ökonomisch und in sozialen Aspekten - ein Fortschrittsprojekt von historischem Ausmaß, das uns über die Legislaturperiode hinaus beschäftigen wird.

Deswegen ist es gut, dass dieses wichtige Projekt des Fortschritts von unserem Vorsitzenden gemanagt wird. Da ist es in den richtigen Händen. Dort ist es aus dem Stillstand geholt worden. Vielen Dank, Sigmar.

(Beifall)

Andrea Nahles hat den ersten Gesetzentwurf dieser Regierung vorgelegt: die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren. Das haben wir versprochen, liebe Genossinnen und Genossen, und Andrea hat für uns Wort gehalten.

Mit Frank-Walter Steinmeier hat unser Land endlich wieder einen Außenminister, der im Ausland ernst genommen, geschätzt und gehört wird.

Ohne Barbara Hendricks würde über die Mietpreisbremse immer noch „nur geredet“ werden. Jetzt wird sie endlich gemacht.

(Beifall)

Die kleingeistige Staatsbürgerschaftsdebatte wird Aydan Özoğuz nun endlich beenden und Ordnung in das derzeitige Chaos bringen. Damit kommen wir endlich auch in dieser Frage im 21. Jahrhundert an.

Und ohne Manuela Schwesig und Heiko Maas wäre die gläserne Decke in den Unternehmen für Frauen weiterhin fest verschlossen. Mit diesem unerträglichen Zustand der „Frauenverhinderungskultur“ ist jetzt Schluss. Diese Decke wird jetzt eingerissen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, das sind doch gemeinsame Fortschrittsideen, für die es sich lohnt, zu kämpfen. Lasst uns zeigen, dass die Menschen sich auf uns verlassen können und dass wir Verantwortung für Deutschland übernehmen. Lasst uns die jungen Frauen und Männer gewinnen, die Menschen mit Familien aus anderen Ländern der Welt. Lasst uns alle Menschen mitnehmen, die in einer offenen und inklusiven Gesellschaft leben wollen, die Perspektiven suchen und die Stabilität für ihre Lebensplanung brauchen.

Wir koalieren mit unserem politischen Gegner, ja, aber die Koalition ist nicht unser Gegner. Wir sorgen dafür, dass Deutschland jetzt seine Potenziale endlich besser ausschöpfen kann.

(Beifall)

Dennoch, liebe Genossinnen und Genossen: Eine Vernunft Ehe in der Politik ist bekanntermaßen zeitlich befristet. Das ist auch gut so. Aber um im Bild zu bleiben: Das ist keine Zugewinnsgemeinschaft. Bei der Trennung darf nicht geteilt werden, was wir geschaffen haben. Und wir haben es erlebt, nach einer solchen Ehe den Kürzeren zu ziehen. Dieses Mal werden wir die sozialdemokratischen Erfolge auch offensiv für uns beanspruchen. Als Generalsekretärin der SPD werde ich dafür gerne die Anwältin sein.

(Beifall)

Die SPD muss ihre eigenständige Rolle behalten. Wir müssen erkennbar bleiben. Was ist SPD pur? Was sind notwendige Kompromisse? Und wo soll einfach nur weiter rumgemerkelt werden?

Es ist aber auch klar: Die Partei muss weiterdenken. Sie muss über die Große Koalition hinausdenken. Daher bleiben wir natürlich im Meinungsstreit und in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Wir werden deutlich machen, dass wir auch mit anderen Parteien ins

Gespräch gehen, aber insbesondere auch, dass die Parteien der Großen Koalition sehr unterschiedliche Parteien sind.

Denn eines will ich nicht, liebe Genossinnen und Genossen: Trotz gemeinsamer Regierung will ich mich nicht mit denen gemein machen, die von einem Raubzug gegen die junge Generation sprechen. Kein Kind will, dass seinen Eltern droht, nach einem langen Arbeitsleben in die Armut abzurutschen. Jetzt unternehmen wir endlich den ersten Schritt dagegen.

(Beifall)

Und trotz gemeinsamer Regierung will ich mich nicht mit denen gemein machen, die mit Betrugsvorwürfen Stimmung gegen Menschen aus Osteuropa machen, selber aber keine ehrliche Doktorarbeit zustande bringen.

(Beifall)

Platter Populismus, liebe Genossinnen und Genossen, vergiftet das gesellschaftliche Klima. Dieser Auseinandersetzung werde ich nicht aus dem Weg gehen, das kann ich euch versprechen. Dennoch ist mir völlig klar, dass uns dieses Gespenst des Populismus bereits zur Europawahl wieder heimsuchen wird.

Heute haben wir unseren Spitzenkandidaten für Europa gewählt: Martin Schulz, ein Mann, der die europäische Idee vertritt wie kaum ein anderer, ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. Deswegen bin ich nicht nur zuversichtlich, dass wir den Demagogen Einhalt gebieten können, sondern auch, dass der neue EU-Kommissionspräsident Martin Schulz heißen wird.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wie gesagt: Ich habe viel darüber gelesen, warum ich heute vor euch stehe, wegen des Frauenbonus, wegen des Migrantenbonus oder wegen des Niedersachsenbonus. Auf keines dieser Attribute hatte ich Einfluss. So bin ich auf die Welt gekommen. Ich werde ungern danach beurteilt, was mir in die Wiege gelegt ist, sondern lieber danach, was ich aus mir gemacht habe und wofür ich eintrete.

(Beifall)

Ich kann euch zusagen: Ich arbeite hart, immer an der Sache orientiert, bin eine Teamplayerin, aber politisch auch gerne streitbar. Ich bin ein Mensch, der über den Kopf den Weg in die Politik und über das Herz in die SPD gefunden hat. In beides, liebe Genossinnen und Genossen – Kopf und Herz –, konnte ich euch heute nur einen kurzen Einblick geben. Aber beides möchte ich in die gemeinsame Zusammenarbeit mit euch für unsere Partei einbringen, damit unsere Sache gedeiht und unsere Partei wächst. Wenn ihr mir daher heute euer Vertrauen schenkt, bekommt ihr kein Bonusheft, sondern nur mich, wie ich eben bin, aber das mit klarem Kopf und ganzem Herzen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Liebe Yasmin, herzlichen Dank für deine Vorstellung. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir, wenn ihr einverstanden seid, unmittelbar in den Wahlgang eintreten können. Auch hier handelt es sich wieder um eine Einzelwahl. Ihr stimmt zu mit dem Drücken der Ziffer 1, ihr lehnt ab mit der Ziffer 2 und enthaltet euch mit der Ziffer 3. Hinterher drückt ihr bitte die Enter-Taste, um eure Stimme abzugeben. Wenn ihr das getan habt, solltet ihr mit eurem Gerät nichts mehr machen. Denn sonst wird die Stimme ungültig.

Hat jemand kein Gerät? – Alle haben ein Gerät. Hat noch irgendjemand eine Frage zum Verfahren? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann möchte ich den Wahlgang jetzt eröffnen. Ihr könnt eure Stimme abgeben.

Hat irgendjemand ein Problem, mit seinem Gerät die Stimme abzugeben? – Da hinten winkt jemand. Ist das Problem jetzt gelöst? – Das scheint so zu sein. Alle haben ihre Stimme abgegeben. Dann schließe ich jetzt den Wahlgang.

Florian Pronold, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, wir machen zügig weiter. Wir treten ein in die Vorstellung zum Punkt „Nachwahl in den Parteivorstand – hier: Schatzmeister oder Schatzmeisterin“.

Ihr wisst alle, dass Barbara Hendricks ein neues Amt übernommen hat. Sie ist Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und hat deswegen ihr Amt als Schatzmeisterin zurückgegeben. Deswegen wählen wir neu. Die Nachwahl des Schatzmeisters ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 der Wahlordnung fristgerecht angekündigt worden. Es ist bis zum Ablauf der Frist nur ein Personalvorschlag eingegangen: Dietmar Nietan.

Lieber Dietmar, wenn es in der SPD ums Geld geht, gilt zukünftig der Name Dietmar Nietan. Bitte komm hoch und stell dich vor!

(Beifall)

Vorstellung Dietmar Nietan

Dietmar Nietan, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Als du, lieber Sigmar, mich am Dreikönigstag – ich glaube, es war viertel nach elf abends – angerufen hast und mir mitgeteilt hast, dass du mich, auch im Namen der engeren Parteiführung, gerne fragen möchtest, ob ich als Kandidat für das Schatzmeisteramt zur Verfügung stehe, habe ich mich nicht nur sehr gefreut. Es war für mich eine große Ehre, dass du und andere Genossinnen und Genossen mir diesen Vertrauensvorschuss für dieses wirklich sehr, sehr wichtige Amt gegeben habt. Heute stehe ich hier, um euch für einen Vertrauensvorschuss für meine erste Amtszeit als Schatzmeister zu bitten.

Ich möchte an dieser Stelle deutlich sagen: Meine Frau und unsere Kinder haben sich an diesem Abend, als Sigmar angerufen hat, nicht nur mit mir gefreut, sondern mich darin bestärkt, diese Nominierung anzunehmen. Liebe Dagmar, liebe Marie, lieber Mattias, wie für so vieles andere auch möchte ich euch dafür ganz herzlich danken.

(Beifall)

Ich habe es schon gesagt: Dieses Amt ist eine große Verantwortung. Denn es ist bis heute so, dass vielen Mächtigen im Land die SPD und ihre Arbeit ein Dorn im Auge sind. Diese Kreise, die natürlich viel mehr Geld haben als wir, schauen darauf natürlich sehr genau. Als meine erste Aufgabe sehe ich es daher an, unser historisch gewachsenes Vermögen nicht nur nachhaltig zu bewahren, sondern auch durch eine gute Haushaltsführung die politische Handlungsfähigkeit der SPD nachhaltig sicherzustellen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, am 8. Januar konnte man folgenden Satz in der „FAZ“ lesen: „Schatzmeister soll der westfälische Bundestagsabgeordnete Dietmar Nietan werden.“ Ausgerechnet der FAZ war es irgendwie entgangen, dass ich ein Rheinländer bin. Noch am selben Tag hat sich der verantwortliche Redakteur an mich gewandt und sein Bedauern zum Ausdruck gebracht. Aber das Unglück nahm da schon seinen Lauf: Sehr schnell meldeten sich einige Genossinnen und Genossen aus Westfalen bei mir, relativ aufgebracht, und fragten mich, ob ich mich mit fremden Federn schmücken wolle, aber so kenne man ja die Rheinländer. Es dauerte etwas, dann meldeten sich auch die ersten Rheinländer ziemlich verschnupft bei mir und fragten, ob ich jetzt die Seiten gewechselt hätte, um mir so die Unterstützung des Westlichen Westfalens für die Kandidatur des Schatzmeisters zu sichern.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst es mich an dieser Stelle sehr deutlich sagen: Ich kandidiere hier nicht als Rheinländer, ich kandidiere auch nicht als NRWler, ich kandidiere hier, um unserer gesamten Partei als Schatzmeister zu dienen, und zwar als euer aller Schatzmeister, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Seit ich vor über 33 Jahren im Alter von 16 Jahren in die SPD eingetreten bin, hat mir die Partei die Gelegenheit gegeben, auf der kommunalen Ebene, auf der Landesebene, auf der Bundesebene und auch auf der Europaebene politische Arbeit zu leisten. Angefangen hat es damit, dass ich als 20-Jähriger als Mitglied des Schulausschusses der Stadt Düren Unterschriften für die Einrichtung einer Gesamtschule – die es bis dahin in Düren nicht gab – gesammelt habe.

Ich kann euch sagen, liebe Genossinnen und Genossen: Heute gibt es zwei Gesamtschulen in Düren.

Ich habe auf der Landesebene auch bei den Koalitionsverhandlungen mit den Grünen mitwirken können, zusammen mit Norbert Römer im Bereich der Industrie- und Energiepolitik.

Ich weiß, wovon ich rede, und weiß, was es heißt, in diesem Feld gute Politik zu machen. Das war damals in den Verhandlungen mit den grünen Freunden nicht so einfach.

Aber ich will das auch sehr deutlich sagen: Meine große Leidenschaft gilt einem unheimlich tollen, großartigen Projekt, und das ist der eigentliche Grund, warum wir heute hier sind. Das ist die europäische Integration. Für die SPD-Bundestagsfraktion im Europa-Ausschuss und auch in verschiedenen anderen europäischen Zusammenhängen arbeiten zu dürfen, auch für Martin Schulz und damals Peter Struck die Koordinierung zwischen Brüssel und Berlin machen zu dürfen, das ist eine tolle Aufgabe. Mir blutet ein bisschen das Herz, dass ich etwas weniger Europapolitik nun in Zukunft - solltet ihr mich wählen - machen kann.

Ich kann euch aber eines an dieser Stelle sagen, liebe Genossinnen und Genossen: Ich werde mich in diesen Europawahlkampf mit ganzem Herzen reinhängen, nicht nur, weil mir Europa so wichtig ist, sondern weil ich finde, wir haben eine fantastische Entscheidung getroffen mit meinem Freund Martin Schulz als Spitzenkandidaten.

Lieber Martin, ich will das sehr deutlich sagen: Am 25. Mai dieses Jahres ist nicht nur die Europawahl und bei uns in NRW und in vielen anderen Ländern die Kommunalwahl, nein, es ist leider so - dafür kann ich nichts -: An diesem Tag werde ich 50 Jahre alt. Ich sage dir eines: Ich möchte keine großartigen Geschenke. Sorge du dafür, dass wir ein fantastisches Ergebnis bekommen. Das reicht mir an diesem Tag, lieber Martin.

(Beifall)

Martin hat es eben gesagt: Sollte ich Schatzmeister werden, soll ich für den Europawahlkampf die Schatulle aufmachen. Lieber Martin, das ist selbstverständlich, dass wir die Schatulle aufmachen. Nicht nur, weil wir mit dir ein wichtiges Pfund als Spitzenkandidaten haben. Nein, auch weil wir mit Matthias Machnig einen fantastischen Wahlkampfmanager haben. Ich glaube, wir kriegen da etwas Gutes hin.

Allerdings möchte ich an dieser Stelle eines auch sehr deutlich sagen: Diese Frage nach der Schatulle nämlich, und ich sei doch Europapolitiker, wurde mir auch schon im Parteivorstand gestellt. Eines ist klar: Keine Kampagne der SPD kann so wichtig sein, dass das Grundziel, nämlich die nachhaltige finanzielle Handlungsfähigkeit der SPD herzustellen, durch eine noch so schöne Kampagne gefährdet werden darf. In der Herstellung der Balance zwischen der auskömmlichen Finanzierung konkreter Kampagnen und der langfristigen Absicherung solider Parteifinanzen sehe ich meine Aufgabe. Ich werde mir alle Mühe geben, diese Balance gut und richtig hinzubekommen.

Liebe Genossinnen und Genossen, erlaubt mir an dieser Stelle auch eine Bemerkung zum Unternehmensbereich. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten können wirklich stolz sein auf über 150 Jahre Geschichte unserer SPD, und in diesen 150 Jahren ist auch unser Unternehmensbereich entstanden und zu einem festen Bestandteil der SPD geworden. Und warum ist das so gekommen? Weil damals die Herrschenden die aufkommende Arbeiterbewegung und mit ihr die Sozialdemokratie bekämpft und verfolgt haben und weil

damals die herrschenden Medien in der Regel ein Teil dieser Repressionen waren. Genau deshalb haben damals die Arbeiterinnen und Arbeiter ihre eigenen Medien, ihre eigenen Zeitungen, ihre eigenen Druckereien aufbauen müssen, mit dem Arbeitergroßchen, mit viel Kampfbereitschaft. Und weil so viele Generationen von Genossinnen und Genossen mit diesem Engagement und oft unter großen Entbehrungen mitgeholfen haben, durch eigene Unternehmungen die finanzielle Basis für die politische Handlungsfähigkeit, aber auch für die politische Unabhängigkeit der SPD zu schaffen, möchte ich an dieser Stelle eines sehr deutlich machen: Wir können auf dieses historisch gewachsene Vermögen stolz sein, und wir sollten uns von interessierten Kreisen nicht einreden lassen, dass wir uns dafür auch noch entschuldigen müssen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aus diesem Grund würde ich gerne, solltet ihr mich zum Schatzmeister wählen, dafür sorgen, dass diese Beteiligungen nicht nur einen finanziellen Ertrag abwerfen, sondern - wir sehen das Ganze als Sozialdemokratie auch politisch - auch einen Beitrag zur Meinungsvielfalt und zu Qualitätsjournalismus im digitalen Zeitalter leisten. Ich glaube, das sind wir diesem historisch gewachsenen Vermögen auch schuldig, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich will an dieser Stelle auch etwas sagen, was mir sehr wichtig ist.

Liebe Barbara, ich möchte dir nicht nur ganz herzlich danken für das Engagement und das Verantwortungsgefühl, mit dem du dich jeden Tag deiner Amtszeit so gut um unsere Finanzen gekümmert hast. Ich will diese Stelle auch nutzen, um eines zu sagen, was mir ein Herzensanliegen ist: Barbara und auch Andrea haben zu bestimmten Zeiten, als es ganz, ganz eng wurde im vergangenen Sommer, mit den vielen motivierten Genossinnen und Genossen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Willy-Brandt-Hauses dafür gesorgt, dass es weiterging und dass es gut weiterging. Dafür möchte ich dir und auch Andrea ganz herzlich danken.

(Beifall)

Liebe Yasmin, ich hatte gedacht, ich würde bei meiner Rede jetzt schon wissen, wie dein Ergebnis ist. Ich bin als Rheinländer Optimist und gehe davon aus, dass du ein fantastisches Ergebnis erhältst. Gratulieren kann ich dir noch nicht, aber ich will dir eines sagen: Ich sehe mich als Teamarbeiter, und ich freue mich sehr, mit dir zusammen hart für eine gute Politik der SPD arbeiten zu können. Auf meine Unterstützung kannst du dich jederzeit verlassen.

(Beifall)

Lieber Sigmar, ich weiß nicht, ob du dich noch daran erinnern kannst, wann wir uns das erste Mal getroffen haben. Das war vor ungefähr zwölf Jahren. Du warst damals Ministerpräsident. Wir trafen uns nach einer Veranstaltung der SPD hier in Berlin in einer Kneipe und dort gab es einen Kicker. Dann waren wir beide ein Team und haben Kicker gespielt. Du hast im Angriff Tore

geschossen, ich habe hinten den Kasten sauber gehalten. Ich finde, das war keine schlechte Kombination, und dieses Teamwork möchte ich gerne fortsetzen, lieber Sigmar.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, glaubt es mir: Es ist mir eine große Ehre, hier Kandidat sein zu dürfen. Es wäre mir eine noch größere Ehre, wenn ihr mich wählen würdet, damit ich als politischer Schatzmeister im Team daran mitwirken kann, die politische Handlungsfähigkeit unserer Partei eben durch gute, solide Finanzen auch absichern zu können. Dafür bitte ich heute um euer Vertrauen. Und vergesst bitte eines nicht: Et hätt noch immer jot jejange! - Vielen Dank.

(Beifall)

Florian Pronold, Parteitagspräsidium: Lieber Dietmar, herzlichen Dank für deine Vorstellungsrede. Damit du nicht so lange auf die Folter gespannt wirst, kommt jetzt natürlich zuerst das Wahlergebnis, damit wir den einen Wahlgang abgeschlossen haben. Ich bitte den Sprecher der Mandatsprüfungs- und Zählkommission Kristian Kater nach vorne, um das Ergebnis für unsere neue Generalsekretärin zu verkünden.

Ergebnis der Wahl des/der Generalsekretärs/in

Kristian Kater, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe das Ergebnis der Wahl der Generalsekretärin bekannt. Abgegebene Stimmen: 557, davon ungültig: Eine. Gültige Stimmen: 556. Mit Ja haben gestimmt 492 Stimmen.

(Beifall)

Enthaltungen: Acht Stimmen. Mit Nein haben 56 Stimmen gestimmt. Dies bedeutet eine Zustimmung der gültigen abgegebenen Stimmen von 88,5 %.

(lang anhaltender Beifall)

Florian Pronold, Parteitagspräsidium: Liebe Yasmin, im Namen des gesamten Parteitags und des Präsidiums herzlichen Glückwunsch zu diesem tollen und überzeugenden Ergebnis!

Trotzdem hast du noch eine Pflichtenschuldigkeit. Du musst uns nämlich verraten, ob du die Wahl annimmst und diese vergnügungssteuerpflichtige Aufgabe auf dich nimmst.

Yasmin Fahimi: Für das Protokoll: Ja, ich nehme die Wahl an. An den Parteitag vielen, vielen Dank für dieses klare Mandat, mit dem ihr mich jetzt ausgestattet habt. Ich freue mich auf die neue Aufgabe.

Als Drittes und Letztes auch noch einmal herzlichen Dank an meinen Amtskollegen aus der CDU, dem Herrn Tauber. Der hat mir nämlich schon ein schönes Geschenk gemacht, wie mir *bild.de* berichtet hat, nämlich den Ratgeber „Survival Manual: 330 Überlebenstechniken“, weil

er wohl meinte, ich wechsele jetzt von der Zivilisation in die Berliner Wildnis. Ich kann aber ihn und euch beruhigen: Ich habe mich auf das Amt schon vorbereitet mit dem Buch „Die Kunst des klaren Denkens“ mit dem schönen Untertitel „52 Denkfehler, die man besser anderen überlässt“. Ich danke euch. - Ich freue mich auf die Arbeit.

(Lebhafter Beifall)

Wahl eines/einer Schatzmeisters/in

Florian Pronold, Parteitagspräsidium: Lieber Dietmar Nietan, die erste Spannung haben wir dir genommen. Jetzt versuchen wir das auch mit der zweiten Spannung, die auf dich wartet.

Ich eröffne hiermit den Wahlgang für die Neuwahl des Schatzmeisters des SPD-Parteivorstandes. Es ist dasselbe Prozedere wie bisher. Ihr sollt in das Gerät, das vor euch liegt, jetzt nicht eure Kontonummer eingeben, sondern ihr habt die Möglichkeit, mit „1“ - Ja - für Dietmar Nietan zu stimmen. Theoretisch gibt es natürlich auch noch die Möglichkeit, „2“ oder „3“ zu wählen. Das Ganze müsst ihr danach mit der Enter-Taste bestätigen.

Der Wahlgang ist eröffnet. Bitte nehmt eure Wahl vor.

Sollte jemand Probleme mit dem Gerät und dem Abstimmen haben und ausnahmsweise etwas Rotes leuchten, soll er sich bitte melden. - Hier vorne im Parteivorstand leuchtet es rot; da brauchen wir technische Unterstützung.

Ich frage einmal vorsichtig: Da wir jetzt alle mit dem Gerät erprobt sind, müssten alle ihre Stimme abgegeben haben. Die technischen Probleme sind gelöst. Ist noch irgendein Delegierter, irgendeine Delegierte im Saal, der oder die seine oder ihre Stimme noch nicht abgegeben hat? - Es gibt keine Meldung diesbezüglich. Dann kann ich den Wahlgang hiermit schließen.

Verabschiedung ausscheidender Mitglieder des Parteivorstandes

Nils Annen, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, ihr alle wisst, dass Parteitage auch immer ein Anlass sind, um sich bei Genossinnen und Genossen für die geleistete Arbeit zu bedanken und sich zu verabschieden.

Ich glaube, die Verabschiedung, die jetzt vor uns liegt, fällt uns allen auch deswegen etwas leichter, weil die beiden Genossinnen, denen wir für ihre langjährige Arbeit im Parteivorstand danken - Andrea Nahles und Barbara Hendricks -, an vorderster Linie für uns in der Bundesregierung weiterarbeiten. Trotzdem ist es richtig und notwendig und ist hier auch der richtige Ort, sich zu bedanken. Das Wort hat der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel. Lieber Sigmar!

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben die zwei Wahlen so gut wie abgeschlossen. Deshalb, finde ich, ist es jetzt ein guter Zeitpunkt, um sich bei den beiden zu verabschieden, die die Partei in den letzten Jahren mit sehr, sehr viel Engagement und Arbeit durch schwierige Zeiten begleitet und geführt haben.

Es heißt, Abschied nehmen von Andrea Nahles als Generalsekretärin des SPD-Parteivorstands. Mit ihrer Benennung als Bundesministerin für Arbeit und Soziales hat sie ihr Amt als Generalsekretärin abgegeben. Wir haben gerade mit Yasmin Fahimi ihre Nachfolgerin gewählt.

Als Ministerin bleibt Andrea als eine der wichtigsten Akteurinnen für die SPD erhalten. Aber, liebe Andrea - das versteht wahrscheinlich jeder -, es ist für mich auch irgendwie eine komische Situation. Es ist ja nicht so, dass wir in allen Fragen immer einer Meinung gewesen wären. Aber ich sage offen: Ich hätte meine Arbeit seit 2009 als Parteivorsitzender nie im Leben geschafft, ohne dich als Generalsekretärin an meiner Seite zu wissen.

(Beifall)

Gerade deine exzellente Kenntnis der Partei, die nicht nur das Wissen darüber beinhaltet, was die Partei denkt, sondern vor allen Dingen darüber, was sie fühlt, war in unserer Zusammenarbeit so wichtig. Du hast mich nicht vor allen Fehlern bewahren können, aber du hast es wenigstens versucht.

Aber ich sage euch noch etwas über Andrea Nahles, was mich am meisten von ihr eingenommen hat. Wer einmal wissen will, wie die Andrea wirklich ist - und nicht, wie sie nach diesen seltsamen Medienbeschreibungen ist, die ja über uns alle einmal irgendwo geschrieben werden -, der muss sie besuchen bei sich zu Hause in der Eifel. Der muss den Ort sehen, an dem sie lebt, an dem ihre Eltern leben. Der muss ihren Vater und ihre Mutter kennenlernen, ihren Mann und ihre Tochter Ella. Der muss vor allen Dingen sehen, wie stolz die Eltern - der Vater Maurer - auf das sind, was aus ihrer Tochter geworden ist. Andrea ist deshalb richtig tief im Herzen der SPD und die SPD in ihrem Herzen, weil sie eine von denen ist, die in ihrem eigenen Lebensweg, in ihrer eigenen Familiengeschichte die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie verkörpert.

Das ist Andrea Nahles. Immer ein bisschen hadernd mit der SPD, weil die manchmal nicht sofort auf dem richtigen Weg ist. Aber sie ist eine große Sozialdemokratin, vor allen Dingen, weil sie ein großes Herz für die kleinen Leute hat.

Das ist Andrea Nahles für unsere Partei!

(Beifall)

Du hast die Organisationsreform mit durchgeführt, du hast gemeinsam mit mir und anderen die Partei aus der Depression des Jahres 2009 geführt. Vor allen Dingen aber hast du den letzten Bundestagswahlkampf bestritten. Und du hast mit deinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Willy-Brandt-Haus gezeigt, dass das Gerede von der Schlangengrube Quatsch ist. Wir hätten ohne Andrea und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Willy-Brandt-Haus

niemals diesen gewaltigen Prozess des Mitgliedervotums durchstehen können, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das war eine riesige Organisationsleistung von Andrea und all denen, die mitgearbeitet haben.

Ich sage Andrea danke. Danke für vier Jahre in dem jetzigen Amt und für viele Jahre - die hoffentlich noch kommen - in deinem neuen Amt. Du hast dich immer in den Dienst der Partei gestellt, und deswegen ist die Partei dir dankbar und vieles schuldig.

Alles Gute im neuen Amt! Nochmal herzlichen Dank für das, was du für uns getan hast.

(Beifall)

Nun musst du noch einmal nach vorne kommen. Natürlich der Blumenstrauß. Aber vielleicht noch wichtiger: ein Bild von Willy Brandt, von dem ich weiß, dass er alles verkörpert, was du von der Sozialdemokratie denkst und fühlst. Alles Gute!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, sechs Jahre lang hat Barbara Hendricks als Schatzmeisterin unser Geld zusammengehalten, den Unternehmensbereich erfolgreich durch schwieriges Fahrwasser gebracht und dafür gesorgt, dass wir in der SPD politikfähig geblieben sind. Besonders möchte ich deinen wichtigen inhaltlichen Beitrag zur Parteireform 2011, aber vor allen Dingen - das wissen die meisten gar nicht - zur finanziellen Konsolidierung der SPD nach der schwierigen Bundestagswahl 2009 in Erinnerung rufen.

Aber allein im vergangenen Jahr hast du etwas gestemmt, von dem wir ja manchmal miteinander nicht dachten, dass wir es stemmen können. Du hast finanziell und organisatorisch Projekte bewegt, die so geballt vermutlich nie vorher in der Geschichte der SPD passiert sind - und nachher vermutlich auch nicht so schnell wiederkommen.

Sie hat nicht nur das Budget der Bundestagswahl aufgestellt, sondern vor allen Dingen daran gearbeitet, dass es seit vielen Jahren zum ersten Mal eingehalten wurde, liebe Genossinnen und Genossen - eingehalten!

Sie hat es auch noch geschafft, dass wir diese fantastischen Feiern zur 150-Jahr-Feier im letzten Jahr nicht nur organisationsmäßig auf die Beine gekriegt haben, sondern auch politisch. Sie war die Leiterin der 150-Jahr-Feier. Sie hat das vor allen Dingen auch finanziell möglich gemacht. Das war eine großartige Darstellung der deutschen Sozialdemokratie. Die haben wir dir zu verdanken, liebe Barbara! Vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

Aber das ist nicht genug. Du hast es dann auch noch ermöglicht, dass wir auch finanziell das Mitgliedervotum stemmen konnten, das ja - das wissen wir alle - finanziell keine ganz leichte

Aufgabe gewesen ist. Du hinterlässt große Schuhe, in die der Dietmar - da bin ich sicher - schnell hineinwachsen wird. Außerdem hast du in Barbara, wenn die Zudringlichkeiten der Landesverbände oder von europäischen Spitzenkandidaten zu groß werden, eine gute Ratgeberin.

Ich kann nur sagen: Ich kenne keinen Wahlkampf, der nicht davon profitiert hat, dass Barbara Hendricks und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch einmal genau hingeschaut haben. Vieles ist finanziell möglich geworden - nicht weil wir mehr Geld zur Verfügung gestellt haben, sondern weil das Geld effizienter verwendet werden konnte.

Also, Dietmar, die personifizierte politische Seriosität sitzt dir im Blickfeld gegenüber! Sie hat gezeigt, dass Sozis mit Geld umgehen können.

(Beifall)

Deswegen haben wir uns auch ein besonderes Geschenk ausgedacht. Barbara, der Parteivorstand hat eine Radierung von Günter Grass für dich ausgesucht. Sie ist von 1972, dem Jahr, in dem du in die SPD eingetreten bist, und zeigt ihn mit der berühmten Schnecke. In seinem Buch „Aus dem Tagebuch einer Schnecke“ geht es Günter Grass um sein Engagement für die SPD im Rahmen der Wählerinitiative für Willy Brandt. Er tourte ein halbes Jahr im VW-Bus durch die Bundesrepublik. Gestartet ist er damals im März 1969 in Kleve - in deiner Heimatstadt und deinem Wahlkreis. Die Schnecke ist der Fortschritt, lehrt uns Grass. Das wissen hier alle, die Politik machen. Barbara, betrachte das Bild zugleich als Symbol für dein neues Amt als Bundesumweltministerin! Auch da ist die Schnecke der Fortschritt und umgekehrt. Aber bewegen tut sie sich doch. Und die Menschen werden dir und uns für jeden Millimeter, der im Umweltschutz vorankommt, dankbar sein, künftige Generationen ohnehin.

Vielen Dank für alles, was du geleistet hast, und alles Gute für deine neue Arbeit, liebe Barbara Hendricks!

(Beifall)

Das war's.

Ich habe noch eine Bitte. Das soll ich jetzt sagen. Das Tagungspräsidium hat mich gebeten, alle diejenigen, die sich jetzt zum Leitantrag gemeldet haben, zu bitten, noch einmal eine Sekunde nachzudenken, ob die Wortmeldungen erforderlich sind.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall)

Ich sage das aus folgendem Grund: Es ist einfach so, dass eine ganze Reihe von Delegierten eine weite Reise vor sich haben und nicht auf andere Züge umbuchen können. Das würde dazu führen, dass wir hier relativ schnell vor einem leeren Saal sitzen. Überlegt mal, ob die Wortmeldungen nötig sind oder ob wir nicht ganz guten Mutes sein können, dass der von der Antragskommission vorgelegte Antrag eine gute sozialdemokratische Politik beschreibt! - Vielen Dank.

(Beifall)

Niels Annen, Parteitagspräsidium: Danke schön, lieber Sigmar. Es ist für das Tagungspräsidium natürlich immer eine gute Unterstützung, wenn sich der Parteivorsitzende mit darum kümmert.

Ich will das an dieser Stelle noch einmal unterstreichen. Wir haben jetzt einen Antrag vorliegen, der überzeugend und ausführlich von Martin Schulz vorgetragen worden ist. Wir haben jetzt die Aufgabe, die programmatische Grundlage zu beschließen.

Deswegen will ich euch - vor allem den 13 Genossinnen und Genossen, die sich zur Aussprache gemeldet haben - noch einmal die Gelegenheit geben, über den Vorschlag von Sigmar nachzudenken.

In der Zwischenzeit habe ich aber die ehrenvolle Aufgabe, zur Verkündung des Wahlergebnisses den Sprecher der MPZK, Kristian Kater, nach vorne zu bitten, um uns das Wahlergebnis mitzuteilen. Kristian, du hast das Wort!

Ergebnis der Wahl des/der Schatzmeisters/in

Kristian Kater, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich gebe euch nun das Ergebnis der Wahl des Schatzmeisters bekannt:

Abgegebene Stimmen: 547. Davon ungültig 0. Also gültig: 547 Stimmen.

(Beifall)

Mit Ja haben für Dietmar Nietan gestimmt: 461 Jastimmen. Enthaltungen: 25. Neinstimmen: 61. Dies bedeutet eine Zustimmung von den gültigen abgegebenen Stimmen von 84,3 %.

(Beifall)

Niels Annen, Parteitagspräsidium: Lieber Dietmar, von unserer Seite herzlichen Glückwunsch zu diesem großartigen Ergebnis! Ich muss dich und darf dich jetzt fragen: Nimmst du die Wahl an?

Dietmar Nietan: Ich nehme die Wahl an, und zwar gerne!

Niels Annen, Parteitagspräsidium: Herzlichen Dank! Dietmar nimmt die Wahl an. Wir gratulieren alle herzlich und wünschen alles Gute für eine wichtige Aufgabe! Du kannst gewiss sein: Wir werden uns alle rechtzeitig an dich mit sehr eigenen Anliegen wenden!

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zu der Beratung und dann, so hoffe ich, auch Beschlussfassung über den Initiativantrag A 1: Europa eine neue Richtung geben.

Beratung und Verabschiedung Leitantrag Europawahl

Ich habe eben darauf hingewiesen: Der Antrag ist bereits überzeugend eingebracht worden. Die Antragskommission hat euch auf der Grundlage einer Reihe von Beiträgen, u. a. von unseren Genossinnen und Genossen aus dem Europäischen Parlament, aber auch der Jusos, eine überarbeitete Fassung vorgelegt, von der sie und, ich darf das sagen: auch wir überzeugt sind, dass sie eine gute Grundlage für einen guten Europawahlkampf bildet. Dazu wollen wir euch jetzt natürlich die Möglichkeit geben zu diskutieren.

Ich frage euch noch einmal -vielleicht kann man das einfach hier vorne bei den Wortmeldungen bekannt geben -, ob es die Bereitschaft gibt, auf die eine oder andere Wortmeldung zu verzichten.

Ich möchte euch ferner vorschlagen und dann natürlich auch formal darüber abstimmen lassen, dass wir die Redezeit - wenn ihr damit einverstanden seid; ihr würdet damit gerade den Genossinnen und Genossen, die demnächst abreisen müssen, sehr helfen - von fünf auf drei Minuten verkürzen. Können wir uns darauf verständigen? - Gibt es Gegenstimmen zu diesem Vorschlag? - Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich jetzt als erste Rednerin, sofern sie nicht zurückgezogen hat, Sylvia-Yvonne Kaufmann das Wort erteilen. Danach darf sich Stephan Grüger aus Hessen-Süd bereit machen.

Sylvia, du hast das Wort!

Sylvia-Yvonne Kaufmann, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich will ein starkes soziales und demokratisches Europa. Ich will mit Martin, mit euch allen gemeinsam, liebe Genossinnen und Genossen, mit ganzer Kraft für ein Europa streiten, für ein Europa der Menschen!

Ich bin von ganzem Herzen überzeugte Europäerin. Ich war bereits im Europäischen Parlament und engagiere mich auch außerparlamentarisch für die Vertiefung der europäischen Integration, für soziale und demokratische Fortschritte in der EU.

Ich habe als einzige Frau aus Deutschland sowohl dem Konvent zur Erarbeitung der EU-Grundrechtecharta als auch dem Europäischen Verfassungskonvent angehört. Nicht ohne Stolz kann ich auf konkrete Arbeitsergebnisse zurückblicken, die das europäische Einigungsprojekt vorangebracht haben.

Vor fünf Jahren habe ich die Linkspartei verlassen.

(Beifall)

Warum? - Ich habe lange hart für ein klar pro-europäisches Profil dieser Partei gestritten, im Endergebnis jedoch vergeblich. Deshalb wollte ich nicht mehr für die europapolitische Geisterfahrt der Linkspartei in Haftung genommen werden. Wie die aktuelle Debatte dieser

Partei zum Europawahlprogramm zeigt, befindet sie sich derzeit ja auch in einer Richtungsentscheidung mit offenem Ausgang.

Die Linke hatte sich in ihrem rigorosen Nein zum Lissaboner Reformprojekt einbetoniert. Dieselben Linken, die keine Gelegenheit auslassen, demokratische Defizite in der EU zu beklagen, verweigerten sich allen ernsthaften Schritten, die das europäische Projekt demokratischer gemacht haben. Die Linkspartei, liebe Genossinnen und Genossen, war die einzige Partei im Bundestag, die die Einführung der europäischen Bürgerinitiative nicht unterstützte.

Ich denke, sie hat ihre Hausaufgaben noch längst nicht gemacht. Sie muss begreifen, dass das geeinte Europa in Gestalt der Europäischen Union nie zustande gekommen wäre, wenn alle politischen Kräfte über Jahrzehnte hinweg ihre eigenen Vorstellungen zum alleinigen Maß aller Dinge gemacht hätten. Das geeinte Europa konnte und kann nur mit einem gemeinsamen Willen aller aufgebaut und vorangebracht werden. Und dies setzt zuvorderst die Bereitschaft voraus, Vorstellungen anderer nicht einfach kompromisslos abzulehnen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte einen Punkt ansprechen, der mir persönlich sehr wichtig ist. Unsere Partei ist die Europapartei Deutschlands. Wir stehen in der Pflicht, das europäische Friedensprojekt vor dem um sich greifenden Gift des Nationalismus zu schützen. Es muss endlich Schluss damit sein, dass Europa für alle möglichen Probleme immerfort zum Sündenbock erklärt und zur Vertuschung von Fehlern auf nationaler Ebene permanent verprügelt wird. Denn machen wir uns nichts vor: So geschundene Sündenböcke könnten eines Tages erschlagen, tot am Boden liegen; denn nichts ist unumkehrbar oder von Dauer, wenn man sich nicht immer wieder aufs Neue um das Richtige bemüht.

Deshalb lasst es mich klipp und klar sagen: In unserer globalisierten Welt von heute hat unser Land nur eine hoffnungsvolle Perspektive als europäisches Deutschland im vereinten Europa. Und gerade wir in Berlin wissen, was die Menschen dieser Stadt, was unser Land dem europäischen Einigungswerk zu verdanken haben; denn in diesem Jahr werden wir auch den 25. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer begehen. Dies sollte für uns alle Anlass sein, zu unterstreichen: Die europäische Einigung ist eine wahrhaft historische Errungenschaft. Sie ist Garant für Frieden und Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger. Davon sollten wir auch keine Abstriche machen.

Abschließend, liebe Genossinnen und Genossen: Der Landesverband Berlin, mein Landesverband, hat mich für die Europaliste unserer Partei nominiert. Darüber habe ich mich wirklich von Herzen gefreut. Ich möchte meine Rede hier heute zum Anlass nehmen, um mich bei den Berliner Genossinnen und Genossen zu bedanken. Danke für euer Vertrauen, und auch danke an alle Delegierten der Europakonferenz für ihr Vertrauen, für meinen Listenplatz. Ich werde unsere Partei und meine Stadt in Straßburg und Brüssel engagiert vertreten. Ich freue mich auf den Europawahlkampf mit euch allen. Unsere Partei kann Europa, also packen wir es an! Wir haben viel vor uns, und ich freue mich auf unseren gemeinsamen Wahlkampf.

(Beifall)

Niels Annen, Parteitagspräsidium: Sylvia, herzlichen Dank. Wir freuen uns sehr, dass du auf unserer Liste kandidierst, und wir wünschen dir alles Gute!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Sigmar, es ist bedauerlicherweise so, dass wir uns eingestehen müssen: Unser gemeinsamer Appell hat zu mehr und nicht zu weniger Wortmeldungen zu Redebeiträgen geführt. Deswegen möchte ich jetzt mit eurem Einverständnis die Redeliste schließen. Mich erreichen hier Nachrichten, dass bereits die ersten Delegierten ihre Züge bekommen müssen. Deswegen möchte ich den Appell wiederholen, darüber nachzudenken, die Wortmeldung zurückzuziehen, sich aber in jedem Fall an die Redezeit zu halten. Das gilt auch für den nächsten Redner, Stephan Grüger. Dann darf sich Victoria Orioli bereit machen.

Stephan Grüger, Hessen-Süd: Vielen Dank, Niels. - Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe natürlich darüber nachgedacht, ob es verzichtbar ist, dass ich hier rede. Aus der Sicht des einen oder anderen mag das vielleicht auch so sein. Aber wenn wir eine Partei sind, die mehr Demokratie wagen will, dann muss man auch ertragen, dass es Redner mit Wortmeldungen gibt, die sich inhaltlich auseinandersetzen wollen. Genau das ist der Grund, warum ich hier bin.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Europawahl entscheidet ganz entscheidend auch darüber, wie es in Deutschland und in Europa mit der Energiewende weitergeht. Das ist eines der Themen, die mich besonders umtreiben, insbesondere vor dem Hintergrund dessen, was die Europäische Kommission in den letzten Jahren immer wieder an Obstruktionen insbesondere gegen die deutsche Energiewende ins Feld geführt hat.

Vor diesem Hintergrund finde ich insbesondere den Abschnitt Zeile 555 bis 563 doch recht zahm formuliert. Denn tatsächlich handelt es sich bei der Energiewende gar nicht um ein Projekt, bei dem es primär um Klimaschutz, Umwelt und Öko geht, sondern es ist ein industriepolitisches Projekt, wo es um Arbeitsplätze und um die sicherheitspolitische Zukunft unseres Kontinents geht. Von daher würde ich mir wünschen, dass wir in Zukunft wesentlich klarer formulieren, dass das die Ziele sind, die die Sozialdemokratie mit der Energiewende verbindet.

Vor diesem Hintergrund unterstütze ich sehr einen Änderungsantrag, der noch eingebracht wird, der sich auf die Zeile 556 bezieht und noch klarer deutlich macht, dass die Europäische Kommission und die Europäische Union keineswegs das Recht haben, in Prozesse einzugreifen, die von den Mitgliedstaaten in nationaler Souveränität selber beschlossen worden sind, wie zum Beispiel die Energiewende in Deutschland. Ich denke, das sollten wir auf jeden Fall noch einmal unterstreichen.

Ein Aspekt fehlt mir wieder einmal in diesem Antrag, und den sollten wir selber für die Europawahl im Hinterkopf behalten: Es ist nicht so, dass wir in Europa ein Subventionsproblem bei den erneuerbaren Energien haben, sondern Genossinnen und Genossen, subventioniert

werden in Europa vor allen Dingen die alten, überkommenen Energien Kohle und Atom. Das muss man immer wieder sagen. Das müssen wir auch der Bevölkerung immer wieder sagen. Denn wenn wir die Kosten gerecht verteilen wollen, wie du, Sigggi, das machen willst, dann müssen wir in der Tat auch dafür sorgen, dass insbesondere Subventionen für Kohle und Atom massiv zusammengekürzt werden.

Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Niels Annen, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, lieber Stephan, auch dafür, dass du dich an die Redezeitbegrenzung gehalten hast. - Die nächste Rednerin ist Victoria Orioli. Es folgt Timon Gremmels aus Hessen-Nord.

Victoria Orioli : Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Europäer! Mein Name ist Victoria Orioli. Ich bin die Kandidatin zur Europawahl aus Sachsen-Anhalt. Vor allem bin ich aber eine überzeugte European Federalist. Das bin ich hier in Deutschland, aber auch in Italien, von wo aus ich euch grüße und einen Appell aus Bologna von Romano Prodi übermitteln möchte.

Gemeinsam mit den Federalists haben wir in Bologna mit Romano Prodi, dem ehemaligen Präsidenten der EU-Kommission, vor Kurzem ein Event organisiert, wo wir die Reformen der EU-Institutionen diskutiert haben. Das ist derselbe Diskurs, den Enrico Letta vor Kurzem auch in Leipzig auf unserem Bundesparteitag gehalten hat. Die Idee ist, dass Italien vorschlägt, in den nächsten zehn Jahren zumindest in der Eurozone auf ein föderales Europa hinzuarbeiten.

Ich hatte die Gelegenheit, dazu näher mit Romano Prodi zu sprechen. Neben seinen besten Wünschen für meine Kandidatur für das Europäische Parlament kam ihm die Idee zu einem Appell für alle Kandidaten aus Deutschland und Europa für das Europaparlament. Diesen möchte ich euch hiermit übermitteln:

Für die Demokratie und die Vertiefung der Europäischen Union ist die Realisierung der Finanz-, Wirtschafts-, Banken- und der politischen Union, aber auch der institutionellen Entwicklung in der Euro-Region unerlässlich. Es ist unerlässlich, im neuen Europäischen Parlament, in den politischen Gruppen neue gemeinsame politische Maßnahmen hervorzubringen. Romano Prodi hofft, dass das neue Europäische Parlament die Stärke hat, konstitutionelle Projekte zu definieren. Diese Projekte müssen die Zustimmung von möglichst vielen Fraktionen finden und auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dies ist notwendig, um die europäische Integration zu vertiefen, weil dies der einzige Weg ist, den sozialen Wohlstand in der EU in einer immer weiter globalisierten Welt sicherzustellen.

Es ist eine Politik dafür notwendig, die über nationale Positionen hinausgeht und die auf dem gegenseitigen Vertrauen der europäischen Völker basiert, dank eines gegenseitigen Verständnisses der Kulturen und der Instrumente für die Weiterentwicklung des Kontinents. Die Kandidaten für das EP müssen mit ihrer Persönlichkeit und ihrer Qualifikation in der Lage sein, sich aktiv für oben genannte Aufgaben einzusetzen. Die Kandidaten müssen sich aber

bitte auch an der Konstruktion echter europäischer Parteien beteiligen, die Strategien für die Zukunft der EU vorschlagen müssen und dabei auch die Bürger immer besser integrieren. Ohne Zweifel ist die Verständigung über unsere gemeinsamen Ziele zwischen Deutschland und Italien als Länder mit Schlüsselfunktionen wichtig.

Niels Annen, Parteitagspräsidium: Victoria, Kommst du bitte zum Schluss!

Victoria Orioli: Auch persönliche Geschichten können dazu beitragen, wie es das Beispiel von Altiero Spinelli und seiner Frau Ursula Hirschmann gezeigt hat.

Niels Annen, Parteitagspräsidium: Ich muss leider auf die Einhaltung der Redezeit achten; denn sonst kommen die anderen nicht mehr dran. Es tut mir sehr leid.

Victoria Orioli: Nur noch einen Satz: Für die kommenden Wahlen erwartet Romani Prodi insbesondere von den Parteien, die die europäische Integration begrüßen, Kandidaten, die auf diese Anforderung reagieren. – Dankeschön.

(Vereinzelt Beifall)

Niels Annen, Parteitagspräsidium: Dankeschön. Der nächste Redner ist Timon Gremmels aus Hessen-Nord. Es folgt Johanna Uekermann, Juso-Bundesvorsitzende.

Timon Gremmels, Hessen-Nord: Liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen eine sozialdemokratische Mehrheit am 25. Mai bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, und wir brauchen einen sozialdemokratischen Kommissionspräsidenten Martin Schulz, damit der deutschen Energiewende nicht immer neue Knüppel von Oettinger und Co zwischen die Beine geworfen werden.

Die Schlagzeilen der letzten Tage aus Brüssel lassen nichts Gutes erahnen. Daher werbe auch ich für den Änderungsantrag zum Energieabsatz, den Stephan Grüger schon zitiert hat, zum Leitantrag im Hinblick auf den Erhalt des EEG. Das, lieber Sigmar, ist auch die Voraussetzung dafür, dass du als Energieminister dieser Koalition erfolgreich bist. Daran können wir alle nur ein Interesse haben.

Mit dem vorgelegten Eckpunktepapier droht die Gefahr, dass der dezentrale Ansatz der Energiewende vollends verloren geht. Wir Sozialdemokraten haben die Energiewende doch nicht nur als ökologisches, sondern vor allem auch als ökonomisches Projekt verstanden. Wir wollten die Wertschöpfung zurück in die Region bringen. Ich komme aus Nordhessen. Die Uni Kassel hat jüngst eine Studie herausgebracht, wonach allein im vergangenen Jahr 115 Millionen Euro an lokaler Wertschöpfung generiert worden sind. Das ist sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, liebe Genossinnen und Genossen, und die wollen wir erhalten.

Die Mehrzahl der Menschen, die sich in der Energiewende engagieren, sind Genossen: Sie sind Energiegenossen, weil sie Mitglied in einer Energiegenossenschaft sind, aber sie sind auch sozialdemokratische Genossen, weil sie unsere Ideale teilen. Sie alle wollen, dass die Energiewende vorangeht. Deswegen müssen wir die dezentrale Energieversorgung im

ländlichen Raum erhalten. Die Binnenwindkraft ist die preiswerteste Form der erneuerbaren Energien. Daneben brauchen wir auch die Photovoltaik. Lieber Sigmar, an dieser Stelle meine Bitte, den Vorschlag zu überdenken, ob wir die Eigennutzung von PV-Strom mit der EEG-Umlage belasten wollen. Damit würden wir der PV-Branche, die eh schon stark gebeutelt ist, endgültig den Garaus bereiten. Insofern: Lasst uns diesen Fehler nicht machen!

Lasst uns einen weiteren Fehler bei der Energiewende nicht machen: Immer dann, wenn wir von Kosten sprechen, meinen wir Investitionen. Die Investitionen in die erneuerbaren Energien sind Investitionen für morgen – damit die Kosten sinken! Das EEG ist eine sozialdemokratische Errungenschaft. Es sollte uns wichtig sein, dass wir es nicht bis zur Unkenntlichkeit aushöhlen. In diesem Sinne werbe ich dafür, den Absatz im Europaantrag zu schärfen. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Niels Annen, Parteitagpräsident: Lieber Timon, vielen Dank für deinen Beitrag. Jetzt kommt Johanna Uekermann, gefolgt von Eckart Kuhlwein.

Johanna Uekermann, Juso-Bundesvorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich weiß, es ist schon spät und ihr wollt alle relativ bald heim. Ich hoffe, ihr nehmt es mir nicht krumm, wenn ich mir trotzdem die Sekunde herausnehme, um meine herzlichen Glückwünsche an Martin Schulz zu richten. Wir Jusos freuen uns sehr, dass wir dich an unserer Seite wissen im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit, damit endlich wieder etwas passiert und Europa wieder Perspektiven für junge Menschen bietet und nicht nur Zukunftsangst.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, mit dem Leitantrag „Europa eine neue Richtung geben“ legen wir heute auch die Schwerpunkte fest, mit denen wir in die Europawahl ziehen. Wir als Jusos haben schon im Vorfeld viele Änderungsvorschläge gemacht und sind erfreut, dass die Antragskommission viel davon übernommen hat. Für zwei Änderungen gilt das nicht. Diese möchte ich euch vorstellen, und dann möchte ich darum bitten, dass ihr den Anträgen der Jusos zustimmt.

Die eine Einfügung bezieht sich auf die Zeile 187, wo es um die öffentliche Daseinsvorsorge geht. Wir wollen den Absatz dahin gehend schärfen, dass wir unseren Standpunkt deutlich machen: „Öffentliche Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand.“ Bitte stimmt dem Änderungsantrag zu, damit wir als SPD unsere Position deutlich machen.

(Beifall)

Der zweite Punkt bezieht sich auf das Transatlantische Freihandelsabkommen. Wir als Jusos haben im Vorfeld die Anträge gestellt, dass insbesondere bei den Regelungen zum Investitionsschutz es nicht zur Aushöhlung von Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechten kommen darf. Des Weiteren wollen wir, dass im Zuge der Verhandlungen elementare Fortschritte im Bereich von Datenschutz und BürgerInnenrechte zustande kommen. Wir wollen aber auch, dass diese Forderungen der Grundstein dafür sind, dass man dem

Freihandelsabkommen zustimmen kann. Deshalb schlagen wir euch vor, in Zeile 661 einzufügen: „Sollten diese Ziele nicht erreicht werden, lehnen wir das geplante Transatlantische Freihandelsabkommen ab.“ Wir sollten hier so deutlich sein, dass wir das zu einem Meilenstein machen, den wir erreichen wollen. – Vielen Dank.

Niels Annen, Parteitagspräsidium: Liebe Johanna, vielen Dank. Das Wort hat jetzt Eckart Kuhlwein, gefolgt von Cornelia Östreich.

Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Das Votum der Antragskommission auf Seite 13 zum Thema „Fairer Handel“ macht deutlich, dass die Probleme des Internationalen Freihandelsabkommens jetzt auch von der Parteispitze erkannt worden sind. Vorher war da relativ viel Schweigen im Walde. In Leipzig haben wir zum ersten Mal darüber diskutiert. Jetzt stehen da, wenigstens in der Fassung der Antragskommission, die richtigen Sätze drin, die das eingrenzen, was im Verhandlungsauftrag der EU-Kommission noch missglückt war und was insbesondere in dem ganzen Verfahren, das im Augenblick angewandt wird, überhaupt nicht erkennbar ist. Da ist von Demokratie keine Spur, sondern alles läuft in geheimen Hinterzimmern ab. Die Parlamente, weder das EP noch der Bundestag, wissen Bescheid, worum es im Einzelnen geht.

Ich bin mit den Formulierungen durchaus zufrieden, würde aber gerne noch einen Satz anfügen, der auch in der öffentlichen Debatte eine große Rolle spielt. Das ist nämlich die Frage Gerichtsbarkeit bei Klagen von Investoren gegen Staaten in Europa in Streitfällen. Wir haben den Fall, dass Vattenfall die Bundesrepublik Deutschland inzwischen auf 3,7 Milliarden Schadensersatz wegen der Atomwende verklagt hat – mit offenem Ausgang; wir hoffen, dass das gutgeht. Wir sehen nicht ein, dass auch in diesem TTIP wieder Schiedsgerichte im Geheimen tagen sollen und nicht öffentliche Gerichte Recht sprechen sollen.

Deswegen zwei Sätze als Ergänzungsantrag: „Die bisher vorgesehene Streitschlichtung in sogenannten Schiedsgerichten lehnen wir ab. Die Streitschlichtung zwischen Investoren und Nationalstaaten muss vielmehr durch reguläre öffentliche Gerichte erfolgen.“ Diese Passage würde ich gerne der Zeile 669 anfügen. – Schönen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Niels Annen, Parteitagspräsidium: Lieber Eckart, vielen Dank, dass du unter der Redezeitbegrenzung geblieben bist. Jetzt folgt Cornelia Östreich. Danach kann sich Axel Schäfer bereit machen.

Cornelia Östreich, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Es blieb lange Zeit ziemlich spannend, ob im heute vorgelegten europapolitischen Papier alles drin sein würde. Aber es war andererseits auch klar: Hinter die inhaltlich guten Beschlüsse von Leipzig konnte die Partei nicht zurück, zum Beispiel auch nicht gegen das sehr starke Gleichstellungskapitel. Insofern könnte die ASF weitgehend zufrieden sein. Das ist sie auch. Gleichwohl gibt es auch an sehr guten Texten immer noch etwas zu verbessern. Ich habe vier kurze Vorschläge zu machen und hoffe, dass ihr dem eure Zustimmung geben könnt.

Eine redaktionelle Anmerkung: Es ist sprachlich schon einiges genauer formuliert worden. Aber man müsste doch noch mal schauen, ob der Antragstext in allen Punkten konsequent gegendert wurde. Da scheint noch einige Arbeit zu tun zu sein.

Jetzt ans Inhaltliche: Auf Seite 1, Zeile 38, würde ich gerne etwas einfügen. Denn wenn wir weiter hinten im Text so ein starkes Gleichstellungs- und Antidiskriminierungskapitel haben, können wir das mit Fug und Recht auch auf Seite 1 schreiben. Da hätte ich gerne die Formulierung: „Gleichstellung zwischen Frauen und Männern – Der entschlossene Kampf gegen Diskriminierung“. Das gehört zu den europäischen Errungenschaften, und das sollten wir explizit machen.

Auf Seite 9, Zeile 448, steht die doch recht weiche Formulierung: „Die Gleichstellungspolitik der EU sollte in einem eigenen Ressort gebündelt werden.“ Das hat nicht genug Durchsetzungskraft. Ich bin mir mit den ASF-Genossinnen, mit denen ich gesprochen habe, einig, dass wir formulieren wollen: „...muss in einem eigenen Ressort gebündelt werden.“ Denn wir haben ja unsere Erfahrungen gemacht mit weichen und harten Formulierungen, nicht wahr?

Nach diesem Satz hätte ich gerne, dass wir einfügen - das wäre dann auf Seite 9, Zeile 449 - aus gegebenem Anlass und wegen der unsäglichen Politik, die die konservative Regierung in Spanien - aber nicht nur in Spanien - gegen die Selbstbestimmungsrechte der Frauen vornimmt; da spielen sich unglaubliche Szenen ab:

„Wir fordern den vollen Schutz der Selbstbestimmung und der reproduktiven Rechte von Frauen.“

Alle, die die Debatte in der Presse verfolgt haben, wissen, glaube ich, worauf ich mich beziehe. - Vielen Dank.

(vereinzelt Beifall)

Niels Annen, Parteitagspräsidium: Herzlichen Dank. - Das Wort hat jetzt Axel Schäfer, gefolgt von Amely Weiß.

Axel Schäfer, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen, dem Programm fehlt etwas, nämlich dass wir auch deutlich machen, was wir bereits erreicht haben und worauf wir stolz sein können. Deshalb schlage ich euch ab Zeile 716 folgende kleine Ergänzung nur vor:

„Unsere sozialdemokratische Europapolitik seit 1866. Dafür haben Generationen von Frauen und Männern gekämpft. Sie haben als Internationalisten bedeutende Erfolge errungen, mussten sich aber auch Verfolgungen stellen. Mit den SPD-Kanzlern verbinden sich historische Leistungen für ein besseres Europa: Willy Brandt mit der Aussöhnungs- und Entspannungspolitik, für die er den Friedensnobelpreis erhielt, Helmut Schmidt als Schöpfer eines einheitlichen Währungssystems, als Macher in Erinnerung, heute als Mahner noch präsent, und schließlich Gerhard Schröder mit der erfolgreichsten EU-Ratspräsidentschaft, in

der Grundrechte gefestigt, ein Krieg geschlichtet und der Zusammenhang gesichert wurde. Auf diese Tradition sind wir stolz.“

Niels Annen, Parteitagspräsidium: Lieber Axel, herzlichen Dank. - Das Wort hat jetzt Amely Weiß, gefolgt von Peter Friedrich.

Amely Weiß, Bayern: Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Wir können doch nicht ernsthaft immer an Parteitag die Diskussion mit der Basis dann am Schluss aufgeben wollen und nicht mehr haben wollen. Dann müssen die Tage eben so geplant werden, dass dafür am Schluss noch Zeit ist. Demokratie lebt von Beteiligung, und das Europaprogramm lebt von der Diskussion.

(Pfiffe)

Ich finde das Europa-Programm insofern gut, hätte aber noch zwei, drei Änderungsvorschläge, und zwar im Teil „Asyl“ den kontinuierlichen Ausbau legaler Einwanderungsmöglichkeiten - denn daran krankt unser gesamtes Europa - sowie „Keine Kriminalisierung von humanitär Helfenden“ aufzunehmen. Beides soll aus dem Antrag von Hessen übernommen werden.

Den letzten Punkt finde ich besonders wichtig, weil ich als Bezirksrätin die europäischen Partnerschaften begleite. Ich habe die Jugend diskutieren sehen. Ich habe französische und polnische Jugendliche mit deutschen Jugendlichen diskutieren hören, und das ist ein unheimlich wichtiger Prozess für ein Europa der Zukunft. Deshalb plädiere ich dafür, die beiden Punkte, die sich auf Jugend und Jugendpolitik beziehen, aus diesem hessischen Antrag zu übernehmen. - Danke.

(Beifall)

Niels Annen, Parteitagspräsidium: Herzlichen Dank. Wir wollen in der Tat alle miteinander diskutieren. Ich will einfach nur darauf hinweisen, dass die Nachwahlen bei der ursprünglichen Planung dieser Europadelegiertenkonferenz in dieser Form nicht eingeplant werden konnten. Deswegen bitte ich einfach ein bisschen um Verständnis, dass wir das hier gut hinbekommen.

Der nächste Redner ist Peter Friedrich. Dann kann sich Nina Scheer bereitmachen.

Peter Friedrich, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Am Mittwoch dieser Woche hat die Europäische Kommission eine Kommunikation vorgelegt, in der sie die Klimaschutzziele und die Ausbauziele für die Erneuerbaren und die Effizienzziele neu austariert. Wir stellen fest, dass das, was wir in Deutschland erfolgreich geschafft haben, nämlich dass die Energiewende ein Projekt ist, dem sich alle verpflichtet fühlen, in Brüssel bei Weitem noch nicht gelungen ist.

Deswegen müssen wir ganz in dem Sinne, wie es Martin Schulz heute in seiner Rede gesagt hat, gemeinsam anpacken, um dieses Europa so zu gestalten, dass die Regelungen von Europa es uns ermöglichen, die Energiewende zu einem weiteren Erfolg zu bringen. Deswegen habe ich mit einigen anderen einen Änderungsantrag gestellt, damit wir genau an diesem Punkt, dass die Ziele konkreter werden müssen und dass die Wege zur Energiewende klarer werden

müssen und uns die Möglichkeiten in Deutschland bleiben, tatsächlich mit EEG und anderen Instrumenten die Energiewende zum Erfolg zu führen, von der europäischen Ebene nicht genommen werden dürfen.

Es gab eine Diskussion auch hier oben über die Frage, wie dieser Antrag am sinnvollsten ausgestaltet wird, damit er kompatibel mit dem Koalitionsvertrag ist. Deswegen bitte ich euch in Bezug auf den Antrag, der meines Wissens auch verteilt wird, dass wir darüber in veränderter Form abstimmen. Der erste Satz bliebe:

„Wir wollen verbindliche, ehrgeizige Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz in Europa.“

Dann geht es weiter:

„Um diese Ziele zu erreichen, müssen die Mitgliedsstaaten Handlungsfreiheit für die Förderung erneuerbarer Energien behalten. Wir wollen das erfolgreiche EEG fortsetzen und weiterentwickeln. Dies muss entsprechend in den Leitlinien der EU aufgenommen werden.“

Liebe Genossinnen und Genossen, ich komme aus Baden-Württemberg. Wir hatten früher einen Ministerpräsidenten namens Erwin Teufel, danach Günther Oettinger. Für die waren Windräder und Solaranlagen Teufelszeug. Einen Teil dessen setzen sie jetzt in Brüssel fort, zusammen mit anderen. Ich finde, wir sollten gemeinsam dafür streiten, dass wir die Vorgaben der EU nicht als Schicksal begreifen, sondern gemeinsam daran arbeiten, auch in der EU eine Politik zu machen, die uns dabei hilft, dass das, was wir uns mit Sigmar und allen im Koalitionsvertrag vorgenommen haben, gemeinsam erfolgreich ist. Deswegen bitte ich darum, den Änderungsantrag verändert - wie vorgestellt - zu übernehmen. - Herzlichen Dank.

Niels Annen, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Peter Friedrich. Das Wort hat Nina Scheer, gefolgt von Martin Tretbar-Endres.

Nina Scheer, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen, ich unterstütze den gerade von Peter Friedrich vorgestellten Antrag, und zwar aus folgendem Grund. Viele Gründe wurden schon genannt, die ich auch alle mit unterschreiben kann. Vonseiten der Europäischen Kommission in Gestalt der Leitlinien ist ein ganz starkes Zeichen zu vernehmen, dass man in die nationalstaatlich aufgestellten Rahmenbedingungen und Satzung von Rahmenbedingungen hineinregieren möchte.

Hier über die Hintergründe zu spekulieren, wäre zu viel. Es ist allerdings klar erkennbar, dass eine erfolgreiche Förderung erneuerbarer Energien, wie wir es mit dem EEG geschafft haben, offenbar von der EU-Kommission nicht so akzeptiert werden bzw. dass man Rahmenbedingungen nicht akzeptieren möchte, die zu einem so erfolgreichen Ausbau erneuerbarer Energie geführt haben.

In den Leitlinien steht etwa, dass man mehr Markt haben möchte. Solange wir aber noch keinen Markt in dem Sinne haben, der tatsächlich den Wert von Energie abbildet, können wir auch nicht einen Markt über Mechanismen einführen, wie sie von der Europäischen

Kommission gefördert werden, etwa durch Prämienmodelle. Insofern ist es wichtig, dass an den Erfolgsrezepten festgehalten werden, natürlich im Abgleich mit europäischem Recht, dass aber eben auch souverän daran festgehalten werden kann. Und wenn eben in den Leitlinien steht - und so steht es darin -, dass man ein Förderinstrument, die Einspeisevergütung, doch gerne abgeschafft sehen möchte, dann ist es wichtig, dass darin auch steht bzw. korrigierend aufgenommen wird, dass die Mittel, die erfolgswahrscheinlich sind, auch der souveränen Gestaltung durch die Mitgliedsstaaten weiter aufrechterhalten werden können.

Insofern finde ich den vorgestellten Initiativantrag richtig und wichtig, und er findet in dieser Form meine Zustimmung. Ich bitte auch um eure Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall)

Niels Annen, Parteitagspräsidium: Liebe Nina, auch dir vielen Dank, dass du dich an die Redezeit gehalten hast. - Martin Tretbar-Endres ist der Nächste. Dann darf sich Norbert Fabian bereitmachen.

Martin Tretbar-Endres, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte ein Thema ansprechen, zu dem Schleswig-Holstein noch einen Ergänzungsantrag stellt, den ich kurz begründen möchte.

Diejenigen unter euch, die schon länger in der Politik dabei sind, werden sich vielleicht erinnern, dass ein mittlerweile verstorbener bayerischer Politiker einmal gesagt hat: „Ein Däne darf doch nicht über eine deutsche Landesregierung entscheiden.“ Gemeint war damals der Vertreter der dänischen Minderheit im schleswig-holsteinischen Landtag. Mittlerweile, Genossinnen und Genossen - ihr wisst das - haben wir Vertreter der dänischen Minderheit in der Landesregierung beteiligt, und ich kann nur sagen: Das ist auch gut so. Denn wir erleben in Schleswig-Holstein tagtäglich, wie bereichernd Minderheiten für unsere Gesellschaft und für unser Land sind und sein können. Nach dem Lissabonner Vertrag, liebe Genossinnen und Genossen, gehört die Wahrung der Rechte der Minderheiten zu den Werten, auf denen sich die Europäische Union gründet, und die Achtung und der Schutz der Rechte von Minderheit ist doch ein Teil der Kriterien, die für einen Beitritt zur EU zu erfüllen sind.

Dennoch erleben wir heute auch in Ländern der Europäischen Union, dass der Schutz der Minderheiten nicht ausreichend ist und dass die Rechte der Minderheiten mit Füßen getreten werden.

Deswegen möchten wir gerne den Antrag ergänzen, auf der Seite 4 ab der Zeile 297: „Europäische Minderheitenpolitik. Die Wahrung der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören, gehört zu den Werten, auf die sich die Europäische Union gründet. Die Instrumente der Minderheitenpolitik in Europa müssen deshalb mit mehr Nachdruck eingesetzt werden, um den Schutz von Minderheiten in der gesamten EU zu verwirklichen und auszubauen. Dazu müssen in der Spitze der EU-Kommission verbindliche Verantwortlichkeiten für Minderheitenangelegenheiten geschaffen werden, die für die Durchsetzung der

Minderheitenrechte und der verabredeten Standards für den Umgang mit den Minderheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten der Union sorgen.“

Ich bitte um Unterstützung. Wir müssen Europa nicht nur neu denken, Genossinnen und Genossen. Ich finde, wir müssen Europa auch neu gestalten, auch in der Minderheitenpolitik. - Vielen Dank.

Nils Annen, Parteitagspräsidium: Lieber Martin, das werden wir tun. Vielen Dank. - Ich darf jetzt Norbert Fabian als letzten Redner hier ans Rednerpult bitten.

Norbert Fabian, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte 2014 noch einmal kurz an die erste Europawahl 1979 erinnern. Wir sind damals mit Willy Brandt und einem Programm angetreten, mit dem wir im sozialdemokratischen Sinne nach vorne geprescht sind, und wir haben 40 Prozent erzielt. Ich würde sagen, wenn wir diesmal mit Martin Schulz auf die 30 Prozent zugehen, dann ist das wirklich gut. Wir sollten es versuchen.

Wir haben damals ein Programm gehabt, mit dem wir eine Diskussion entfacht haben und zu dem wir damals eine scharfe Polemik von Heiner Geissler über uns ergehen lassen mussten. Aber der wird ja auch klüger im Sinne seines früheren Parteivorsitzenden Adenauers. Jederzeit klüger zu werden, daran kann man die von der CDU ja auch nicht hindern. Ich denke, er würde heute wohl vieles von dem, was wir heute beschließen wollen und was wir damals beschlossen haben, unterstützen. Das sollte auch die Wählerinnen und Wähler nachdenklich machen. Aber vielleicht ist es ja auch ein Motto für die Arbeit in der großen Koalition. Da kann man vielleicht auch Leute überzeugen.

Ich wollte noch ganz kurz zwei Punkte ansprechen. Der eine: Wir haben damals den Ausbau der Mitbestimmung in Europa in den Mittelpunkt des Programms gestellt. Das ist nicht nur eine deutsche Forderung. Wir haben es auch im Programm der SPE drin. Aber darüber muss, denke ich, noch weiter diskutiert werden, da muss es weitere Modelle geben.

Das ist übrigens nicht nur eine deutsche Diskussion. Die Diskussion gibt es auch in Großbritannien. Es kam ursprünglich von Großbritannien, von der Labour Party, nach Deutschland, nach dem Zweiten Weltkrieg. Es gibt da zum Beispiel die konkrete Forderung, dass man öffentliche Beteiligungen mit mehr Mitbestimmung verbindet. Ich denke, dass wir in diese Richtung weiterdiskutieren sollten. Da ist mir vieles von dem, was im Antrag steht, richtig, aber einiges noch ein bisschen zu allgemein.

Der zweite Punkt. Da kann ich mich wirklich kurz fassen. Zur Energiewende wurde vieles gesagt, aber ich würde als Forderung noch einmal herausstellen, dass wir die Energiewende in Europa in den Mittelpunkt des sozialen New Deals stellen sollten, den wir auch im Programm der SPE gefordert haben. Das ist nicht ganz einfach.

Aber es gibt in Europa auch andere Entwicklungen. Ich denke, im Bereich der küstennahen Windenergie sind die Briten, noch von der Labour Party initiiert, weiter als wir. Ich denke nur an

das Dogger-Bank-Projekt. Das zeigt, dass sich da auch etwas entwickelt, dass wir auch da Überzeugungsarbeit leisten müssen.

Sigmar, ich will dich jetzt nicht reizen. Aber ich würde dich doch wirklich bitten, bei dem Thema in Europa etwas offensiver vorzugehen und vielleicht auch die Vorschläge von Claudia Kemfert und - Claudia Kemfert war im hessischen Team der SPD mit drin - mit aufzugreifen. Denn teuer macht die Energie, denke ich, die Überproduktion, die wir bei der Atomenergie und auch bei der Kohleindustrie haben. Wenn wir ein paar Dreckschleudern abstellen, dann wäre das ganz gut und würde nach vorne weisen.

Das war's. Mit der Aufforderung, mehr soziale Demokratie in Europa mit Martin Schulz zu wagen, sollten wir in den Wahlkampf gehen.

Nils Annen, Parteitagepräsident: Lieber Norbert, vielen Dank. Vielen Dank auch an euch alle. Herzlichen Dank, dass ihr dieses verkürzte Verfahren - wenn ich das so sagen darf - so diszipliniert mitgetragen habt.

Ich gebe jetzt Olaf Scholz für die Antragskommission das Wort.

Olaf Scholz, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, es sind ja eine ganze Reihe von weiteren Änderungsanträgen reingekommen. Wir sind nicht mehr so viele, wenn ich von hier vorne in den Saal gucke, aber ich glaube, das erschließt sich auch von unten. Außerdem ist es ein bisschen kompliziert, all den Sachen zu folgen.

Wir haben uns Mühe gegeben, da hinterherzukommen. Wir haben auch parallel versucht, mit den Antragsstellerinnen und Antragstellern zu reden, damit wir eine Situation erreichen können, in der möglichst vieles nicht mehr abgestimmt werden muss. Ich glaube, wir haben das auch bis auf einen Fall komplett im Hinblick auf alle Änderungsanträge zu der an euch verteilten Neufassung des Antrags geschafft.

Das werde ich euch jetzt vortragen. Ich hoffe, dass man dem einigermaßen folgen kann. Zum Schluss nenne ich den Punkt, wo wir finden, dass wir das nicht machen sollten. Und dann können wir es abstimmen und gucken nicht so genau in den Saal, wie viele noch hier sind, weil das, glaube ich, sonst ein Problem gäbe.

Erstens gibt es von Hessen-Süd den Antrag, der hier auch schon verteilt worden ist, dass man in Zeile 147 etwas einfügt. Das wollen wir etwas verändert übernehmen, wenn ich es richtig verstanden habe auch im Einvernehmen mit den Antragstellern. Es soll eingefügt werden: „Wir fordern, dass die europäischen Regierungen ihre finanzpolitische Verantwortung stärker wahrnehmen, damit sich die EZB auf ihre Kernaufgaben konzentrieren kann.“ In dem Sinne: Annahme in der Fassung der Antragskommission.

Wir wollen bei dem weiteren Vorschlag, in dem es darum ging, dass man etwas in Zeile 673 einfügt, Folgendes vorschlagen: Wir wollen übernehmen, was die gesagt haben, und dann soll nach „auch dass in Bezug auf Zuwanderung es legale Möglichkeiten geben muss“ ergänzt

werden: „auch unabhängig von einer wirtschaftlichen Nützlichkeitslogik.“ Das wollen wir übernehmen.

(Beifall)

Dann haben wir aus Hessen-Süd den Vorschlag, den Satz einzufügen: „Wir brauchen eine europäische Initiative, die die Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren an Europas Außengrenzen im Mittelmeer verbessert, sodass der Pflicht zur Seenotrettung effektiv nachgekommen wird.“ Das wollen wir auch übernehmen.

Dann gibt es von den Jusos einen Antrag, mit dem sie wollen, dass der Satz ergänzt wird - das steht da schon, aber es soll noch einmal richtig klar gemacht werden -: „Öffentliche Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand.“ Das wollen wir auch übernehmen.

(Beifall)

Dann haben wir von Enrico Bloch aus Schleswig-Holstein den Antrag, den eben Martin Tretbar vorgetragen hat, nämlich folgende Ergänzung vorzunehmen: „Europäische Minderheitenpolitik. Die Wahrung der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören, gehört zu den Werten, auf die sich die Europäische Union gründet. Die Instrumente der Minderheitenpolitik in Europa müssen deshalb mit mehr Nachdruck eingesetzt werden, um den Schutz von Minderheiten in der gesamten EU zu verwirklichen und auszubauen. Dazu müssen in der Spitze der EU-Kommission verbindliche Verantwortlichkeiten für Minderheitenangelegenheiten geschaffen werden, die für die Durchsetzung der Minderheitenrechte und der verabredeten Standards für den Umgang mit den Minderheiten in den einzelnen Mitgliedsstaaten der Union sorgen.“ Auch das wollen wir übernehmen.

Dann gibt es von Axel Schäfer den Antrag, etwas zu ergänzen, um die Programmatik mit der richtigen Leuchtkraft zu versehen. Es soll wie folgt ergänzend heißen: „Das ist sozialdemokratische Programmatik seit 1863. Dafür haben Generationen von Frauen und Männern gekämpft. Sie konnten bedeutende Erfolge erringen, mussten aber als Internationalisten auch bittere Verfolgung erleiden. Mit den SPD-Kanzlern verbinden sich historische Leistungen für ein besseres Europa. Mit Willy Brandt die Aussöhnungs- und Entspannungspolitik, ausgezeichnet durch den Friedensnobelpreis. Helmut Schmidt war Schöpfer des einheitlichen Währungssystems, Gestalter und Vordenker der Europäischen Gemeinschaft. Und mit Gerd Schröder verbindet sich die erfolgreichste deutsche EU-Ratspräsidentschaft, in der Grundrechte gefestigt, Krieg geschlichtet und der Zusammenhalt gesichert wurde. Auf diese Tradition sind wir stolz.“ Auch diesen leuchtenden Satz wollen wir übernehmen.

Dann gibt eine Ergänzung zu den erneuerbaren Energien. Das hat Peter Friedrich hier vorgetragen. Darauf - die Ursprungsfassung und die veränderte Fassung - hatten sich auch verschiedene Rednerinnen und Redner bezogen. Die von Peter Friedrich vorgetragene Fassung - über die hatten wir mit ihm parallel schon gesprochen - will die Antragskommission übernehmen.

Das gilt auch für die Ergänzung im Hinblick auf die Berufsausbildung. Dort ist von den Antragstellern vorgeschlagen worden, einen Satz einzufügen, der lautet: „Berufsausbildung ist Zukunftsinvestition. Das duale Ausbildungssystem und die gemeinsame Qualifizierung und Partnerschaft von Unternehmen, Gewerkschaften und Staat beweist seine Leistungsfähigkeit ...“ Es sind ein paar mehr Zeilen. Die lese ich jetzt nicht alle vor. Es stimmt alles. Das wollen wir deshalb auch übernehmen.

Amely Weiß hatte mehrere Vorschläge gemacht. Einige sind aber schon im Text oder in anderen Änderungsanträgen gewesen. Deshalb reduziert sich das auf zwei Anträge, zwei Formulierungen aus Hessen-Süd zu übernehmen, in denen es um die Finanzierung unabhängiger Jugendarbeit und um politische Bildung im Ring politischer Jugend geht. Das ist vielleicht ein bisschen zu sehr detailliert. Deshalb würden wir das vielleicht redaktionell etwas verkürzen, wenn ihr einverstanden seid. Aber wir wollen es in der Sache übernehmen, sodass wir darüber auch nicht mehr streiten müssen.

Im Übrigen hatten wir von Cornelia Östreich verschiedene Vorschläge, die die Frauenpolitik betreffen, die wir alle richtig und einleuchtend fanden. Wir würden vielleicht an einer Stelle noch einmal formulieren, aber in der Sache nichts ändern. Mit dieser Maßgabe würde ich das gerne auch zur Annahme empfehlen.

(Beifall)

Dann hat es von Eckart Kuhlwein den Vorschlag gegeben, etwas zur Streitschlichtung zu sagen. Wir wollen jetzt von den zwei Sätzen einen übernehmen, den wir etwas verändern. Es heißt dann: Die Streitschlichtung zwischen Investoren und Nationalstaaten sollte möglichst durch reguläre öffentliche Gerichte erfolgen. - Im Übrigen sind wir uns in der Sache einig, was das Freihandelsabkommen in der Sache betrifft, sodass wir das auch dort so übernehmen und damit nicht abstimmen müssen.

Es gibt im Übrigen - das will ich dazusagen - mit der Beschlussfassung über den Gesamtantrag unsere Empfehlung, dass wir die weiteren Anträge, die aus den Gliederungen gestellt worden sind, EU 1 und EU 2, für erledigt erklären.

Es bliebe also, was den Europaantrag selbst betrifft, eine einzige Frage offen. Das will ich kurz erläutern. Es gibt von den Jusos neben den anderen Vorschlägen, die wir alle übernommen haben, auch noch den Vorschlag, dass wir nicht nur, was jetzt in dem Text steht, die Bedingungen nennen, die für uns für ein Freihandelsabkommen gelten. Eckart Kuhlwein und verschiedene andere haben ja gesagt, da sind wir auch besser geworden, das ist jetzt alles sehr klar und schön formuliert. Es gibt den Vorschlag, dass man jetzt auch noch sagt: Obwohl das erst 2016 soweit ist, sagen wir jetzt schon: Wenn unsere Bedingung nicht erfüllt wird, lehnen wir das definitiv ab! - Da glauben Martin Schulz, Sigmar Gabriel und andere, dass das für das Programm jetzt vielleicht nicht die geschickteste Weise ist, wie man sich in einen solchen Wahlkampf begibt, zu dem wir ja sagen: Wir setzen uns ja mit unserer Haltung durch, insbesondere mit dem neuen künftigen Präsidenten der EU-Kommission Martin Schulz, und müssen dann nicht jetzt schon sagen: „Wir sagen gleich, damit wir uns selber glauben, wir

lehnen das dann auf alle Fälle ab“, obwohl ja die Bedingungen von uns identisch formuliert sind. Deshalb würden wir an dieser Stelle vorschlagen, dass wir dem Votum nicht folgen und das Votum der Antragskommission, über das ja abgestimmt ist, das nicht zu übernehmen.

(Beifall)

Abstimmung

Niels Annen, Parteitagspräsidium: Lieber Olaf, herzlichen Dank nicht nur für den Vortrag, sondern vor allem für die Arbeit, die du hier für und mit der Antragskommission geleistet hast!

Auch den Antragstellern herzlichen Dank für ihre Kompromissbereitschaft!

Da ich zu dem Vortrag keinen Widerspruch gehört habe, werden wir jetzt so verfahren.

Ich lasse jetzt über das Votum der Antragskommission abstimmen. Olaf Scholz hat das eben erläutert. Es geht um die Einführung nach Zeile 661. Das Votum der Antragskommission lautet: Ablehnung. Wer ist für das Votum der Antragskommission? - Wer ist dagegen? - Damit ist dem Votum der Antragskommission mit einigen Gegenstimmen gefolgt. Herzlichen Dank, liebe Genossinnen und Genossen!

Wir kommen jetzt zur Endabstimmung über den Initiativantrag „Europa eine neue Richtung geben“ in der geänderten Fassung der Antragskommission, die euch vorgelegt worden ist. Ich frage euch: Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit einer Enthaltung ohne Gegenstimmen angenommen worden. Herzlichen Dank und uns einen guten Start in die Europawahlkampagne!

(Beifall)

Wir haben jetzt noch kurz über den Initiativantrag IA 3 abzustimmen, der euch vorliegt. Es geht um das Verbot einer Gen-Mais-Sorte 1507. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? - Die Gegenprobe? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so erfolgt.

Ich bedanke mich sehr für eure Geduld und für die Bereitschaft, hier trotz der reduzierten Debattenzeit mitzuwirken, und übergebe an Gabriele. Herzlichen Dank!

Gabriele Lösekrug-Möller, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben noch einen Antragsbereich offen. Das sind die themenübergreifenden Anträge. Dazu stehen alle Empfehlungen im Antragsbuch. Ich will euch sagen: Es gibt einen Antrag TH 9, zu dem ein schriftlicher Änderungsantrag aus dem Bezirk Hannover vorliegt. Es geht darum, das Wahlalter 16 auf allen Ebenen zu ermöglichen. Dem hat die Antragskommission zugestimmt. Ihr habt auf euren Tischen gesehen, dass es auch einen Initiativantrag von Selbst Aktiv gibt, den wir hier auch mit aufrufen wollen. Die

Antragskommission empfiehlt: Überweisung an die Bundestagsfraktion und den Parteivorstand.

Ich habe zu dem gesamten Themenkomplex keine Wortmeldung mehr. Deshalb sage ich: Ich bedanke mich bei allen, die sich an der vorigen Debatte beteiligt haben, und ich bedanke mich bei jenen, die jetzt auf eine Wortmeldung verzichtet haben.

Insofern darf ich gleich den Gesamtkomplex zur Abstimmung stellen, weil ich unterstelle: Wir stimmen jetzt über alle Vorschläge der Antragskommission ab. Wer das befürwortet, der zeigt das jetzt bitte mit der Karte. - Gibt es Gegenstimmen? - Wenige Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Eine. Deshalb sind jetzt alle Anträge entsprechend dem Vorschlag der Antragskommission angenommen. Ich bedanke mich sehr!

(Beifall)

Schlusswort

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir kommen zum vorletzten Tagesordnungspunkt: Schlusswort

Bleibt bitte noch hier, weil wir uns freuen, dass wir diejenigen, die uns schon einmal durch einen Parteitag begleitet haben, den Kölner Jugendchor, noch einmal zu Gast haben und mit ihm das Schlusslied singen. Ihr könnt ruhig ein bisschen nach vorne kommen.

(Beifall)

Ich will mich beim Tagungspräsidium und bei allen Helferinnen und Helfern bedanken, die auch hier im Haus gearbeitet haben, damit wir diesen Parteitag durchbekommen.

Das war es schon. Jetzt singen wir zum Abschluss. Vielen Dank, dass der Jugendchor noch einmal zu uns gekommen ist! Wir haben gedacht: Ihr macht es besser als alles, was wir bisher hatten. Deswegen freuen wir uns, hier zuzuhören, und wenn es geht - wer noch bei Stimme ist - auch mitzusingen.

(Chor: Europahymne „Ode an die Freude“ - Beifall - „Wann wir schreiten Seit’ an Seit“ - Beifall)

Ende des Parteitages: 18.04 Uhr.

Anhang

Delegierte

Baden-Württemberg

Arnold, Rainer
Behnke, Elfriede
Boos, Luisa
Breymaier, Leni
Chianta, Lillo
Distler, Katrin
Drakul, Petar
Dristram, Christian
Eckert, Klaus
Erler, Gernot
Esken, Saskia
Graner, Karlheinz
Gremmelspacher, Judith
Hahn, Leon
Harsch, Daniela
Hertenstein, Dorothea
Jung, Johannes
Karaahmetoglu, Macit
Kollmer, Christian
Lange, Christian
Löw, Jens Ulrich
Lutz, Udo
Majer, Tanja
Majer, Thorsten
Marvi, Parsa
Mast, Katja
Perc, Dejan
Pfaff, Raphael
Repasi, Rene
Rieß, Vanessa
Sagasser, Tanja
Sawade, Annette
Schäfstöß, Nicolas Christoph
Schiele, Andrea
Schlegel, Dorothee
Schmidt-Kühner, Regina
Schöning-Kalender, Claudia
Schwarzelühr-Sutter, Rita
Simon, Peter
Soeder, Christian
Spörkel, Ralf
Vesper, Fabienne
Volz, Tobias
Weber, Jonas
Wölfle, Sabine

Bayern

Aures, Inge

Bachmann, Brigitte
Bahr, Ulrike
Barthel, Klaus
Baumann, Oliver
Baur, Hannelore
Bergmann, Uwe
Brand, Richard
Brückner, Jakob
Dees, Philipp
Dlugosch, Peter
Dumler, Norbert
Eder, Marietta
Eichelsbacher, Manfred
Erdogan, Abuzar
Ertug, Ismail
Fischer, Roland
Fischer, Sebastian
Flisek, Christian
Foitzik, Johannes
Förster, Heinrich Linus
Freund, Florian
Frisch, Maximilian
Göller, Bettina
Graf, Angelika
Grötsch, Uli
Hacker, Bertram
Hansen, Heidi
Heidrich, Annette
Höllein, Carsten
Jabs, Ingeborg
Kalteis, Daniel
Kofler, Bärbel
König, Anja
Kramme, Anette
Kraus, Annemarie
Mattes, Ralf
Maurer, Marco
Merzbacher, Jonas
Müller, Ruth
Negele, Christine
Olbrich, Gerhard
Pawlovsky, Hans
Peitzsch, Wolfgang
Rolloff, Sebastian
Rothmayer, Julia
Röver, Jens
Rützel, Bernd
Schieren, Stefan
Schmid, Herbert
Schmidt, Horst
Schrock, Christine
Schrodi, Michael
Schurer, Ewald
Schwarz, Andreas
Sommerfeld, Olaf
Stamm-Fibich, Martina

Steiner, Mirjam Beate
Strogies, Victor
Tausend, Claudia
Thanheiser, Evi
Tichai, Markus
Träger, Carsten
Uekermann, Johanna
Unfried, Harald
van Eckert, René
Vilsmeier, Bernd
Vogel, Christian
Volkwein, Petra
Weikert, Angelika
Weiß, Amely
Winkelmaier, Oliver
Woitok, Niklas

Berlin

Bozkurt, Aziz
Buttgereit, Monika
Draeger, Almuth
Drathschmidt, Nicolas
Drewnicki, Robert
Halsch, Karin
Komoß, Stefan
Kühnert, Kevin
Matz, Martin
Morgenstern, Vera
Much, Marek
Neumeyer, Sarah
Nowacki, Petra
Özkaraca, Erol
Schmidt, Matthias
Senftleben, Peter
Siebert, Ingo
Sommer, Ulrike
Stock, Heike
Teller, Klaus

Brandenburg

Artz, Katja
Bock, Tilmann
Danckert, Peter
Hackenschmidt, Barbara
Holzschuher, Ralf
Koß, Simona
Krause, Kathleen
Maaß, Christian
Wicklein, Andrea

Braunschweig

Breier, Martina
Dettmann, Udo
Dick, Charlotte Rosa
Fahlbusch, Susanne

Glosemeyer, Immacolata
Grund, Ilona
Hensel, Falk
Heuer, Jörg
Holletzek, Doris
Kreiser, Dunja
Meister, Gerd
Pantazis, Christos
Perik, Muzaffer
Schulze, Antina
Schwarz, Jan

Bremen

Adam, Dieter
Aytas, Ruken
Böhrnsen, Sören
Bronke, Karl
Herzog, Janne
Lückert, Brigitte
Ryglewski, Sarah
Schuster, Joachim

Hamburg

Damerau, Inka
Dobusch, Gabi
Dräger, Gesine
Herbers, Rudolf
Odebrecht, Julia Dela Miriam
Rabe, Ties
Schlotzhauer, Melanie
Schmager, Ronja
Schomburg, Bettina
Schreiber, Markus
Schwinke, Karl
Stapelfeldt, Dorothee
Timmermann, Juliane
Tschentscher, Peter
Weiland, Nils Gustav

Hannover

Auditor, Matthias
Beckord, Heike
Diebel-Geries, Bärbel
Dobslaw, Andreas
Feindt, Klaus-Dieter
Friedemann, Waltraud
Gronenberg, Lea
Hansmann, Rudolf
Hansmann, Silke
Hoffmann, Ines
Kemper, Claudia
Klecha, Stephan
Kuntscher, Leonard
Le Butt, Philip
Lotze, Hiltrud

Meier, Sylvia
Meinhold, Walter
Niebuhr, Stefan
Reddeck, Ingo
Schmalstieg, Philipp
Schostok, Stefan
Schröder-Ehlers, Andrea
Schröder-Köpf, Doris Maria
Schwarze, Horst
Seidel, Marcus
Sohl, Alexander
Stadler, Svenja
Stephan, Inga
Tippelt, Sabine
van der Zanden, Lisa
von Groddeck, Eva
Watermann, Ulrich
Weil, Stephan
Zangerle, Maren

Hessen-Nord

Bartol, Sören
Behrend, Erich
Damm, Volker
Demmer, Nicole
Depta, Helmut
Erdmann, Uta
Fehr, Manfred
Fiedler, Sebastian
Fischer, Olga
Gremmels, Timon
Hartdegen, Tanja
Heipel, Tabea
Helmis, Maria
Jäger, Carina
Johne, Michael
Kilimann-Bouchon, Petra
Lindner, Bernhard
Milas, Anette
Sandner, Birgit
Schäfer, Enrico
Schlitzberger, Udo
Spanknebel, Björn
Spies, Thomas
Telschow, Gerhard
Vogt, Birgit
Warnecke, Torsten
Werner, Martina

Hessen-Süd

Bastian, Swen
Benz, Hanno
Bullmann, Udo
Costanzo, Vivien
Degen, Christoph
Dittmar, Ansgar

Eckert, Tobias
Faeser, Nancy
Fleckenstein, Jensen
Gasper, Jürgen
Geier, Catrin
Gniza, Tobias
Grobeis, Oliver
Grüger, Stephan
Habekost, Oliver
Herget, Marie-Christine
Hoffmann, Annabelle
Josef, Mike
Kaffenberger, Bijan
Karademir, Hidir
Körner, Gerd
Kötschau, Stephanie
Langwasser, Elisabeth Rebekka
Laudenschleger, Nadeschda
Müller, Carsten
Müller-Puhlmann, Michael
Nissen, Ulrike
Pfaff, Karlheinz
Pipa, Erich
Podstatny, Roger
Polat, Murat
Polster, Harald
Rabanus, Martin
Reichenbach, Gerold
Reuter, Michael
Rottloff, Simon
Schabedoth, Hans-Joachim
Seewald, Ilja-Kristin
Spiegelberg, Christian
Volk-Borowski, Dennis
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wingerter, Sven
Yüksel, Turgut
Zapf, Uta
Zimmermann, Jens
Zypries, Brigitte

Mecklenburg-Vorpommern

Borchert, Rudolf
da Cunha, Philipp
Pleiß, Brigitte
Schumann, Stephan
Steffen, Sonja

Nord-Niedersachsen

Behrens, Daniela
Brauns, Gerd
Fischer, Erika
Gudella de Graaf, Ute
Hinck, Hans-Werner
Jantz, Christina
Johannßen, Claus

Starke-Heinbokel, Katja
Tiemann, Petra

Nordrhein-Westfalen

Albrecht-Mainz, Elia
Arcais, Andrea
Bähr-Losse, Bettina
Banschkus, Bernd
Baran, Volkan-Tevfik
Bas, Bärbel
Bauer, Hannelore
Bell, Dietmar
Bender, Thorsten
Bennarend, Jens
Bischof, Arno
Blienert, Burkhard
Blum, Ulrich
Böhse, Friedel
Bollermann, Gerd
Bölling, Wolfgang
Brambrink, Ann Katrin
Bröker, Gabriele
Buschfort, Wolfgang
Butz, Maren
Chatha, Damian
Cikoglu, Atilla
Coße, Jürgen
Cziehso, Brigitte
Dauskardt, Michael
Dieren, Anna Luise
Donner, Heinrich
Duscha, Peter
Engel, Claudia
Erdle, Phillip
Esdar, Wiebke
Fabian, Norbert
Falszewski, Benedikt
Fink, Lothar
Fuhrmann-Hartmann, Gerda
Gebhard, Heike
Groeger, Bernd
Gronau, Beate
Groß, Michael
Hammer, Sebastian
Harder, Ernesto
Harrendorf-Vorländer, Birgit
Härtel, Birgit
Hartmann, Sebastian
Heitkamp, Micha
Herter, Marc
Hilgers, Friedhelm
Hilser, Dieter
Hinz, Petra
Hugonin, Monika
Hyzak, Helmut
Jahl, Armin

Janke, Oliver
Joisten, Christian
Kaczmarek, Oliver
Kaiser, Rolf
Kalkreuter, Matthias
Kerst, Valentina
Kirschenbaum, Erwin
Klanke, Christiane
Koch, Karsten
Konzelmann, Thorsten
Krämer, Konrad
Krause, Eva-Maria
Krützen, Klaus
Kuiper, Manfred
Kulla, Angelika
Küpper, Anne
Laaser, Sebastian
Lachmann, Holger
Lehmkuhl, Reiner
Leonhardt, Nadine Renee
Lipprandt, Sabrina
Löhr, Karin
Ludwig, Svenja
Lührs, Monika
Lux, Eva
Meier, Michael
Meiers, Ute
Merkel, Wolfgang
Mühlenfeld, Dagmar
Müller, Sabina
Müntefering, Michelle
Mützenich, Rolf
Nietan, Dietmar
Nitsch, Christian
Ott, Jochen
Peters, Martin
Peters, Tobias
Philipp, Sarah
Pliete, Beate
Plügge, Michael
Pock, Ulrich
Podolski, Patricia
Presch, Dirk
Pulpanek-Seidel, Ursula
Radtke, Sabine
Ramers, Markus
Rasp, Peter
Renner, Stephan
Richhardt, Elena
Rimkus, Andreas
Rode-Bosse, Petra
Römer, Norbert
Sauerwein, Werner
Schäfer, Axel
Schall, Dörte
Schilling, Björn

Schmeltzer, Rainer
Schmidt, Jochen
Schmidt, Manuel
Schneider, Astrid
Scho-Antwerpes, Elfi
Schrameyer, Elisabeth
Schulte, Gabriele
Schultheis, Karl
Schulze, Svenja
Schütten, Rainer
Schwartz, Stefan
Servos, Gertrud
Spinrath, Norbert
Stalder, Mandy
Stinka, Andre
Stratmann, Marita
Stucke, Ingo
Tacer, Philipp
Tiedtke, Sina
Tigges, Margit
Tsalastras, Apostolos
Ünalgan, Taner
Utech, Richard
van den Berg, Guido
Viehmeister, Frauke
Vogt, Alexander
Vöpel, Dirk
Walther, Claudia
Weinkauf, Heide
Weiß, Rüdiger
Weller, Jürgen
Wietheger, Karin
Wischnewski, Hans-Werner
Wittebur, Klemens
Yüksel, Gülistan
Yüksel, Serdar
Zalfen, Michael
Zorlu, Sara
Zwilling, Peter

Parteivorstand

Ahnen, Doris
Annen, Niels
Budde, Katrin
Crone, Petra
Dulig, Martin
Engelmeier-Heite, Michaela
Ferner, Elke
Friedrich, Peter
Gabriel, Sigmar
Griese, Kerstin
Groschek, Michael
Heil, Hubertus
Kraft, Hannelore
Lösekrug-Möller, Gabriele
Maas, Heiko-Josef

Mansury, Homaira
Matschie, Christoph
Miersch, Matthias
Özoguz, Aydan
Poß, Joachim
Pronold, Florian
Schäfer-Gümbel, Thorsten
Schild, Armin
Schmidt, Dagmar
Scholz, Olaf
Schulz, Martin
Schwesig, Manuela
Sieling, Carsten
Stegner, Ralf
Stöß, Jan
Vogt, Sascha
Vogt, Ute
Woidke, Dietmar

Rheinland-Pfalz

Allroggen-Bedel, Agnes
Barley, Katarina
Barnett, Doris
Beck, Kurt
Bruch, Karl Peter
Brück, Bettina
Conrad, Jürgen
Ebert, Alexander
Gorges, Johannes
Gros, Anna
Guckenbiehl, Oliver
Guth, Jens
Hartmann, Michael
Herbst, Corinne
Hitschler, Thomas
Hussong, Gerhard
Hütten, Achim
Jenssen, Jens
Kukatzi, Bernhard
Küsel-Ferber, Karin
Maschino, Oliver
Maurer, Michael
Mockenhaupt, Thomas
Nahles, Andrea
Neuser, Norbert
Pörksen, Carsten
Raab, Heike
Ramsauer, Günther
Rauschkolb, Jaqueline
Rinder, Brigitte
Scherer, Manfred
Schweitzer, Alexander
Seiler, Stefanie
Sippel, Heiko
von Rettberg, Alexander
Wehner, Thorsten

Saarland

Altesleben, Bettina
Barkem, Jürgen
Berg, Petra
Clivot, Michael
Commercon, Ulrich
Henkel, Sandra
Hiry, Johannes
Hoffmann-Bethscheider, Cornelia
Jenni, Birgit
Jung, Magnus
Kolb, Gisela
Krutten, Stefan
Kurtz, Hans-Peter
Morsch, Anke
Pauluhn, Stefan
Petry, Christian
Rehlinger, Anke
Renner, Jürgen
Roth, Eugen
Straßberger, Ellen
Thul, Sebastian
Waluga, Günter
Weber, Volker
Yliniva-Hoffmann, Anne Mirjami
Zieder-Ripplinger, Margriet

Sachsen

Brangs, Stefan
Ecke, Matthias
Homann, Henning
Hühn, Caroline
Kolbe, Daniela
Kreutziger, Gerhild
Zabel, Benjamin

Sachsen-Anhalt

Eichler, Wolfgang
Gensecke, Katrin
Grube, Falko
Keune, Kornelia
Pähle, Katja
Wiechmann, Peter

Schleswig-Holstein

Birke, Hans-Helmut
Bolln, Stefan
Borchert, Götz
Breitner, Andreas
Buder, Detlef
Danhier, Susanne
Daude, Ulf
Dolgner, Kai
Eickhoff-Weber, Kirsten

Fronzek, Brigitte
Habersaat, Martin
Hagedorn, Bettina
Hansen, Angelika
Heinemann, Bernd
Klein, Melanie Sabine
Koch, Bettina
Kreft, Enrico
Kuhlwein, Eckart
Östreich, Cornelia
Rodust, Ulrike
Speichert, Anne-Christin
Stein, Mathias
Wagner, Alexander
Winter, Lars

Thüringen

Becker, Dagmar
Giebe, Markus
Giesder, Fabian
Gleicke, Iris
Heß, Petra
Lehmann, Diana
Machnig, Matthias

Weser-Ems

Block, Volker
Börgmann, Johann
Eiben, Florian
Forster, Hans
Kater, Kristian
Kirchner, Wolfgang
Köpke, Jürgen
Kröger, Andreas
Laaken, Sascha
Logemann, Karin
Mittag, Susanne
Molde, Lara
Peters, Johann Wilhelm
Reuber, Traute
Rohde, Dennis
Schmikale, Marcel
Schröder, Remmer
Schulte, Jenna Juliane
Schweer, Daniel
Zimmermann, Sabine

Redner

Dulig, Martin	19
Fabian, Norbert	80
Fahimi, Yasmin	49, 60
Friedrich, Peter	77
Gabriel, Sigmar	5, 61, 86
Gremmels, Timon	71
Grüger, Stephan	69
Kater, Kristian	39, 48, 60, 66
Kaufmann, Sylvia-Yvonne	67
Kuhlwein, Eckart	74
Lösekrug-Möller, Gabriele	85
Meinhold, Walter	21
Nietan, Dietmar	55, 66
Orioli, Victoria	70
Östreich, Cornelia	74
Schäfer, Axel	75
Scheer, Nina	78
Scholz, Olaf	40, 81
Schulz, Martin	22
Stegner, Ralf	43, 48
Tretbar-Endres, Martin	79
Uekermann, Johanna	73
Weiß, Amely	76

Beschlüsse

Inhaltsverzeichnis

Übersicht über die angenommenen und überwiesenen Anträge.....	88
Europa.....	90
Themenübergreifende Anträge	105
Weitere Anträge	113

Übersicht über die angenommenen und überwiesenen Anträge

(Die angenommenen Anträge sind fett gedruckt)

	Antragstellende	Überschrift	Beschluss	Seite/n
IA 1	Parteivorstand (LEITANTRAG)	Europa eine neue Richtung geben	angenommen	91 – 103
IA 3	Parteivorstand	Zulassung von gentechnisch verändertem Mais 1507 ablehnen	angenommen	104
Th 1	02/12 Petersburger Platz (Landesverband Berlin)	Kosten Mitgliedervotum	überwiesen an die Kontrollkommission, Aussprache dazu in der SchatzmeisterInnen- und KassiererInnenkonferenz und Erwähnung im nächsten Rechenschaftsbericht des Schatzmeisters	105
Th 2	02/12 Petersburger Platz (Landesverband Berlin)	Mitgliederbegehren - Waffengleichheit	überwiesen an organisationspolitische Kommission	105
Th 3	Landesorganisation Hamburg	Diskriminierung nach Alter beenden	überwiesen an Bundestagsfraktion	105
Th 5	Unterbezirk Delmenhorst (Bezirk Weser-Ems)	Gute Arbeit, faire Löhne	überwiesen an Bundestagsfraktion und Bundes-SGK	106
Th 6	Unterbezirk	Reform der Minijobs	überwiesen an	106

	Delmenhorst (Bezirk Weser-Ems)		Parteivorstand	
Th 7	Unterbezirk Rotenburg (Bezirk Nord-Niedersachsen)	Umschulungsunterstützung in den sozialpflegerischen Berufen	überwiesen an Bundestagsfraktion und Parteivorstand	106
Th 8	Ortsverein München Solln (Landesverband Bayern)	Asyl für Edward Snowden	überwiesen an Bundestagsfraktion	107
Th 9	Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)	Aktives kommunales Wahlrecht mit 16	angenommen	108
Th 10	Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)	Sprachkurse für alle Zuwanderer	angenommen	108
Th 11	Ortsverein Hannover Mitte (Bezirk Hannover)	Datenschutz verbessern- Informationelles Selbstbestimmungsrecht stärken	überwiesen an Bundestagsfraktion und Parteivorstand	108
Th 13	Ortsverein Insel Usedom (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)	"Peenemünde" mit Hilfe des Bundes als Museum und Gedenkstätte entwickeln	angenommen	109
Th 14	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)	Keine Mauschelei bei Toll-Collect	überwiesen an Bundestagsfraktion	110
Th 17	Ortsverein Insel Usedom (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)	Berlin-Usedom/Uznam in 2 Stunden durch Wiederherstellung der Eisenbahn-Südanbindung der Insel Usedom	überwiesen an Bundestagsfraktion	110
Th 18	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)	Bundeswehrstandorte	überwiesen an Kommission Sicherheit und Bundeswehr des Parteivorstandes	110
IA 2	Parteivorstand	§ 23 Parteivorstand	angenommen	111
IA 4	Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv	UN-BRK jetzt umsetzen - Chancen auf eine inklusive Gesellschaft nutzen	überwiesen an Bundestagsfraktion und Parteivorstand	112

Angenommene und überwiesene Anträge

Europa

IA 1 Parteivorstand (LEITANTRAG)

(angenommen)

Europa eine neue Richtung geben

Europa ist das größte Zivilisationsprojekt des 20. Jahrhunderts. Seine Idee ist verbunden mit der Idee der Aufklärung und der Emanzipation. Europa hatte und hat das Ziel, das friedliche und demokratische Miteinander der Menschen auf unserem Kontinent zu sichern, indem es auf den Ideen von Freiheit, Gleichheit und Solidarität aufbaut.

Doch diese Idee droht unkenntlich zu werden. Deshalb muss sich etwas ändern in Europa! Europa ist in keinem guten Zustand. Das europäische Projekt verliert an Vertrauen. Immer mehr Menschen zweifeln an seinem Wert und Nutzen und an den europäischen politischen Institutionen.

Vertrauen in die europäische Idee zurückgewinnen

Es ist einfach und gefährlich zugleich, das europäische Projekt abzuschreiben oder schlechtzureden. Die Europäische Union dagegen zu verstehen und ihre Mängel und Fehler zu bekämpfen, ist anstrengend – aber jeder Mühe wert! Europa muss und kann anders sein. Es kann unser Europa sein.

Das Europa derjenigen, die sich mit Energie und Kraft für Frieden und Menschenrechte einsetzen, die ohne Wenn und Aber für gesundes und sauberes Wachstum, gute Arbeit und starke soziale Rechte sind, die sich mit Empörung gegen die Dominanz der Finanzmärkte aussprechen, die sich an Entscheidungen in Europa beteiligen wollen und ihre Stimme zur Geltung bringen wollen, die bei den schrecklichen Fernsehbildern von verzweiferten Flüchtlingen an Europas Grenzen nicht die Augen verschließen, und diejenigen, die in der Europäischen Zusammenarbeit die einzige realistische Chance sehen, all dies zu verwirklichen.

Wir müssen und werden nicht aufhören, genau für dieses Europa zu kämpfen. Denn zu behaupten, wir könnten das in Deutschland alles alleine viel besser regeln, vielleicht sogar mit D-Mark und geschlossenen Grenzen, ist eine gefährliche Illusion, die von Populisten gerne als einfache Lösung für die Herausforderungen der EU präsentiert wird. Es ist nicht einfach, aber möglich, Europa auf einem guten Weg voranzubringen.

Europa kann auf beeindruckende Erfolge zurückblicken. Es ist das weltweite Pionierprojekt für eine staatenübergreifende Zusammenarbeit und Demokratie. Aufklärung, Emanzipation der Bürgerinnen und Bürger mit starken Rechten, die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern,

der entschlossene Kampf gegen Diskriminierung, ein respektvoller, friedlicher Umgang miteinander über Sprach- und Landesschranken hinweg – das ist eine Erfolgsgeschichte ohne Gleichen. Ein Selbstläufer ist diese Geschichte nicht.

Wir treten dafür an, dass das europäische Projekt nicht noch weiter an Vertrauen verliert. Immer mehr Europäerinnen und Europäer zweifeln und gehen mit der EU hart ins Gericht. Sie nehmen Europa als abgehoben und bürokratisch wahr. Sie haben ganz andere Erwartungen an Europa.

Sie wollen ein Europa, das sie beschützt – als Eltern, als Kinder, als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, als Arbeitslose, Rentner, Verbraucher, Sparer, als Investoren oder als Bürgerinnen und Bürger. Sie wollen kein Europa, das verantwortungslose Banken unterstützt, das in großem Stil Steuerflucht toleriert, das Entscheidungen hinter verschlossenen Türen trifft, das Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegeneinander ausspielt oder Kommunen drängt, die eigenen Wasserbetriebe oder die Sparkassen zu privatisieren.

Damit Europa wieder mehr Vertrauen schafft und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft in uns weckt, muss die europäische Idee neu gedacht werden. Wir brauchen einen Politik- und Stilwechsel in Europa. Wir brauchen mehr Beteiligung an europapolitischen Diskussionen und Entscheidungen. Wir müssen eine europäische Öffentlichkeit schaffen, die auch außerhalb von Spartenkanälen und Fachzeitschriften stattfindet. Wir müssen uns über die Zukunft Europas dauerhaft und auf demokratischem Weg streiten. Wahlen alle fünf Jahre sind bei weitem nicht genug für die Debatte, die wir brauchen!

Wir müssen Europa eine neue Richtung geben. Offen, vielfältig, lernfähig muss es sein, nicht: geschlossen, elitär, bürokratisch. Wir müssen klarstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger und das Parlament das letzte Wort haben, und nicht Technokraten oder gar Wirtschaftsinteressen.

Wir müssen dafür sorgen, dass europäische Politik so gemacht wird, dass sie einen konkreten Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger hat. Also: beim Schutz ihrer sozialen Rechte, nicht bei deren Abbau. Beim Schutz ihrer Spareinlagen, nicht für den Schutz von Banken. Beim Schutz der Umwelt, nicht ihrer Zerstörung. Beim Schutz der regionalen Vielfalt, nicht bei deren Einebnung.

Wir wollen eine Politik für Europa, die nur das regelt, was nicht lokal, regional und national besser geregelt werden kann. Dort, wo es allerdings auf gemeinsame europäische Antworten ankommt, brauchen wir ein handlungsfähiges Europa mit starken demokratischen Institutionen.

Das, was im 20. Jahrhundert mit der sozialen Marktwirtschaft im nationalen Rahmen gelungen ist, muss im 21. Jahrhundert auf europäischer Ebene erneut erkämpft und gesichert werden: Eine gerechte, demokratische und soziale Ordnung der Märkte, die das Wirtschaften auf den Wohlstand Aller und nicht den Reichtum einiger Weniger verpflichtet.

Wir wollen erreichten Wohlstand behaupten und neuen erarbeiten. Dafür brauchen wir die beste Bildung, einen fairen Wettbewerb, gute Ideen und eine gehörige Portion Mut und Vertrauen – in die europäischen Werte und die Zukunft Europas.

Die Europawahl 2014 ist angesichts dieser Herausforderungen die wichtigste Europawahl seit langem. Sie stellt politische Weichen, die mit darüber entscheiden werden, ob Europa weiter zusammenhält und sich gemeinsam aus der Krise heraus eine gute Zukunft entwickeln kann – oder ob Europa zurückfällt in alte Muster nationaler Konkurrenz und nationaler Ressentiments, die letztlich Allen schaden und Frieden, Wohlstand und Demokratie auf unserem Kontinent in Frage stellen.

Die Europawahl hat auch deshalb eine völlig neue Qualität, weil die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar als bisher erstmals darüber mitentscheiden werden, wer künftig Präsident der Europäischen Kommission sein wird. Als erste der Parteienfamilien hat die europäische Sozialdemokratie einen gemeinsamen Kandidaten für die Europawahl und das Amt des EU-Kommissionspräsidenten nominiert.

Wir sind stolz, dass mit Martin Schulz ein deutscher Sozialdemokrat dieser erste Spitzenkandidat aller europäischen Sozialdemokraten sein wird und dadurch nächster EU-Kommissionspräsident werden kann.

Europa braucht neue politische Mehrheiten im Europäischen Parlament und einen neuen politischen Kurs an der Spitze der EU-Kommission. Mit einem sozialdemokratischen Erfolg bei der Europawahl ist dieser politische Wandel möglich!

Ein Europa der Bürgerinnen und Bürger - nicht der Banken und Spekulanten

Wir wollen, dass Europa die treibende Kraft für eine neue Ordnung der Finanzmärkte ist, die diese auf ihre dienende Funktion gegenüber der Gesellschaft und der realen Wirtschaft zurückführt. Daran, ob dies Europa gelingt, wird sich wesentlich mitentscheiden, ob unser europäisches Modell einer sozialen Marktwirtschaft auch in Zukunft Bestand haben wird. Wir müssen den Primat der Politik gegenüber den Finanzmärkten wieder zurückgewinnen.

Wer durch exzessive Spekulation und Profitgier die Krise verursacht hat, muss auch für ihre Kosten aufkommen. Auch wollen wir, dass künftig in erster Linie die Banken selbst für ihre Risiken haften – und nicht die Steuerzahler. Im Falle von Bankenpleiten muss der Teufelskreis zwischen Bankenschulden und Staatsschulden wirksam durchbrochen werden. Nie wieder dürfen wir zulassen, dass Banken und andere Akteure auf den Finanzmärkten ganze Volkswirtschaften und Staaten mit in den Strudel ziehen können.

- **Eine handlungsfähige Banken-Union:** Die Banken-Union, die sich aus der gemeinsamen Aufsicht, einem Mechanismus zur Bankenabwicklung und einem System der Einlagensicherung zusammensetzt, ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass künftig Bankenpleiten auf Kosten von Steuerzahlern vermieden werden können. Wir wollen einen zügigen Aufbau eines einheitlichen europäischen Abwicklungsfonds für die systemrelevanten grenzüberschreitenden Banken, der perspektivisch vollständig durch Bankenabgaben finanziert werden soll, deren Höhe sich an Systemrelevanz, Größe und Risikoprofil von Banken orientiert. Ein solcher Fonds muss auf rechtssicherer Grundlage errichtet werden und seine Verfahrensweisen praktikabel ausgestaltet sein. Insbesondere ist sicherzustellen, dass Eigentümer und Gläubiger durch eine klare Haftungskaskade konsequent vorrangig herangezogen werden.
- **Steuer gegen Spekulation:** Die Finanztransaktionssteuer muss zügig mit niedrigem Steuersatz und breiter Bemessungsgrundlage umgesetzt werden. Damit die Krisenverursacher endlich auch die Krisenkosten mittragen! Die Politik des Aufschiebens und Verschleppens durch Konservative und Liberale muss endlich ein Ende haben.
- **Bessere Regeln für Banken und Finanzmärkte:** Die vereinbarten strengeren Eigenkapitalvorschriften für Banken müssen noch weiter ergänzt werden. Wir wollen gerade auch auf europäischer Ebene eine deutlichere Einschränkung riskanter Geschäfte und eine striktere Trennung von Investment- und Geschäftsbanking. Akteure des sogenannten Schattenbanksektors, vor allem die hochspekulativen Hedgefonds, müssen endlich so reguliert werden, dass für sie die gleichen Maßstäbe und Pflichten gelten wie im klassischen Bankensektor. Der Hochfrequenzhandel muss effektiv eingedämmt werden, Rohstoff- und Nahrungsmittelspekulationen müssen beendet werden. Derivate müssen

künftig auf transparenten und geregelten Handelsplattformen gehandelt werden. Und wir wollen, dass in Europa alle Finanzprodukte von einem öffentlichen Finanz-TÜV geprüft werden, bevor sie auf den Markt gelangen. Wir fordern, dass die europäischen Regierungen ihre finanzpolitische Verantwortung stärker wahrnehmen, damit sich die EZB auf ihre Kernaufgaben konzentrieren kann.

- **Striktere Regeln für Rating-Agenturen:** Außerdem bedürfen Rating-Agenturen einer strikteren Regulierung. Das Gewicht ihrer Ratings bei der Bewertung der Kreditwürdigkeit von Unternehmen und Finanzprodukten muss weiter reduziert werden. Wir wollen auch die Gründung europäischer Ratingagenturen fördern.

Ein Europa der Vielfalt - nicht des Zentralismus

Die Vielfalt der Kulturen und Sprachen, der Städte, Kommunen und Regionen ist Teil des kulturellen Reichtums unseres Kontinents und zeichnet Europa aus. Diese Vielfalt ist eine Stärke. In unserem Europa der offenen Grenzen ermöglicht sie uns allen Erfahrungen, die uns mit anderen Kulturen zusammenbringen und uns Neues zeigen. So entsteht ein Erfahrungsschatz, der eine wichtige Grundlage für Weltoffenheit, Toleranz und Demokratie in unseren Gesellschaften ist. Wir wollen deshalb ein Europa, das Vielfalt respektiert und wo immer möglich fördert.

- **Subsidiarität:** Politisch bedeutet Respekt für Vielfalt in Europa, dass Aufgaben dort angepackt werden sollten, wo sie am besten politisch zu lösen sind. Die EU sollte nur das regeln, was die Städte, Kommunen, Länder oder Staaten nicht besser selbst regeln können. Wir wollen, dass sich die EU an dieses Prinzip hält. Dies ist ein Gebot der Bürgernähe.
- **Vielfalt der Kommunen und Regionen:** Die Städte, Kommunen und Regionen sind die Orte, an denen sich die Vielfalt Europas in besonderer Weise entfaltet. Wir wollen deshalb, dass die Interessen der Kommunen und Regionen in der europäischen Politik ein noch größeres Gewicht bekommen. Kommunen und Regionen müssen noch besser an europäischen Entscheidungen beteiligt, grenzüberschreitende Kooperationen und kommunale Partnerschaften noch stärker unterstützt werden. Auch die Förderung strukturschwacher Stadtteile und ländlicher Gebiete durch die Regional- und Strukturpolitik der EU ist ein wichtiger Beitrag, um die regionale Vielfalt zu erhalten und den territorialen und sozialen Zusammenhalt Europas zu stärken.
- **Schutz der Daseinsvorsorge:** Nationale, regionale und lokale Besonderheiten in der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen erhalten und geschützt werden. Die Bandbreite dieser Dienstleistungen reicht von der Grundversorgung mit Wasser und Energie über den öffentlichen Personennahverkehr bis hin zu den Bereichen Wohlfahrt, Gesundheit, öffentlich-rechtlicher Rundfunk, Internetzugang oder Kultur. Auch auf europäischer Ebene muss sichergestellt werden, dass Kommunen selber entscheiden können, wie sie ihre öffentlichen Aufgaben erbringen. Wir wollen, dass alle Menschen den gleichen Zugang zu Gütern und Leistungen der Daseinsvorsorge haben. Deshalb werden wir uns Vorhaben, die einen Zwang zur Privatisierung beinhalten, entschlossen entgegenstellen. Öffentliche Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand.
- **Europäische Kultur- und Medienpolitik:** Wir wollen die europäische Kulturpolitik insbesondere dahingehend weiter stärken, dass sie die kulturelle Vielfalt Europas fördert und für möglichst viele Menschen erlebbar und erfahrbar macht. Wir unterstützen das Programm „Kreatives Europa“ zur Fortentwicklung der Kultur- und Kreativwirtschaft. Auch dürfen wir es in Europa nicht zulassen, dass es zu Medienkonzentrationen kommt, die die Pluralität und Freiheit der Presse beschneiden können. Die mediale Vielfalt ist ein Stützpfeiler unserer Demokratie.
- **Europäische Minderheitenpolitik:** Die Wahrung der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören, gehört zu den Werten, auf die sich die Europäische Union gründet. Die Instrumente der Minderheitenpolitik in Europa müssen deshalb mit mehr Nachdruck eingesetzt werden, um den Schutz von Minderheiten in der gesamten EU zu verwirklichen

und auszubauen. Dazu müssen in der Spitze der EU-Kommission verbindliche Verantwortlichkeiten für Minderheitenangelegenheiten geschaffen werden, die für die Durchsetzung der Minderheitenrechte und der verabredeten Standards für den Umgang mit Minderheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten sorgen.

Ein Europa der Demokratie - nicht der Bürokratie

Wir wollen, dass ein „Europa der Parlamente“ mit einer engen Zusammenarbeit zwischen einem gestärkten Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten das Gegengewicht zur Regierungszusammenarbeit darstellt. Die Staats- und Regierungschefs haben immer mehr Entscheidungen an sich gezogen. Dies schwächt die EU-Institutionen und macht die EU intransparent und schwerfällig, weil der Rat einstimmig entscheidet und dadurch wichtige und notwendige Beschlüsse immer wieder verzögert oder verwässert werden. Statt auf zwischenstaatliche Vereinbarungen setzen wir darauf, dass das Europäische Parlament an allen Entscheidungen umfassend beteiligt ist, auch beim europäischen Krisenmanagement. Europa muss auf diese Weise demokratisiert werden. Doch die europäische Demokratie kann nur dann neues Vertrauen gewinnen, wenn sie nicht von der EU-Bürokratie überlagert wird. Demokratisierung und Entbürokratisierung müssen deshalb in Europa ineinandergreifen.

- **Konzentration auf das Wesentliche:** Die Akzeptanz der europäischen Demokratie leidet darunter, dass viele Bürgerinnen und Bürger die europäischen Entscheidungsprozesse und die Rolle der EU-Institutionen kaum noch nachvollziehen können und als zu bürokratisch empfinden. Deshalb wollen wir, dass sich die EU und ihre Organe auf das wirklich Wesentliche konzentrieren: Auf die Zukunftsaufgaben, die wir nur mit gemeinsamer europäischer Kraft meistern können. Europa braucht eine neue Kultur der Zurückhaltung in der Gesetzgebung.
- **Weniger Bürokratie:** Die europäische Gesetzgebung muss einem wirksamen „Bürokratie-Check“ unterworfen werden. Bestehende und neue Gesetze müssen durch einen Normenkontrollmechanismus auf Effizienz und Praktikabilität geprüft werden. Die EU muss klare und noch ambitioniertere Abbauziele für die Rückführung der Bürokratie festlegen. Auch braucht die EU ein neues Lobbygesetz mit strengeren Regeln für Lobbyisten.
- **Reform der EU-Kommission:** Die EU-Kommission muss reformiert werden. Dazu gehört, der Kommission eine solche Struktur zu geben, dass sie handlungsfähig und entscheidungsorientiert arbeiten kann. Und hierzu zählt auch der Ausbau der Europäischen Kommission zu einer wahren EU-Regierung, die dem Europäischen Parlament vollständig verantwortlich ist.
- **Stärkung des Europäischen Parlamentes:** Zur Stärkung der europäischen Demokratie wollen wir, dass dem Europäischen Parlament ein Initiativrecht in der Gesetzgebung und das volle Budgetrecht zugestanden werden.
- **Eine lebendige europäische Zivilgesellschaft:** Wir wollen die bestehende europäische Bürgerinitiative besser nutzen, damit Bürgerinnen und Bürger noch stärker auf die europäische Gesetzgebung einwirken können. Dies ist ein wichtiges Instrument der direkten Demokratie. Und wir wollen daran mitwirken, ein freiwilliges, bezahltes europäisches Jahr für alle Alters- und Berufsgruppen als einen Baustein für eine europäische Zivilgesellschaft zu entwickeln.
- **Eine wehrhafte europäische Demokratie:** Wir dürfen Europa nicht den Rechten und Populisten überlassen, die alte Gräben neu aufreißen wollen und die Demokratie in Europa mit Füßen treten. Als ein konkreter Schritt sollte ein umfassendes europäisches Aktionsprogramm gegen Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Rassismus auf den Weg gebracht werden, das auch die Staaten in die Pflicht nimmt und die Verteidigung der Demokratie in Europa als gemeinsame Aufgabe anpackt.
- **Für verstärkte Zusammenarbeit:** Um die Handlungsfähigkeit der EU auch in Bereichen zu steigern, in denen nicht von vorneherein alle EU-Staaten zu Fortschritten bereit sind, sollte

das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit stärker genutzt werden. Eine Gruppe von Staaten sollte in einem strukturierten Prozess politische Felder identifizieren, auf denen im Rahmen der EU Fortschritte durch verstärkte Zusammenarbeit von Staaten möglich sind.

- **Europäische Zukunftsdebatte:** Wir wollen einen europäischen Zukunftskongress initiieren, der jenseits der Tagesaktualität Vorstellungen für die Zukunft der EU entwickelt. Dies muss eine der ersten Maßnahmen der neuen EU-Kommission sein.

Ein Europa der Steuergerechtigkeit – nicht der Verantwortungslosigkeit

Steuern finanzieren die öffentliche Daseinsvorsorge und öffentlichen Zukunftsinvestitionen und sind damit die Grundlage für soziale Gerechtigkeit. Über eine Billion Euro gehen EU-weit der Allgemeinheit, also den Bürgerinnen und Bürgern, jährlich allein aufgrund von Steuerbetrug und Steuervermeidung verloren. Fehlende Einnahmen bedeuten fehlende öffentliche Investitionen.

Wir akzeptieren nicht, dass sich Millionäre oder Großunternehmen nicht an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen, weil sie sich durch legale oder illegale Steuerflucht oder Steuervermeidung ihrer Verantwortung entziehen, während normalen Steuerzahlern immer mehr Lasten aufgebürdet werden!

Im Binnenmarkt mit grenzenloser Unternehmens- und Kapitalmobilität kann ein effektiver Kampf gegen Steueroasen, Steuerbetrug und Steuerumgehung nur europäisch gelingen.

- **Bündnis zur Stärkung der Staatsfinanzen:** Dem Wettlauf zwischen den Mitgliedsstaaten um die niedrigste Unternehmenssteuer muss durch eine gemeinsame Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftssteuer und die Einführung eines Mindeststeuersatzes ein Ende gesetzt werden. Und es muss der Grundsatz gelten, dass Unternehmen dort ihre Steuern zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften.
- **Null Toleranz für Steuerbetrug:** Aufsichtsbehörden sollten Finanzinstituten, die am Steuerbetrug mitwirken oder diesen erleichtern, die Banklizenz entziehen können. Unternehmensregister in der EU müssen um Informationen zu den wirtschaftlich Begünstigten von Unternehmen, Stiftungen, Trusts und ähnlichen Rechtsstrukturen ergänzt werden. Durch einen automatischen Informationsaustausch der Mitgliedstaaten über Zinserträge kann sichergestellt werden, dass weitere Schlupflöcher geschlossen werden können. Der Rat muss die überarbeitete EU-Zinssteuerrichtlinie endlich annehmen und perspektivisch auf alle Kapitaleinkünfte sowie alle juristische Personen ausweiten.
- **Steueroasen trocken legen:** Wir wollen, dass bis Ende 2014 Steueroasen identifiziert und auf einer europäischen schwarzen Liste veröffentlicht werden. Gegen die auf dieser Liste geführten Drittstaaten sollen von den EU-Staaten zuvor gemeinsam festgelegte Sanktionen verhängt werden können.

Ein Europa für gute Arbeit- nicht der Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit, besonders die unter Jugendlichen, hat in etlichen europäischen Ländern dramatische Höhen erreicht. Zum Teil ist mehr als jeder zweite Jugendliche ohne Job. Wir dürfen diese jungen Menschen nicht im Stich lassen! Die Zukunft unseres Kontinents hängt davon ab, dass die nächste Generation die Chance auf Bildung, eine qualifizierte Ausbildung und gute Jobs hat. Wir wollen deshalb einen Rettungsschirm für Europas Jugend!

- **Klare Prioritäten und Ziele:** Der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit muss oberste Priorität europäischer Politik sein. Die auf sozialdemokratische Initiative hin vereinbarten europäischen Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit müssen zügig in den nächsten zwei Jahren zur Verfügung stehen und nötigenfalls deutlich aufgestockt werden. Die Mittel sollten in einem Jugendbeschäftigungs-Fonds gebündelt und durch Zuweisungen aus dem

Europäischen Sozialfonds (ESF)-ergänzt werden. Auch sind wir für klare, möglichst verbindliche Ziele zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit im Europäischen Semester. Ziel sollte es sein, in Europa die Jugendarbeitslosigkeit in fünf Jahren um mindestens 30 Prozent zu verringern!

- **Die Europäische Jugendgarantie:** Die von uns durchgesetzte Europäische Jugendgarantie muss national und europäisch rasch umgesetzt werden. Die Jugendgarantie sieht vor, dass jeder arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren binnen vier Monaten ein qualitativ hochwertiges Angebot für einen Job, eine Ausbildung, eine Weiter- bzw. Fortbildungsmöglichkeit oder ein Praktikum erhält. Dazu sind verbindliche Etappenziele und eine ausreichende Finanzausstattung notwendig. Wir setzen uns perspektivisch dafür ein, dass die Jugendgarantie ausgeweitet wird.
- **Ein Qualitätsrahmen für Praktika:** Praktika können nur dann Perspektiven eröffnen, wenn sie die jungen Menschen nicht ausbeuten. Deshalb unterstützen wir einen europäischen Qualitätsrahmen für Praktika, der Standards für eine faire Entlohnung und eine gute fachliche Qualität der Praktika festlegen muss.
- **Berufsausbildung ist Zukunftsinvestition:** Das Duale Ausbildungssystem, die gemeinsame Qualifizierung in Partnerschaft von Unternehmen, Gewerkschaften und Staat, beweist seine Leistungsfähigkeit über unser Land hinaus. Wir wollen es durch grenzübergreifende und regionale Zusammenarbeit in andere europäische Länder übertragen und die europäischen Fonds dazu nutzen. Auszubildende bei uns müssen mehr Chancen bekommen, Auslandserfahrung im Rahmen ihrer Ausbildung zu sammeln. Die vollständige Anerkennung der Meister- und Technikerabschlüsse in Europa ist auch für die Zukunftsfähigkeit der Dualen Ausbildung wichtig, einer Gefährdung durch eine vermeintliche Liberalisierung des Berufszugangs durch die Kommission treten wir entgegen.
- **Europäische Jugendpolitik:** Wir sind für den Ausbau von Europaschulen, verbesserte Jugendbildungsarbeit und Jugendmobilität. Wir wollen dafür sorgen, dass gerade auch viele junge Menschen vom neuen EU-Austauschprogramm „ERASMUS+“ für Bildung, Ausbildung, Kultur und Sport profitieren können. Es muss weiterhin eine hinreichende Finanzierung unabhängiger Jugendarbeit auf europäischer Ebene geben. Eine zentrale Rolle nehmen hierbei die Jugendverbände ein. Das europäische Jugendforum soll gestärkt und an politischen Prozessen enger beteiligt werden. Um auch auf europäischer Ebene politische Bildung zu stärken, setzen wir uns für eine finanzielle Förderung der europäischen Bildungsarbeit durch politische Jugendorganisationen ein.

So wichtig es ist, den Binnenmarkt weiter auszubauen und gute Marktbedingungen für wettbewerbsfähige Unternehmen und besonders einen leistungsfähigen Mittelstand in Deutschland und Europa zu schaffen: Dies darf nicht auf dem Rücken der Menschen und vor allem nicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfolgen.

Dort, wo wirtschaftliche Aktivität grenzüberschreitend ist, dürfen Arbeitnehmerrechte nicht an den Grenzen Halt machen. Auch in Europa muss Augenhöhe zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Arbeitnehmerschaft und Unternehmertum gelten. In diesem Sinne wollen wir eine soziale Marktwirtschaft in Europa gestalten und eine europäische Sozialunion aufbauen.

- **Gute Arbeit – gute Löhne:** Wir wollen gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort - für Männer und für Frauen! Das europäische Entsenderecht muss entlang dieses Prinzips weiterentwickelt werden. Auch müssen die Rechte von entsandten Beschäftigten bei der Durchsetzungsrichtlinie zur Entsenderichtlinie verbessert und Kontrollen verschärft werden, damit insbesondere auch Schwarzarbeit effektiv zurückgedrängt werden kann. Wir wollen, dass das Prinzip der guten Arbeit noch stärker in der Politik der EU verankert wird, gerade auch in der europäischen Industrie- und Dienstleistungspolitik. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse wollen wir zurückdrängen. Der Arbeitsschutz muss europaweit ausgebaut werden. Versuchen, in kleinen und mittleren

- Unternehmen den Arbeitsschutz auszuhebeln, stellen wir uns entgegen.
- **Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping:** Beschäftigte in Europa müssen effizienter vor Ausbeutung und sittenwidrigen Arbeitsbedingungen geschützt werden. Lohn- und Sozialdumping durch Unternehmen ebenso wie Staaten darf in Europa kein Raum gegeben werden. Wir müssen Verstöße gegen das Arbeitsrecht wie Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht auf europäischer Ebene ahnden und sanktionieren. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die in verschiedenen europäischen Ländern Arbeiten und wohnen, dürfen nicht durch Regelungslücken zwischen den nationalen Sozialsystemen benachteiligt werden.
 - **Arbeitnehmerfreizügigkeit sichern:** Der Austausch von Waren, von Dienstleistungen, Kapital und der Austausch europäischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind konstitutive Elemente des europäischen Einigungsprozesses. Arbeitnehmerfreizügigkeit steht für uns daher nicht zur Disposition. Zuwanderung ist wichtig für alle europäischen Staaten, auch für die Staaten aus denen jetzt Fachkräfte beispielsweise nach Deutschland abwandern. So kann der immer mehr auftretende Fachkräftemangel aufgefangen werden. Viele Zuwanderer sind gut ausgebildet. Ihre Ausbildungen müssen konsequent anerkannt werden. Gute Arbeit in ganz Europa muss unser Ziel sein, um der Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, insbesondere von Wanderarbeitern bzw. Arbeitsmigranten ein Ende zu setzen. Allerdings gilt auch, dass durch klare Kriterien und Regeln die Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der EU nicht zum Missbrauch von Sozialleistungen führen dürfen. Dazu gibt es sowohl europarechtliche als auch bundesdeutsche gesetzliche Grundlagen, die angewandt und auch durchgesetzt werden müssen. Ob es darüber hinaus gehenden Handlungsbedarf gibt, wird gegenwärtig geprüft. Zuwandernde Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen faire Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben und dürfen nicht in prekäre oder illegale Beschäftigung abgedrängt werden. Die Kommunen brauchen finanzielle Hilfe, um ihre Aufgaben bei der Integration erfüllen zu können.
 - **Ein Europäischer Pakt für Mindestlöhne:** Wir setzen uns für einen Europäischen Pakt für Mindestlöhne ein, der Korridore für existenzsichernde Mindestlöhne gemessen am jeweiligen Durchschnittseinkommen in allen EU-Mitgliedsstaaten festlegt. So kann verhindert werden, dass es zu einer fatalen Abwärtsspirale kommt.
 - **Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen unterbinden:** Der massiv angewachsene Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen muss gerade auch auf europäischer Ebene wirksam bekämpft werden. Wir müssen europaweit zusammenarbeiten um grenzüberschreitendem Betrug und Missbrauch zu begegnen. Dazu brauchen wir mehr Kontrollrechte auf europäischer und nationaler Ebene!
 - **Soziale Grundrechte stärken:** Wir wollen, dass soziale Grundrechte nicht der Marktfreiheit im Binnenmarkt untergeordnet werden, sie müssen zumindest gleichrangig sein. Die EU muss die Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern respektieren und weiter stärken. Die Tarifautonomie muss im europäischen Recht und vor allem auch im Rahmen des Europäischen Semesters gesichert werden. Die Sozialpartner-Vereinbarungen im Sozialen Dialog müssen von den EU-Organen respektiert werden und auf Wunsch der Sozialpartner auch rechtliche Verbindlichkeit erlangen können.
 - **Mehr europäische Mitbestimmung:** Die Standards für Mitbestimmung in Unternehmen europäischer Rechtsform und bei transnationalen Unternehmensaktivitäten müssen weiter ausgebaut werden. Die Richtlinie zu europäischen Betriebsräten muss evaluiert und weiter verbessert werden.
 - **Starker Verbraucher- und Datenschutz:** Verbraucherschutz ist Bürgerschutz! In einem Binnenmarkt, in dem Unternehmen grenzüberschreitend operieren und Güter und Dienstleistungen anbieten, brauchen wir auch starke europäische Rechte und Standards im Verbraucherschutz. Vor allem im Lebensmittelrecht und bei Produkten für Kinder gilt es höchste Sicherheits- und Qualitätsstandards durchzusetzen. Auch treten wir für ein umfassendes europäisches Regime zum Datenschutz ein. Auch der Beschäftigtendatenschutz muss gestärkt werden.

Ein Europa der Gerechtigkeit - nicht der Chancenlosigkeit

Die Soziale Marktwirtschaft ist unser Leitbild für die EU. Das Soziale Europa ist kein Gegensatz zu wirtschaftlicher Dynamik. Im Gegenteil: Es ist die Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Genauso wie es die Voraussetzung für die Hoffnungen und Entfaltung eines jeden Einzelnen ist. Chancenlosigkeit motiviert nicht, sie lähmt und verängstigt. Unsicherheit bringt Menschen nicht zusammen, sie schürt Misstrauen und Vorurteile.

Die Krise Europas und ihre Reaktion darauf befeuern Ängste: die Angst vor einer übermäßigen Belastung durch Hilfskredite, die Angst vor einer Entwertung von Ersparnissen, den Job zu verlieren oder keinen neuen zu finden, die Angst um die Rente – die Angst vor der Zukunft. Europa muss diese Ängste sehr ernst nehmen. Die Ängste dürfen nicht in Misstrauen und Vorbehalte untereinander und gegenüber der Europäischen Union umschlagen. Es muss dafür sorgen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in und mit Europa sicher und gut aufgehoben fühlen. Dafür brauchen wir ein Europa mit einem starken sozialen Pfeiler.

- **Bildung als Schlüsselaufgabe:** Eine qualitativ gute Bildung von der Kita über die Schule, die berufliche Bildung bis hin zur Hochschule ist der Schlüssel dafür, dass möglichst alle Menschen gleiche Chancen haben, etwas aus ihrem Leben zu machen. Umfassende Bildung muss dementsprechend ein Schwerpunkt in den Leitlinien und Empfehlungen der EU sowie in ihren eigenen Programmen sein. Auch ist Bildung eine Schlüsselressource für wirtschaftlichen Fortschritt. Europa kann nicht über niedrigere Löhne und soziale Standards, sondern nur über Innovation, eine höhere Qualität der Arbeit und über die Kompetenz und das Wissen der Menschen erfolgreich mit den anderen Regionen in der Welt konkurrieren.
- **Gleichstellung als Gerechtigkeitsfrage:** Frauen sind von den Folgen der Krise besonders betroffen. Deshalb verstehen wir Gleichstellungspolitik in einem sozialen Europa als zentrale Querschnittsaufgabe. Wir wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen durch wirksame und verbindliche europäische Regelungen voranbringen: bei der Durchsetzung von gleichem Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, bei der Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt, durch mehr Frauen in Führungspositionen und durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer. Die Gleichstellungspolitik der EU muss in einem eigenen Ressort der Kommission gebündelt werden. Wir fordern den vollen Schutz der Selbstbestimmung von Frauen und ihrer reproduktiven Rechte. Und wir setzen uns für ein erneutes "Europäisches Jahr zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen" ein.
- **Sozialstaatlichkeit als Prinzip:** Der Sozialstaat ist bewährte Tradition in Europa. Aber wir wollen, dass die EU die Sozialstaatlichkeit in den Mitgliedsstaaten respektiert und sie nicht rein marktwirtschaftlichen Interessen unterwirft oder im Zuge der Krisenpolitik massiv aushöhlt. Wer wirtschaftliche Prosperität und soziale Teilhabe gegeneinander ausspielt, verkennet, dass beide keine Gegensätze sind, sondern sich bedingen und stärken. Auch wollen wir soziale Mindeststandards europäisch vereinbaren, um europaweit ein möglichst hohes soziales Schutzniveau zu erreichen.
- **Altern in Würde:** Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung in der Mehrzahl der EU-Staaten wollen wir auch die Situation der Älteren in Europa nicht aus dem Blickwinkel verlieren. Wir wissen: Wer existentielle Sorgen hat und sich aus der Gesellschaft ausgeschlossen fühlt, kann nicht in Würde altern! Die gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten der Seniorinnen und Senioren sind eng verbunden mit ihrer finanziellen Situation. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die ältere Generation, die die EU aufgebaut hat, nicht überproportional stark zu den Verlierern der Krise zählt.
- **Ein sozialer Stabilitätspakt:** Perspektivisch wollen wir gemeinsame europäische Ziele für nationale Sozial- und Bildungsausgaben gemessen an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der EU-Staaten vereinbaren. So werden die Kompetenzen der

Mitgliedstaaten in diesen Bereichen gewahrt, zugleich aber gemeinsame Fortschritte bei der Bildung und sozialen Sicherung in Europa ermöglicht.

- **Kein Raum für Diskriminierung:** Jeder Form der Diskriminierung, sei es aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung, treten wir aufs Schärfste entgegen. Die Rechtsetzung der EU bei der Anti-Diskriminierung gilt es in Richtung eines umfassenden Schutzes weiterzuentwickeln. Wir wollen, dass Europa ein diskriminierungsfreier Raum der Chancengleichheit ist!

Ein Europa des Aufbruchs – nicht des Stillstands

Europa darf sich in der ökonomischen Krise nicht vor falsche Alternativen stellen lassen. Es geht um Wachstum durch Zukunftsinvestitionen und eine konjunkturorientierte Haushalts- und Konsolidierungspolitik. Beides muss geleistet werden.

Sparpolitik allein ist kein Zukunftskonzept, weder ökonomisch, fiskalisch, sozial noch politisch. Sie hat die Probleme in den Krisenländern teils zusätzlich verschärft. Die Arbeitslosigkeit besonders unter Jugendlichen ist gerade in Südeuropa extrem in die Höhe geschossen. Immer mehr Menschen haben in Europa nicht am Wohlstand teil. Europa spaltet sich. Die Schere zwischen arm und reich in Europa reißt weiter auf. Armut ist für zu viele Menschen Realität.

Eine konsequente Konsolidierungspolitik für solide Finanzen und Reformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit bleibt wichtig. Dafür sind weitergehende Anstrengungen aller Mitgliedstaaten notwendig, die kontrolliert und eingehalten werden müssen. Sie dürfen allerdings die Staaten und ihre Bürgerinnen und Bürger nicht überfordern. Und sie muss durch eine Wachstumspolitik ergänzt werden, die auf Investitionen in wirtschaftliche Innovation, Beschäftigung, Bildung und Ausbildung setzt. Wir wollen einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch für Europa.

- **Eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik:** Wir wollen Schritte hin zu einer demokratisch kontrollierten, koordinierten, europäischen Wirtschaftspolitik verwirklichen, die Europa auf einen nachhaltigen, gemeinsamen Wachstumspfad bringen muss. Exzessive wirtschaftliche Ungleichgewichte im Euroraum müssen bekämpft werden. Verstärkte wirtschaftspolitische Koordinierung muss Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit mit sozial- und beschäftigungspolitischen Zielen verbinden. Die Zielvereinbarungen sollen im Rahmen des Europäischen Semesters geprüft und weiterentwickelt werden und damit verbindlich sein. Notwendig ist eine Neuausrichtung weg von der einseitigen Ausrichtung auf Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung – hin zu einer Politik, die Wachstum und Innovation mit hoher Beschäftigung, ökologischem Fortschritt und sozialer Gerechtigkeit verbindet.
- **Zukunftsinvestitionen stärken:** Die finanz- und wirtschaftspolitische Koordinierung darf nicht nur auf die Sparziele des Stabilitäts- und Wachstumspaktes beschränkt bleiben. Es sind ebenso verbindlicher koordinierte Anstrengungen und Ziele für Investitionen besonders in Wachstum, Beschäftigung und Bildung erforderlich. Der auf Initiative der SPD und der europäischen Sozialdemokraten beschlossene europäische Wachstumspakt (120 Mrd.) muss zügig umgesetzt werden. Besonders wichtig ist es, den Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu Krediten zu verbessern. Die Europäische Investitionsbank (EIB) muss hierzu durch eine erhöhte Darlehensvergabe beitragen. Projekt-Anleihen, die europäische Investitionen anstoßen, wollen wir ausbauen.
- **Ein europäischer Wachstums- und Aufbaufonds:** Wir wollen alle Spielräume für Investitionen in Wachstum und Beschäftigung nutzen. Nicht genutzte Mittel aus dem EU-Haushalt müssen in den Folgejahren zur Verfügung stehen und gezielt für Zukunftsinvestitionen verwendet werden. Mittel aus der europäischen Finanztransaktionssteuer sollten auch in europäische Investitionsprojekte fließen. Bei der

Revision des EU-Finanzrahmens 2016 werden wir uns dafür stark machen, dass weitere Mittel für Wachstum, Innovation und Beschäftigung in Europa frei werden.

- **Ein starker Euro:** Der Euro hat sich als nach innen und außen stabile Währung bewährt und trägt maßgeblich zu Wachstum und Wohlstand in Deutschland und Europa bei. Wir wollen die gemeinsame Währung gerade jetzt in schwieriger Zeit stärken. Nur mit einer starken Wirtschafts- und Währungsunion werden wir nicht zum Spielball der Währungsstrategien anderer Kontinente. Wer den Euro in Frage stellt, setzt Europa und die Menschen unkalkulierbaren ökonomischen, sozialen und politischen Risiken aus.
- **Eine intelligente Industriepolitik:** Wir wollen eine intelligente europäische Industriepolitik, die auf Innovation und Wachstumspotenziale in den Leitmärkten der Zukunft setzt, wie etwa den transeuropäischen Netzen, den erneuerbaren Energien, dem Verkehr, digitalen Medien, der Telekommunikation oder Breitbandversorgung. Dies unterstützt auch die Entwicklung industrienaher Dienstleistungen. Nur wenn Europa weiterhin die Werkbank für innovative Produkte ist, lassen sich die Ziele Wohlstand, hohe Beschäftigung, gute Löhne und Umweltschutz verwirklichen.
- **Eine integrierte Verkehrspolitik:** Gute Verkehrsverbindungen quer durch Europa sind entscheidend für das reibungslose Funktionieren unseres Binnenmarkts. Wir setzen uns dafür ein, dass im Rahmen der transeuropäischen Verkehrsnetze strategische Investitionen in die europäische Infrastruktur gestärkt werden. Für eine nachhaltige Entwicklung aller Verkehrsträger fordern wir die Förderung neuer Technologien, wie intelligente Verkehrssysteme und alternative Antriebe, verbesserte europaweite Arbeits- und Sozialstandards sowie eine größtmögliche Nutzer- und Anwohnerfreundlichkeit.
- **Eine innovative Energie- und Umweltpolitik:** Wir treten für eine ambitionierte Umwelt- und Energiepolitik der EU ein, die Klima-, Umwelt- und Naturschutz, wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung nicht als Gegensätze begreift. Wir wollen, dass Europa Vorreiter für ein neues Bündnis von Umwelt, Wirtschaft und Arbeit ist. Wir wollen verbindliche, ehrgeizige Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz in Europa. Um diese zu erreichen, müssen die Mitgliedsstaaten Handlungsfreiheit für die Förderung erneuerbarer Energien behalten. Wir wollen das erfolgreiche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) fortsetzen und weiterentwickeln. Dies muss entsprechend in den Leitlinien der EU aufgenommen werden. Wir setzen uns auch für eine Reaktivierung des Emissionshandels ein und befürworten eine verbindliche Zielsetzung der EU bis 2030 zur Reduktion der Treibhausgasemissionen von 40 Prozent.
- **Eine ambitionierte digitale Agenda:** Als eine Schlüsselaufgabe für die Zukunft muss Europa eine ambitionierte digitale Agenda entwickeln. Die Rolle, die Europa im 21. Jahrhundert spielen wird, hängt entscheidend davon ab, ob es uns gelingt, in der digitalen Welt Anschluss zu halten und europäische Standards durchzusetzen, in der Technologie ebenso wie etwa beim Datenschutz und digitalen Grundrechten.
- **Starker europäischer Datenschutz:** Wir wollen ein umfassendes europäisches Regime zum Datenschutz auf hohem Niveau. Deutsche Grundrechtsstandards dürfen hierdurch allerdings nicht verwässert oder in Frage gestellt werden. Auch muss sichergestellt sein, dass personenbezogene Daten nicht ohne hohe Anforderungen an Drittstaaten mit weitaus geringerem Datenschutzniveau weitergegeben werden dürfen. Wir verlangen, dass Europa seine Bürgerinnen und Bürger und den Schutz ihrer Daten selbstbewusst gegenüber unseren Partnern in der Welt verteidigt, insbesondere gegenüber den USA. Die NSA-Affäre darf nicht ohne Folgen bleiben. Europa muss eine klare gemeinsame Antwort auf die unhaltbaren Spähpraktiken geben. Europa darf weder zulassen, dass seine Bürgerinnen und Bürger zum Spielball der ökonomischen Interessen gigantischer Internet-Konzerne werden, noch dass sie schutzlos den Spähattacken anderer Staaten ausgeliefert sind.

Ein Europa des Friedens und der Offenheit - nicht der Konfrontation und der Abschottung

Europa ist eine erfolgreiche Friedensgemeinschaft. Dafür wurde die Europäische Union zu Recht

mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Wir wollen, dass Europa seine Erfahrungen der inneren Friedensstiftung auch in die internationalen Beziehungen einbringt und aktiv zum Aufbau einer friedlichen und gerechten Ordnung der Welt mit beiträgt.

Das geeinte Europa ist im globalen 21. Jahrhundert unsere gemeinsame Chance unsere Werte und Interessen als Europäer in der Welt zu behaupten. Ein gespaltenes Europa hingegen wird im Konzert der Mächtigen in der Welt von morgen keine Stimme haben. Es wäre Spielball der Interessen Anderer.

Die EU-Mitgliedstaaten sind eine Wertegemeinschaft, die gemeinsamen menschenrechtlichen Traditionen verpflichtet ist. Das muss sich auch in der Flüchtlings- und Asylpolitik widerspiegeln. Die dramatischen Schiffsunglücke vor der europäischen Mittelmeerküste haben uns eindringlich vor Augen geführt, dass es einen grundsätzlichen Kurswechsel in der europäischen Flüchtlings- und Asylpolitik geben muss.

- **Friedensmacht Europa:** Wir wollen neue politische Initiativen zur Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU auf den Weg bringen. Die Schwerpunkte sollen dabei auf diplomatischen und zivilen Mitteln zur Krisenprävention und Konfliktregelung und auf einer strategischen Weiterentwicklung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik liegen. Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU-Staaten wollen wir noch stärker europäisch ausrichten und zusammenführen. Langfristiges Ziel bleibt der Aufbau einer Europäischen Armee. Diese eröffnet auch große Chancen für konventionelle Abrüstung und einen effizienteren Ressourceneinsatz in der europäischen Sicherheitspolitik. Der Aufbau einer Europäischen Armee muss durch den Ausbau der Informations- und Kontrollrechte des Europäischen Parlaments flankiert werden.
- **Partnerschaft und Kooperation:** Die Kooperationspolitik der EU hat sich als vorausschauende Friedenspolitik bewährt. Wir wollen, dass die EU ihre Türen für neue Mitglieder offenhält, wenn diese vor dem Beitritt alle erforderlichen Kriterien erfüllen. Auch muss die EU ihre eigene Aufnahmefähigkeit sicherstellen. Die laufenden Verhandlungen mit der Türkei führen wir mit dem erklärten Ziel eines Beitritts weiter. Die Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen mit der Türkei und deren Anbindung an die EU liegen im deutschen Interesse. Die EU fußt auf der unbedingten Achtung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit. Gerade auch im Umgang mit oppositionellen Kräften erwarten wir von der türkischen Regierung die Respektierung dieser Werte und Prinzipien und deren innerstaatliche Durchsetzung. Deutschland hat zudem ein grundlegendes Interesse an der Stabilisierung des Westlichen Balkans. Wir halten deshalb an der Beitrittsperspektive dieser Länder fest und wirken darauf hin, anhand klarer Kriterien den notwendigen politischen und gesellschaftlichen Wandel in diesen Ländern voranzubringen. Es liegt im vitalen Interesse Deutschlands und der EU, Stabilität, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Entwicklung in angrenzenden Regionen zu fördern.

Mit einer weiterentwickelten Europäischen Nachbarschaftspolitik wollen wir die Partnerländer dauerhaft für eine gute Zusammenarbeit gewinnen und demokratische Transformationsprozesse noch gezielter unterstützen. Das gilt gegenwärtig in besonderer Weise für die europäische Zusammenarbeit und Partnerschaft mit der Ukraine. Für uns ist dabei klar: Die Einhaltung demokratischer und menschenrechtlicher Standards ist die Basis einer Assoziierungspartnerschaft mit der Ukraine. Auch muss gewährleistet sein, dass die Debatte über den künftigen Weg des Landes offen und unter breiter politischer und zivilgesellschaftlicher Teilhabe geführt werden kann. Nicht Konfrontation, sondern Dialog und Offenheit bringen das Land voran. Russland ist ein wichtiger Partner für Europa. Wir wollen Russland für gemeinsame Problemlösungen bei drängenden internationalen Herausforderungen gewinnen und die Partnerschaft entlang einer

erneuerten politischen Agenda weiterentwickeln. Kritische Themen wie demokratische und menschenrechtliche Fragen müssen dabei in einem offenen Dialog thematisiert werden.

- **Entwicklungspolitik:** Die Europäische Union ist weltweit mit Abstand größter Geber von Entwicklungshilfe. Durch eine enge Kooperation und Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedstaaten und den EU Institutionen leistet Europa effiziente Entwicklungszusammenarbeit. Wir wollen sowohl die finanzielle Ausstattung als auch die Effizienz weiter unterstützen und vorantreiben. Dabei steht bei uns der Mensch mit seinen Rechten besonders auf Nahrung, Gesundheit und Bildung im Mittelpunkt.
- **Fairer Handel:** Wir wollen, dass die EU zum weiteren Ausbau der weltweiten Handelsbeziehungen beiträgt. Dies verbessert auch die Absatzchancen für deutsche und europäische Produkte. Eine Handelsliberalisierung darf aber nicht zum Absinken unserer rechtsstaatlichen, sozialen, ökologischen oder Standards beim Verbraucherschutz führen. Außerdem dürfen Freihandelsabkommen durch Regelungen zum Investitionsschutz in keinem Fall Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern oder staatliche Regulationsmöglichkeiten aushöhlen. Zeitgleich mit den Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA müssen auch substanzielle Fortschritte im Bereich des Schutzes der Privatsphäre und der Bürgerrechte erreicht werden. Unser Ziel bei diesen und anderen Verhandlungen ist es, möglichst fortschrittliche arbeitsrechtliche, soziale und ökologische Standards in den bilateralen und internationalen Handelsbeziehungen zu verankern. Dies ist für uns eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen der Verhandlungen. Freihandelsabkommen dürfen auch nicht das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen sowie öffentliche Daseinsvorsorge, Vergabe und Infrastrukturen gefährden. Die Streitschlichtung zwischen Investoren und Nationalstaaten sollte möglichst durch reguläre öffentliche Gerichte erfolgen.
- **Ein weltoffenes, tolerantes Europa:** Wir wollen eine Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik, die Grundrechte sichert. Europa ist ein Einwanderungskontinent. Wir wollen die Möglichkeiten der legalen Zuwanderung erhalten und weiterentwickeln, auch unabhängig von einer wirtschaftlichen Nützlichkeitslogik. Perspektivisch wollen wir das „Gemeinsame Europäische Asylsystem“ durch ein System weiterentwickeln, das auf besserer Verantwortungsteilung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten beruht. Die Drittstaatenregelung muss reformiert werden. Bereits zuvor wollen wir in Fällen, in denen in einem Mitgliedsstaat das Asylsystem oder die Infrastruktur akut überlastet sind, durch einen zeitlich befristeten Mechanismus den Transfer von Flüchtlingen in einen anderen Mitgliedstaat ermöglichen. Die gute Behandlung und Versorgung der Flüchtlinge muss dabei in jedem Fall voll gewährleistet sein.
- **Schutz der Menschenrechte:** An den EU-Außengrenzen darf es keine Abstriche beim Flüchtlingsschutz und den Menschenrechten geben. Der Grundsatz der Nichtzurückweisung muss ebenso gewährleistet sein wie die Pflicht zur Seenotrettung. Wir brauchen eine europäische Initiative, die die Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren an Europas Außengrenzen im Mittelmeer verbessert, sodass der Pflicht zur Seenotrettung effektiv nachgekommen wird. Auch dürfen diejenigen, die Flüchtlinge aus Seenot retten, nicht länger kriminalisiert werden. Unter diesen Prämissen wollen wir den Auftrag der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex weiterentwickeln und verändern. Verfahren der Grenzsicherung dürfen nicht im Widerspruch zu den Zielen einer humanitären Flüchtlingspolitik stehen.
- **Fluchtursachen bekämpfen:** Die deutsche sowie die europäische Entwicklungszusammenarbeit müssen künftig noch stärker darauf setzen, Fluchtursachen zu bekämpfen. Die wenigsten Menschen wollen ihre Heimat verlassen. Notwendig für die Überwindung von Armut ist ein breitenwirksames, nachhaltiges Wachstum. Ungleichheiten in den Gesellschaften müssen überwunden und gute Arbeit geschaffen werden. Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit sollten dabei sein: Investitionen in landwirtschaftliche Entwicklung, Hilfen beim Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme, die Gleichstellung von Männern und Frauen und als wichtigste Voraussetzungen für Entwicklung der Zugang zu guter Bildung, Gesundheitsversorgung und Ernährung besonders in den ärmsten Ländern.

Ein europäisches Deutschland - nicht ein deutsches Europa

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hat gezeigt, dass Frieden, Wohlstand, soziale Sicherheit und kultureller Reichtum in unserem Land nur in einem geeinten und starken Europa gesichert sind.

Europa und der europäische Einigungsprozess sind Teil der deutschen Staatsraison. Deshalb gibt es für uns keine Alternative zu einem europäischen Deutschland. Deutschland steht in der Verantwortung, das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit Europas zu stärken.

Unserem Land in der Mitte Europas kann es nur dauerhaft gut gehen, wenn es auch unseren europäischen Nachbarn gut geht. Und auch gegenüber den anderen Regionen und aufstrebenden Ländern und Regierungen in der Welt wird sich Deutschland nur im Zusammenschluss der Europäischen Union behaupten und seinen Wohlstand bewahren können.

Ein europäisches Deutschland ist daher Leitbild unserer Europapolitik, nicht ein deutsches Europa.

Das ist sozialdemokratische Programmatik seit 1863. Dafür haben Generationen von Frauen und Männern gekämpft: Sie konnten bedeutende Erfolge erringen, mussten aber als Internationalisten auch bittere Verfolgungen erleiden. Mit den SPD-Kanzlern verbinden sich historische Leistungen für ein besseres Europa: Mit Willy Brandt die Aussöhnungs- und Entspannungspolitik, ausgezeichnet durch den Friedensnobelpreis. Helmut Schmidt war Schöpfer des einheitlichen Währungssystems, Gestalter und Vordenker in der europäischen Gemeinschaft. Und mit Gerhard Schröder verbindet sich die erfolgreichste deutsche EU-Ratspräsidentschaft, in der Grundrechte gefestigt, Krieg geschlichtet und der Zusammenhalt gesichert wurde. Auf diese Tradition sind wir stolz.

Wenn Europa handlungsfähig bleiben und in der Krise nicht auseinanderdriften will, muss es sich darauf zurückbesinnen, was die europäische Einigung auszeichnet: Zusammenarbeit, Respekt, Transparenz, Solidarität auf der Grundlage starker europäischer Institutionen und demokratischer Verfahren für einen fairen europäischen Interessenausgleich. Dieser Grundkonsens und diese politische Kultur müssen wieder gestärkt und erneuert werden.

Die letzten Jahre haben gezeigt, Europa braucht neue Ideen, neue Impulse und eine neue Richtung. Die Fortschreibung des Status quo gibt keine Zukunft mehr für die Idee eines Europas des Friedens, Wohlstands, der sozialen Gerechtigkeit und des Fortschritts.

Die Europawahl und ein von den Bürgerinnen und Bürgern legitimierter EU-Kommissionspräsident bieten die Chance, den Status quo in Europa zu überwinden und zu verändern.

Wir sind davon überzeugt, dass wir die besseren Ideen, die besseren Konzepte und mit Martin Schulz einen Spitzenkandidaten haben, der Europa neu denken und eine Richtung geben kann:

Eine europäische Zukunft kommt nicht von allein.

IA 3 Parteivorstand

(angenommen)

Zulassung von gentechnisch verändertem Mais 1507 ablehnen

Der Bundesparteitag bekräftigt die ablehnende Position der SPD zur Zulassung von gentechnisch verändertem Mais 1507. Ein Großteil der Bevölkerung in Deutschland und Europa lehnt den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen und ihren Einsatz in Lebensmitteln ab. Für eine Vielzahl deutscher Unternehmen in der Lebensmittelwirtschaft ist der Verzicht auf den Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen ein Qualitätsmerkmal und existenzieller Wettbewerbsvorteil. Der internationale Markt für gentechnikfreie Lebensmittel aus Europa, an welchem mittlerweile hunderttausende von Arbeitsplätzen hängen, wächst stetig.

Der Bundesparteitag begrüßt das klar ablehnende Votum des Europäischen Parlamentes gegenüber der Zulassung des Mais 1507. Wir bestärken die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung in ihrer ablehnenden Haltung und erwarten, dass die Vereinbarung des Koalitionsvertrages Bestand hat, die Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik anzuerkennen.

Themenübergreifende Anträge

Th 1 02/12 Petersburger Platz (Landesverband Berlin)

(Überwiesen an die Kontrollkommission, Aussprache dazu in der SchatzmeisterInnen- und KassiererInnenkonferenz und Erwähnung im nächsten Rechenschaftsbericht des Schatzmeisters)

Kosten Mitgliedervotum

Der Parteivorstand wird beauftragt, in einem Mitgliederbrief binnen sechs Wochen die Kosten gesondert darzustellen, die der Partei durch das Mitgliedervotum im Dezember 2013 entstanden sind (inkl. Nutzung der parteiinternen Medien wie Webseite und Vorwärts, Kosten für externe Beratung durch Medienagenturen unter Nennung der Agenturen, Kosten für Zeitungsanzeigen unter Nennung der Zeitungen).

Th 2 02/12 Petersburger Platz (Landesverband Berlin)

(überwiesen an organisationspolitische Kommission)

Mitgliederbegehren - Waffengleichheit

Bei der Durchführung von Mitgliederbegehren ist sicherzustellen, dass in den parteiinternen Medien die Pro und Kontra-Positionen inhaltlich und vom Umfang her gleichwertig und ausgewogen dargestellt werden. Abstimmungsunterlagen ist keine Empfehlung zur Abstimmung beizufügen, lediglich eine Publikation mit Darstellung der Pro- und Kontra-Positionen kann gemeinsam mit den Unterlagen versandt werden.

Th 3 Landesorganisation Hamburg

(überwiesen an Bundestagsfraktion)

Diskriminierung nach Alter beenden

Der Bundesparteitag der SPD fordert die ersatzlose Streichung des §31a Abs. 2 SGB II, der für Personen unter 25 Jahren weitaus härtere Sanktionsregelungen definiert, als für Personen über 25 Jahren.

Th 5 Unterbezirk Delmenhorst (Bezirk Weser-Ems)

(Überwiesen an Bundestagsfraktion und Bundes-SGK)

Gute Arbeit, faire Löhne

Die Kommunen werden aufgefordert, bei der öffentlichen Auftragsvergabe die Wahrung von fairen Löhnen und Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Hierbei ist insbesondere auf folgende Sachverhalte zu achten:

- Für die Branchen, für die es keine gesetzlichen Mindestlöhne gibt, soll auftragsbezogen ein Stundenlohn von 8,50 Euro gelten.
- Die Einhaltung der Tariftreue soll durch die öffentlichen Auftraggeber effektiv kontrolliert werden.
- Unangemessen niedrige Angebote werden von der Auftragsvergabe ausgeschlossen.
- Die Tariftreueverpflichtung gilt auch für mögliche Nachunternehmer.
- Die Tarifbindung soll für alle Branchen gelten, die gesetzliche Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmerentendegesetz haben (nicht nur im Baugewerbe wie bisher). Die Auftragnehmer werden auch an die entsprechenden Mindestarbeitsbedingungen gebunden. (Erläuterung: Gemäß Arbeitnehmerentendegesetz gibt es Mindestlöhne und Mindestarbeitsbedingungen aktuell in folgenden Bereichen: Bauhauptgewerbe, Dachdeckerhandwerk, Elektrohandwerk, Maler- und Lackierhandwerk, Gebäudereinigung, Pflegebranche (Altenpflege und häusliche Krankenpflege), Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken, Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft, Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst.)

Th 6 Unterbezirk Delmenhorst (Bezirk Weser-Ems)

(überwiesen an Parteivorstand)

Reform der Minijobs

Minijobs sind als normale Arbeitsverhältnisse in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Für Kleinstarbeitsverhältnisse darf kein gesondertes Recht gelten. Alle Arbeitsplätze müssen gleich behandelt, gleich bezahlt und gleich versichert sein. Steuerliche Anreize für Arbeitgeber und für kleine Zuverdienste, die Frauen bewegen, entweder aus dem Arbeitsmarkt auszusteigen oder nach der Familienphase nur „mini“ wieder einzusteigen, darf es nicht geben.

Th 7 Unterbezirk Rotenburg (Bezirk Nord-Niedersachsen)

(überwiesen an Bundestagsfraktion und Parteivorstand)

Umschulungsunterstützung in den sozialpflegerischen Berufen

Auf Grund des großen Fachkräftemangels in den sozialpflegerischen Bereichen, ist es dringend erforderlich, bei den Möglichkeiten der Umschulungsunterstützung der Agentur für Arbeit, eine Gleichbehandlung herzustellen, um allen Interessierten Personen die Chance der entsprechenden Ausbildung zu ermöglichen.

In Bezug auf den Arbeitsmarkt und die vermehrten Anfragen, ist es erforderlich, in diesem Bereich schnellstmöglich eine Gesetzesanpassung auf den Weg zu bringen.

Hier geht es um die Erweiterung der Umschulungsmöglichkeiten (2. Bildungsweg), die von der Agentur für Arbeit unterstützt werden können.

Zurzeit kann man nur zum Altenpfleger umgeschult werden, da hier das 2/3 Prinzip abgeschafft worden ist. Das bedeutet, dass nach dem gültigen Gesetz seitens der Agentur für Arbeit nur eine Umschulung finanziert wird, in der die Ausbildungszeit des neu zu erlernenden Berufes auf zwei Jahre reduziert werden kann.

Im Bereich der Altenpflege wurde diese Zeitbindung aufgehoben und somit ist ein Umschüler, der sich für diesen Beruf entscheidet, in der Lage, seine zweite Ausbildung mit voller Unterstützung der Agentur für Arbeit durchzuführen.

In allen anderen sozialen Berufen gilt dies nicht. Wenn man sich zum Krankenpfleger, Kindergärtnerin oder Heilerziehungspfleger umschulen lassen möchte, bekommt man keinerlei Unterstützung von der Agentur für Arbeit, auch wenn man nach eingehender Prüfung zu einer Umschulung berechtigt ist. In den besagten Berufen kann man die Ausbildung nicht auf zwei Jahre verkürzen.

Personen, die sich später für diese Berufszweige entscheiden, haben sich sehr eingehend mit diesen Berufen und ihren Anforderungen auseinandergesetzt. Damit sie die Voraussetzungen für dieses Berufsfeld nachweisen können, haben sie meistens ein Bundesfreiwilligenjahr in den besagten Betreuungsbereichen absolviert und wissen somit definitiv was sie beruflich erwartet und bleiben in dem neuen Beruf voraussichtlich bis zum Ende Ihres Berufslebens tätig.

Im Koalitionsvertrag der neuen Großen Koalition ist unter dem Punkt der aktiven Arbeitsmarktpolitik einiges zur Verbesserung der ausreichenden Qualifizierung für Langzeitarbeitslose zu finden. Unter dem Punkt „2. Chance“ eröffnen sich für junge Erwachsene ohne Berufsabschluss neue erweiterte Möglichkeiten.

Leider sind unter diesem Punkt die jungen Erwachsenen nicht aufgenommen, die auf Grund einer nicht angepassten Berufsentscheidung im ersten Anlauf, den Weg über den zweiten Bildungsweg korrigieren wollen um eine zukunftsorientierte Qualifikation zu erlangen.

Th 8 Ortsverein München Solln (Landesverband Bayern)

(überwiesen an Bundestagsfraktion)

Asyl für Edward Snowden

Der Parteivorstand und der Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich unmissverständlich für politisches Asyl für Edward Snowden in Deutschland einzusetzen.

Der Hinweis darauf, dass der Aufenthalt in Deutschland für Snowden möglicherweise nicht sicher ist und von daher ein Asyl nicht in Betracht kommt, ist ein Ausweichen vor dem grundsätzlichen Bekenntnis zu Schutz und Asyl für Edward Snowden.

Th 9 Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)

(angenommen)

Aktives Wahlrecht mit 16

Die SPD setzt sich dafür ein, die Ausübung des aktiven Wahlrechts auf allen Ebenen bereits Jugendlichen ab 16 Jahren zu ermöglichen.

Th 10 Unterbezirk Nürnberg(Landesverband Bayern)

(angenommen)

Sprachkurse für alle Zuwanderer

Die SPD möge sich auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen, dass auch Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus einen Anspruch auf einen, kostenlosen, Sprach- und Orientierungskurs haben.

Th 11 Ortsverein Hannover Mitte (Bezirk Hannover)

(Überwiesen an Bundestagsfraktion und Parteivorstand)

Datenschutz verbessern-Informationelles Selbstbestimmungsrecht stärken

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen und die SPD-Bundestagfraktion auffordern:

Es kann als Glück betrachtet werden, dass die USA und Großbritannien die ersten bekannten Länder sind, die weltweit demonstrieren, wie detailliert und umfangreich Überwachung stattfinden kann. Es ist aber nur eine Frage der Zeit, bis diese Technologie wenigstens zu großen Teilen auch autokratischen Regimen zur Verfügung steht und demokratische Prozesse in diesen Ländern blockiert. Daher gilt es jetzt, die Möglichkeiten zur Überwachung zu verhindern. Es hat sich gezeigt, dass deutsche Gesetzgebungsvorschriften zum Datenschutz keine Auswirkung auf das Verhalten ausländischer Dienste haben kann. Deswegen schlagen wir einen Paradigmenwechsel in der deutschen Politik und die gezielte Förderung der Verwendung von Verschlüsselungstechnologie vor.

Deswegen fordern wir unter anderem folgende Punkte:

- Schärfere Sanktionierung von Firmen, die in Deutschland nutzbare Services anbieten, aber nicht deutsche Datenschutzbestimmungen einhalten.
- Schärfere Sanktionierung von Firmen im Inland, die mit ausländischen Geheimdiensten oder Behörden aktiv oder passiv kooperieren, um diesen Einrichtungen Datensammlung über oder Überwachung von bundesdeutschen BürgerInnen zu ermöglichen, die nicht den Vorstellungen des deutschen Datenschutzrechts entsprechen.
- Für Software, die zur gezielten oder massenhaften Überwachung von Personen oder Einrichtungen geeignet ist, sollte eine Weiterverbreitung verboten werden, analog zu Waffenkontrollgesetzen.
- Keine Lieferung von Überwachungstechnologie an autokratische oder repressive Regime.
- Herstellung und gezielte finanzielle Förderung von einfach / intuitiv zu nutzender Verschlüsselungstechnologie in Deutschland.
- Erhöhung der Medienkompetenz der BundesbürgerInnen in Schulen und Hochschulen und Sensibilisierung bzgl. Datenschutz und zur korrekten Nutzung von Verschlüsselungstechnologie und hierzu gezielte finanzielle Zuwendungen an Schulen und Hochschulen.
- Überprüfung und Verschärfung des deutschen Datenschutzes auch für die neuen Herausforderungen, die durch die Enthüllungen in der NSA-Spähaffäre entstanden sind.
- Bei deutscher Polizeiarbeit fordern wir eine Wiederherstellung der verdachtsabhängigen Überwachung und somit Verlagerung auf Methoden, die gezielt auf Kriminelle angesetzt wird, statt Vorratsdatenspeicherung.
- Stärkere Bestrafung bei Anwendung von illegaler Massendatensammlung oder Rasterfahndungsmethoden (z.B. massenhafte, nachträglich als illegal erkannte Sammlung von Mobilfunkdaten durch Polizeibehörden).
- Stärkung der (Bundes-)Datenschutzbeauftragten (Mitbestimmungsrechte, ggf. (erweiterte) Weisungsrechte).
- Einrichtung eines ständigen Experten/Expertin oder ExpertInnen-Kommission für digitale Medien, besetzt mit Personen mit qualifizierenden (Hochschul-)abschlüssen.
- Internationale Firmen aus dem Ausland, die Services in Deutschland anbieten, sollen verpflichtet werden ihre Datenzentren nach Möglichkeit innerhalb Europas zu halten (EU-Clouds).

Th 13 Ortsverein Insel Usedom (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

(angenommen)

"Peenemünde" mit Hilfe des Bundes als Museum und Gedenkstätte entwickeln

Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich im Benehmen mit der SPD-Landtagsfraktion MV und dem sozialdemokratischen Deutsch-Polnischen Kulturforum Odermündung e.V. bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass der Bund bei der Aufarbeitung der Geschichte der ehemaligen Heeresversuchsanstalt und der ehemaligen Versuchsstelle der Luftwaffe in Peenemünde Verantwortung übernimmt. Die beiden ehemaligen Konzentrationslager in Peenemünde sind durch die finanzielle Unterstützung des Bundes künftig der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dies kann durch die Einrichtung einer Gedenkstätte in Verbindung mit dem vorhandenen Historisch-Technischen Museum erfolgen. Die ehemaligen Konzentrationslager liegen ohnehin auf bundeseigenem Boden. Der Bund soll ebenfalls die Rolle der Zwangsarbeiter und des Widerstandes stärker erforschen helfen. Die Einbeziehung der polnischen Nachbarn ist dabei wichtig.

Th 14 Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)

(überwiesen an Bundestagsfraktion)

Keine Mauschelei bei Toll-Collect

Die SPD befürchtet, dass Kanzlerin Merkel mit Toll-Collect eine milliarden schwere Mauschelei zum Nachteil der Bundesrepublik Deutschland eingehen und nachträgliche Spenden nicht ablehnen wird. Der Bundesparteitag fordert die geschäftsführende Bundesregierung auf, die Schadenersatzsumme, die aus dem verzögerten Start des LKW-Maut-Systems aufgelaufen ist, vollständig einzufordern (5 Milliarden Euro). Der Bundesparteitag geht davon aus, dass mit Auslaufen des Toll-Collect-Vertrages im Jahre 2015 diese kostenlos an die Bundesrepublik Deutschland fallen wird, wie vertraglich vereinbart. Der Bundesparteitag geht davon aus, dass die beiden Toll-Collect-Partner Telekom AG und Daimler AG in der Lage sein werden, die vereinbarten Zahlungen zu leisten.

Th 17 Ortsverein Insel Usedom (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

(überwiesen an Bundestagsfraktion)

Berlin-Usedom/Uznam in 2 Stunden durch Wiederherstellung der Eisenbahn-Südanbindung der Insel Usedom

Die alte Schienenverkehrsverbindung von Berlin nach Swinoujście/Swinemünde auf der deutsch-polnischen Insel Usedom soll wiederhergestellt werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass die Bundesregierung unverzüglich dazu die erforderlichen Vorprüfungen veranlasst:

1. Wirtschaftlichkeitsanalyse
2. Vorentwurfsplanung
3. Vorbereitung eines Staatsvertrages zwischen Deutschland und Polen

Th 18 Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)

(überwiesen an Kommission Sicherheit und Bundeswehr des Parteivorstandes)

Bundeswehrstandorte

Die SPD begrüßt die Forderung, Bundeswehr-Standortschließungen zu überprüfen. Der SPD-Bundesparteitag begrüßt die Forderung des SPD-Verhandlungsführers für den Bereich "Bundeswehr", Rainer Arnold, das Konzept der Schließung von Bundeswehr-Standorten grundsätzlich zu überprüfen. Der SPD-Bundesparteitag unterstützt nachdrücklich die Forderung des SPD-Bundestagsabgeordneten Michael Roth, den mit Zig-Millionen-Euro Aufwand in Schuss gebrachten Standort Rotenburg nicht zu schließen: "Je eher diese verhängnisvolle Entscheidung

zurückgenommen wird, desto besser." Die SPD geht davon aus, dass diese Position von in der Region verankerten, namhaften Organisationen und Parteien unterstützt wird.

IA 2 Parteivorstand

(angenommen)

§ 23 Parteivorstand

1) Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand.

Er besteht aus

- a) dem oder der Vorsitzenden,
sechs stellvertretenden Vorsitzenden,
dem Generalsekretär oder der Generalsekretärin,
- b) dem Kassierer oder der KassiererIn (Schatzmeister bzw. Schatzmeisterin),
- c) dem oder der Verantwortlichen des Parteivorstandes für die Europäische Union und
- d) einer vom Parteitag festzusetzenden Zahl weiterer Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes darf insgesamt nicht mehr als 35 betragen. Unter den in Einzelwahl zu wählenden Mitgliedern sollen, unter den Mitgliedern des Parteivorstandes insgesamt müssen Männer und Frauen mindestens zu 40 % vertreten sein. Die Geschlechterquote soll auch bei der Wahl der Stellvertreter / -innen Berücksichtigung finden.

IA 4 Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv

(überwiesen an Bundestagsfraktion und Parteivorstand)

UN-BRK jetzt umsetzen - Chancen auf eine inklusive Gesellschaft nutzen

Initiativantrag der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv- Menschen mit Behinderung in der SPD zum außerordentlichen SPD Bundesparteitag Berlin am 26.Januar 2014 „UN-BRK jetzt umsetzen- Chancen auf eine inklusive Gesellschaft nutzen“

Die SPD Bundestagsfraktion hat als führende Oppositionspartei mit ihren Anträgen in der 17. Legislaturperiode zur UN-Behindertenrechtskonvention (UN- BRK) eine hervorragende parlamentarische Arbeit geleistet und die Chancen, die eine inklusive Gesellschaft unserem Land bieten und bringen werden herausgearbeitet.

Der Leitantrag aus der 17. Legislaturperiode der SPD- Bundestagsfraktion: „ UN- Konvention jetzt umsetzen- Chancen auf eine inklusive Gesellschaft nutzen“ ist Wegweisend dafür, weil die SPD Bundestagsfraktion einen notwendigen Handlungsbedarf zur Überprüfung der bestehenden bundesdeutschen Gesetze auf ihre Vereinbarkeit zur UN- BRK formuliert hat.

Dazu gehört eine Neudefinierung des Behindertenbegriffs nach dem Artikel 2 der UN- BRK, die Schaffung eines inklusiven Arbeitsmarktes, die notwendige Assistenz und Mobilität, die berufliche und medizinische Rehabilitation, die durchgängige inklusive Bildungskette von der Krippe, Schule über die Lehre bzw. Studium , eine umfassende Barrierefreiheit im ÖPNV/SPNV und Fernverkehr und die Schaffung eines Bundesteilhabegesetz (Einkommens- und Vermögensunabhängig und anrechnungsfrei gegenüber anderen Sozialleistungen), die eine gesicherte soziale, kulturelle und politische Teilhabe von Menschen mit Behinderung sichert , damit die Menschen mit Behinderung gleichberechtigt, sich in und für unsere Gesellschaft entfalten und einbringen können. Die Bundestagsfraktion stellt richtig fest, dass die Barrierefreiheit in allen Bereichen nachhaltig allen Bürgern dient und die richtige Investition in die Zukunft unseres Landes darstellt.

Die SPD fordert inklusive Sozialräume – gleiche Chancen für Alle- denn gesellschaftlicher Zusammenhalt heißt nicht unterscheiden oder trennen, sondern Inklusion, Partizipation, Bewusstseinsbildung, Personenorientierung, Abbau von Barrieren und zielgerechte Hilfen. Bei allen politischen Initiativen, Vorhaben, Konzepten und Entscheidungen für Menschen mit Behinderung müssen die Menschen mit Behinderung direkt beteiligt und in deren Entscheidungsprozesse, als Experten in eigener Sache eingebunden werden.

Die SPD muss dies als Handlungsauftrag in jetziger Regierungsverantwortung, in der 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages, zum Wohle und zum nachhaltigen Nutzen unserer Bürger umsetzen.

Weitere Anträge

1. Für erledigt erklärt wurden die Anträge:

EU1; EU2

Th4; Th12; Th16

2. Nichtbefassung wurde beschlossen für den Antrag:

Th15